

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Imperialistische Gier

Es war eine Schande, was sich am diesjährigen Tag der Befreiung vom Faschismus im Deutschen Bundestag abspielte. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier traten in Siegerpose auf, das Gedenken an die Kriegstoten, insbesondere die Befreier der Roten Armee, war Beiwerk. Was die deutsche Staatsführung von Achtung vor den Millionen sowjetischer Soldaten hält, demonstrierte sie vorab durch die Nichteinladung an die Botschafter Rußlands und der Republik Belarus. Klöckner und Steinmeier instrumentalisierten diesen Tag, um antirussische Propaganda zu verbreiten. Kern war die groteske Lüge, „mit dem Krieg gegen die Ukraine hat Putin unsere europäische Sicherheitsordnung in Trümmer gelegt“ (Steinmeier). Die NATO-Osterweiterung, den völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999, die Kündigung aller Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge durch den kollektiven Westen oder den blutigen, von USA und EU finanzierten Putsch in Kiew 2014 mit dem nachfolgenden Krieg gegen die Bevölkerung der Ostukraine hat es offenbar nicht gegeben. Es war ein kleiner Trost, daß das Gedenken an den sowjetischen Mahnmalen anders verlief – von den Seelower Höhen bis Torgau. Das beschämende Spektakel in Berlin lenkt den Blick auf ein weiteres Datum: den 22. Juni 1941, den Tag des Überfalls auf die Sowjetunion. Über die Kriegsziele des „Fall Barbarossa“ wurde in der BRD schon immer geschwiegen, die Forschungen und Dokumentensammlungen, die von DDR-Historikern vorgelegt wurden, ignoriert, verleumdet und abgetan. Fast mehr noch als der 8. und 9. Mai ist aber der 22. Juni für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke Anlaß, den imperialistischen Charakter dieses Krieges zu brandmarken. Es war Gier nach Kolonien, nach Öl und anderen Rohstoffen, die schon im Ersten Weltkrieg die Politik des deutschen Kaiserreiches gegenüber Rußland bestimmte. Begleitet war das durch „eine widerliche rassistische Begleitmusik“, so

der DDR-Historiker Dietrich Eichholtz (1930–2016), etwa vom faktischen deutschen Diktator Erich Ludendorff, von Schreibtischtätern wie den Unterzeichnern der „Professoren-Denkschrift“ vom Juli 1915 oder vom Alldeutschen Verband, hinter dem Gustav Krupp und Alfred Hugenberg standen. Eine „umfangreiche Vertreibung der Bevölkerung und eine Besiedlung durch deutsche Bauern“ sei notwendig, hieß es in dessen Denkschrift 1914. Deutschland müsse den russischen Feind in Bevölkerungszahl und -wachstum so schwächen, „daß er in aller Zukunft nicht in der Lage sein wird, uns in gleicher Weise zu gefährden“.

Das Konzept der „Dekomposition“, der Aufspaltung Rußlands, führte gemäß dem Grundsatz „Wer Kiew hat, kann Moskau zwingen“ zur Konstituierung der Ukraine durch deutsche Generalität. Die Nazis setzten das fort und fügten geplanten Völkermord hinzu. Dieser Begriff ist bis heute in der BRD fast ausschließlich für die Vernichtung der europäischen Juden reserviert. Vermieden wird er für die 1,1 Millionen Toten der Blockade von Leningrad, für die zumeist qualvoll ermordeten etwa 3,5 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen oder die Vernichtung durch Hunger und Zwangsarbeit, die für 30 Millionen Sowjetbürger bis Ende 1941 vorgesehen war. Bei einer Klöckner oder einem Steinmeier ist davon nie die Rede. Schon gar nicht vom deutschen Großkapital und dessen Plänen, die Dietrich Eichholtz so zusammenfaßte: „Die Entschlossenheit und der Eifer, mit dem sich das deutsche Großkapital nach dem 22. Juni 1941 auf die wirtschaftliche Beute in der Sowjetunion stürzte, sprachen Bände über ihre imperialistische Gier. Die deutschen Montankonzerne sicherten sich die Ausbeutung der Eisenerz- und Manganerzlagertstätten in der Ukraine und der Eisen- und Stahlwerke im Donezrevier. Der IG-Farben-Konzern beanspruchte alle Bunawerke (erobert wurde nur eines), Zeiss die optischen Werke, etwa das in Leningrad. Die AEG setzte sich in Kiew fest. Heftig stritten die Konzerne mit den Behörden um ihr späteres

Eigentumsrecht an den geraubten Werken, bis es ihnen Hitler schließlich zusagte. Tausende ‚Treuhänder‘, Beutemacher und sonstige ‚eigennützige Hyänen des Schlachtfeldes‘ (Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk) trieben sich in den besetzten Gebieten herum.“

Treuhand? Beutemacher? Geschichte wiederholt sich nicht, aber jede Politik hat ihren Vorlauf. Wer sich an den nicht erinnert, will offenbar etwas nachholen. Die imperialistische Gier – das wissen DDR-Bürger aus eigenem Erleben – ist geblieben und tritt wieder einmal nackt hervor.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Befreiung vom Faschismus und Lehren aus der Geschichte	2
Das Kreuz mit dem Krieg	4
Moskauer Antworten auf das westliche Ultimatum	7
Warum können der Westen und die Ukraine Rußland nicht besiegen?	8
Russophobie hat Hochkonjunktur	10
Ansprache Wladimir Putins bei der Siegesparade in Moskau am 9. Mai	11
Neonazismus in Westeuropa	14
„Nationalsozialismus“? Nein, Faschismus!	15
Ursachen der Faschisierung entlarven!	16
Es geht um Deutschland/Die Bedeutung der Krimkonferenz (Archiv)	18
Zum Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945	20
Zum Gedenken an Papst Franziskus	23
Serbien: Ein Gespräch mit dem Exekutivsekretär der NKPJ	24
Völkermord in Gaza: Deutschland liefert die Waffen	25
Konflikt im Himalaya	27
In die Schuldenfalle	29
Verfehlte Staatspolitik	31
Deutsche Bundesbahn im Abseits	32
75 Jahre Internationaler Kindertag	33
Ist das Kunst oder kann das weg?	34

Über „Vergangenheitsbewältigung“, Befreiung vom Faschismus und Lehren aus der Geschichte

„Der Sieg über den Faschismus, der unter enormen Opfern errungen wurde, ist von enormer Bedeutung“, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am 7. Mai zu seinem Amtskollegen Xi Jinping. „Gemeinsam mit unseren chinesischen Freunden wachen wir entschlossen über die historische Wahrheit, schützen die Erinnerungen an die Ereignisse der Kriegsjahre und bekämpfen moderne Ereignisformen von Neonazismus und Militarismus.“ Diese Worte des russischen Präsidenten prägten die Begegnung Putins mit dem chinesischen Präsidenten in Moskau vom 7. bis zum 9. Mai, dem Tag des Sieges über den Faschismus vor 80 Jahren. Daß das keine nur dem Besuchsritual geschuldeten Worte waren, erklärte sich aus den Zeitabläufen spätestens seit dem Jahr 2007, als Putin eine Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz hielt, die vom in borniertem Klassenbewußtsein befangenen Westen als „Sprache des kalten Krieges“ klassifiziert wurde.

1945 – eine Stunde Null?

Wir gehen in unserer Betrachtung fürs erste einige Jahre zurück. Am 30. April 2015 fand ein gemeinsam vom Berlin-Brandenburger Bildungswerk und vom Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kulturgut Marzahn durchgeführtes Kolloquium zum Thema „Der 8. Mai 1945 – eine Stunde Null in den Köpfen?“ statt. In seinem Vortrag „Zum Scheitern der Nachkriegspolitik“ hat der Historiker Jörg Wollenberg Gedanken vorgetragen, die ich wegen ihrer bleibenden Aktualität auszugsweise wiedergebe: „Die ‚Schwierigkeiten mit der Wahrheit‘ (Walter Janka) nutzten nicht wenige Deutsche hüben und drüben mit Eifer dazu, die Gnade der späten Geburt in die Gnade des deutschen Neuanfangs aufgehen zu lassen und die vielbeschworene deutsche Verantwortungsgemeinschaft in eine deutsch-deutsche Reinwaschungsgemeinschaft GmbH umzuwandeln. Begleitet wurde dieser Weg von zahlreichen Erinnerungsschlachten, vor allem dem Umgang mit den Jahrestagen, besonders der NS-Machteroberung und des Kriegsendes – Niederlage, Kapitulation und Befreiung prägten Deutungen im Land des amtierenden Weltmeisters der ‚Vergangenheitsbewältigung‘. Wie wirkungsvoll führende Vertreter von Politik und Geistesleben das Ende der Nachkriegsordnung zur Entsorgung der deutschen Vergangenheit nutzen, ist u. a. daran abzulesen, daß in der Präambel des ‚Einigungsvertrages‘ jeder konkrete Hinweis auf die gesamtdeutsche Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus fehlt. Die Klage des damaligen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski,

über die für die politische Kultur bezeichnende Unterlassung einer Erwähnung des deutschen Schuld-Erbes verhallte im August 1990 fast ungehört und forderte zu keinen nennenswerten Protesten heraus.“

Das Existenzrecht des noch jungen Staates namens Deutsche Demokratische Republik, der sich in seiner Gründungsurkunde den Antifaschismus verordnet hatte, wurde von Beginn an nicht nur infrage gestellt, sondern mit allen paramilitärischen Mitteln, der Sabotage und Diplomatie bekämpft. Unter diesen Bedingungen drohte die Meinungsfreiheit der ersten sozialistischen Demokratie auf deutschem Boden stets zwischen Überzeugungsarbeit und Repression zerrieben zu werden. Erst nach 1989 konnte sich im Zuge der Konturrevolution der reaktionäre Wunsch erfüllen, die DDR posthum zu delegitimieren. Der postfaschistische Staat BRD hingegen konnte dollarbasiert auf Überzeugungsarbeit verzichten. Täter und Mitläufer waren das Fundament des alten Machtverhältnisses wieder herstellenden Adenauer-Staats. Und dieses Fundament gilt es, wieder auf neue zu befestigen. Kai Köhler hat in einem jW-Beitrag vom 28. April den Kriegsminister richtig verstanden: „Kriegstauglichkeit, wie der zuständige Minister Boris Pistorius sie einfordert, ist niemals nur eine Sache von Soldaten und ihrer Ausstattung. Ohne eine Gesellschaft, die das Kriegsführen mindestens stillschweigend duldet, aber besser noch unterstützt, ist auch der größte materielle Aufwand von beschränktem Nutzen.“ Das sieht Ex-Bundespräsident Joachim Gauck auch so: „Was mich besorgt, ist nicht allein die militärische Schwäche, sondern die mentale.“ Zur Kriegsertüchtigung Deutschlands und Europas müßten sich Europa und Deutschland „emotional, moralisch, politisch“ auf Abrüstung vorbereiten, fordert der ehemalige Bundespfaffe völlig ungeniert.

Befreit uns von den Befreiern!

Schon in den Wochen vor dem 8./9. Mai hat sich im Zug geschichtsrevisionistischer Tendenzen gezeigt, daß die wertorientierte Außenpolitik diesen Tag am liebsten vom Begriff der Befreiung „befreien“ möchte. Aber weil der Jahrestag – wohl oder übel – nicht gänzlich ignoriert werden durfte, versuchte man, sich nicht nur die Deutungshoheit über den Zweiten Weltkrieg anzueignen, sondern ihn gleichzeitig als Tag des „heutigen Aggressors“ zu begehen. In der ARD-Sportschau gibt es so einen Programmpunkt der sich „Tor des Monats“ bzw. „des Jahres“ nennt. Ich plädiere für eine Ergänzung: „Eigentor des Jahres“. Konkurrenzlos hat dieses schon im fünften Monat des laufenden Jahres Anna-lena Baerbock, noch in ihrer Funktion als

Außenministerin, geschossen. Der Schuß, durch ministerielles Dekret Rußland von den Feierlichkeiten auszuschließen, landete im eigenen Kasten. So durfte die Chefdiplomatin kurz vor ihrer Auswechslung einen letzten „Erfolg“ verbuchen, indem sie dafür sorgte, daß den beiden Tagen eine noch größere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, als sie es ohnehin verdient haben. Rußland hat die Gedenktage würdig und mit großem Aufwand begangen. Hiesige politische Akteure nutzten den 80. Jahrestag für ihre eigene Agenda – so der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer am 25. April, dem „Elbetag“. In Anwesenheit des zum Schweigen Verurteilten griff Kretschmer den russischen Botschafter Sergej J. Netschajew direkt an: Es sei Rußland gewesen, das einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine begonnen habe. Und es liege nur an Rußland, diesen Krieg zu beenden. Dieser Desinformation hingte er auch noch den Ladenhüter an, daß Stalinismus und „DDR-Diktatur“ zwei Seiten einer Medaille seien. In einem nachfolgenden Interview bekannte Kretschmer unverhohlen, daß es ihm gerade um die propagandistische Verwendung dieses Gedenktags gegangen sei. Es solle eine kleine Lehrstunde für das russische Volk sein, erklärte er anmaßend.

Der rote Faden enthält fünf Knoten, die sich vielleicht nicht gleich erschließen, aber doch zusammenhängen: 1. Der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941. 2. Das Jahr 1945, in dem der deutsche Faschismus bedingungslos kapitulieren mußte. 3. Aber es war auch das Jahr, fälschlicherweise als „Stunde Null“ bezeichnet, in dem sich die Konturen der beginnenden Restauration des Imperialismus abzeichneten. 4. Das Jahr der Niederlage des europäischen Sozialismus 1990. 5. Das Jahr 2025, als zum 80. Mal an die Befreiung vom Faschismus erinnert wurde.

Vernichtungskrieg oder imperialistischer Raubkrieg?

Am 27. August 2020 schrieb ich einen Brief an den marxistischen Historiker Martin Seckendorf u. a. folgendes „Der Beitrag in der jW zur Ausstellung über den ‚Vernichtungskrieg‘ war einerseits interessant, andererseits habe ich (wie mit Sicherheit auch Du) kritische Anmerkungen zur Intention. Es war eben nicht nur ein Vernichtungskrieg, sondern auch ein Raubkrieg, wie Du es zuletzt in Deinem Beitrag ‚Kein normaler Krieg‘ geschrieben hast, und wie es auch der unvergessene Dietrich Eichholtz unwiderlegbar dokumentiert hat.“ Der zwei Monate später verstorbene Historiker antwortete mir umgehend: „Nach meiner Auffassung war der Vernichtungskrieg eine mehrgliedrige

Funktion des imperialistischen Raubkrieges gegen die UdSSR: Hauptziel war die Eroberung eines unermeßlich reichen („deutsches Indien“) Imperiums zur Sicherung der deutschen Herrschaft über den Kontinent, zur Blockadefreiheit und als Basis für den Kampf gegen die USA um die Weltvorratsmacht. Das deutsche Imperium sollte mindestens bis zum Ural reichen und auch Mittelasien und den Kaukasus einbeziehen. Gerade in den Beratungen ab März 1941 hat Hitler immer wieder auf die „unermeßlichen Reichtümer“ der Sowjetunion hingewiesen. Aus dem eroberten Gebiet sollte ein „Garten Eden“ entstehen, und die politisch und rassistisch „gute“ deutsche Bevölkerung sollte in Reichtum und Nahrungsmitteln „schwimmen“. Dazu wurde ein gigantisches Mordprogramm begonnen. Um diese Reichtümer effektiv auszubeuten, mußte man die deutsche Herrschaft für die nächsten „1000 Jahre“ sichern. Die Sowjetmacht sollte ausgelöscht und alle menschlichen „Träger des Bolschewismus“ – von der Kindergärtnerin bis zum Sowjetminister –, aber, nach der Wortverknüpfung „jüdisch-bolschewistisch“, auch alle Juden physisch liquidiert werden. Die Juden seien mit dem Bolschewismus eine für die Menschheit unheilvolle Symbiose eingegangen: Die Juden wären der persönliche Quell des Bolschewismus, und jeder Sowjetfunktionär fördere das Judentum. Deshalb wurde seit Sommer 1941 befohlen, alle sowjetischen Juden zu töten. Vor allem in den Ausstellungen über die systematischen Okkupanten ist das gut zu sehen. Außerdem wollte man mit der Auslöschung der Sowjetunion die kommunistische Weltbewegung, die als ständige Bedrohung der bürgerlichen Herrschaft aufgefaßt wurde, entscheidend treffen. Das eroberte Land

wollten die Deutschen wirtschaftlich, verwaltungsmäßig und „völkisch“ völlig neu ordnen ... Sowjetische Betriebe, die den Deutschen Konkurrenz machen und die von Berlin beanspruchten Treibstoffe benutzen konnten, wurden geschlossen. Die Bevölkerung sollte, wie die Industrie dieser Gebiete, „absterben“ dadurch, daß keine Lebensmittel in diese Regionen verbracht werden durften. Vor allem sollte der sowjetische Nahrungsmittelverbrauch extrem gesenkt werden, um die deutsche Bevölkerung ernähren zu können. Millionen von Sowjetmenschen sollten „verschwinden“. Man rechnete mit mindestens 30 Millionen Toten.“

Kriegsverursacher wieder aktiv

Warum habe ich aus dem den Brief so ausführlich zitiert? Kollektive Schuld an Kriegsverbrechen der Vorfahren gibt es nicht. Kollektive Verantwortung der Gesellschaft der Nachfahren sollte aber eine Selbstverständlichkeit sein. Sollte! Aber diese bedient sich einer russophoben Rhetorik, die sich als pure westliche Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit entlarvt. „Das Land der Kriegsverursacher macht sich zum verlogenen Zensor der Zeitgeschichte“ (Michael Müller, Peter Brandt, Rainer Braun in „Unser Land muß friedensfähig bleiben“, „Berliner Zeitung“, 3./4. Mai 2025). Der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter will nicht nur, wie weiland Frau Baerbock, Rußland ruinieren, sondern den Krieg direkt nach Moskau bringen. Soll heißen: Bevor „der Russe“ in heimischen Vorgärten steht, muß präventiv gehandelt werden. Daß die Medien immer häufiger Militär„experten“ mit ihren Bedrohungsszenarien zu Wort kommen lassen und sie mehr oder weniger unkommentiert drucken bzw. senden, ist

alles andere als zufällig. Wir haben es mit einem militärisch-medial-basierten autoritären Staatsumbau zu tun. Die nach Führung strebende kriegstaugliche Ökonomie in imperialistischen Farben, dem sich die zivile Gesellschaft und ihre politischen Eliten unterzuordnen haben, hat sich immer offensichtlicher im öffentlichen Diskurs festgesetzt. „Das Dreiecksverhältnis“, so Renate Dillmann in ihrem Buch „Medien. Macht. Meinung. Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit“, erfüllt seinen Zweck, indem die Menschen wie 1914 in Kriegsbefürwortungs-Stimmung versetzt werden sollen. Deshalb ist es geradezu logisch, daß die Meinungsfreiheit mehr und mehr unter staatliche Aufsicht und Kontrolle gestellt wird. Und genau diesen Prozeß können wir derzeit besichtigen. Im Koalitionsvertrag der neuen Regierung heißt es: „Die bewußte Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen ist durch die Meinungsfreiheit nicht gedeckt.“ Wer entscheidet über „bewußt“ und „falsch“? Wer den immer enger werdenden Meinungskorridor beklagt, darf nicht auf halber Strecke stehenbleiben. Er muß gleichzeitig auch gegen die von Gauck u. a. „emotional, moralisch und politisch“ geforderte Kriegsertüchtigung Widerstand leisten. Der künftige UN-Botschafter Andrij Melnyk hat dem neuen Bundeskanzler versprochen: „Herr Merz, Sie werden in die Geschichte eingehen.“ Er sagte dies unter der Bedingung, daß Europa das komplette Waffenarsenal (einschließlich Taurus) der Ukraine zur Verfügung stellt. Die Zusage wird kaum in Erfüllung gehen, denn unter atomarer Asche wird es weder eine eingeschränkte Meinungsfreiheit noch eine weitere menschliche Geschichte überhaupt geben ...

Hans Schoenefeldt

Kanzlerwahlen in der BRD

Friedrich Merz erhielt im ersten Wahlgang zur Kanzlerwahl nicht die geforderte Mehrheit.

Die Systemmedien waren außer sich und kommentierten: „Es ist das erste Mal in der bundesdeutschen Geschichte, daß ein Kanzlerkandidat im ersten Wahlgang scheitert.“ Das entspricht jedoch nicht den Tatsachen.

Bereits bei der ersten Kanzlerwahl in der Alt-BRD erreichte der Kanzlerkandidat Konrad Adenauer nach den Wahlregularien nicht die Mehrheit. Zitat aus dem Protokoll der 3. Bundestagssitzung vom 15. September 1949:

„(...) Ich bitte die Mitglieder des Bundestags, ihr Wahlrecht durch Abgabe der im Umschlag befindlichen Stimmzettel auszuüben dergestalt, daß auf den Stimmzettel entweder das Wort ‚Ja‘ oder das Wort ‚Nein‘ geschrieben wird bzw. bei Stimmenthaltung der Stimmzettel keine Bezeichnung erhält. (...) Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß auf drei Stimmzetteln der Name ‚Adenauer‘ steht.

Ich bitte das Haus um eine Meinungsäußerung, ob diese Stimmzettel als gültig anzusehen sind. (Ja-Rufe)

Ich höre keinen Widerspruch. Dann darf ich die Einmütigkeit des Hauses feststellen, daß die drei mit dem Namen ‚Adenauer‘ beschriebenen Zettel als solche im Sinne des angegebenen Abstimmungsverfahrens gelten.

Meine Damen und Herren, ich stelle nun folgendes fest. Mit Ja haben 202, mit Nein 142 gestimmt, 44 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, und eine Stimme ist ungültig. Nach den Vorschriften des Grundgesetzes über die Wahl des Bundeskanzlers, Artikel 63 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 121 beträgt die absolute Mehrheit der 402 Mitglieder des Bundestags 202. Diese Mehrheit im Sinne der eben genannten Vorschriften ist auf den Abgeordneten Dr. Adenauer entfallen. (Lachen links. – Zurufe) (...)“

Konrad Adenauer wurde entgegen den Wahlregularien zum Bundeskanzler

erklärt. Im ersten Wahlgang erhielt er nicht die Stimmen der Mehrheit der Bundestagsmitglieder. Es wäre ein zweiter Wahlgang notwendig gewesen.

Das ND vom 16.9.1949 schrieb dazu: „... die Tatsache, daß meine Wahl nur mit einer geringen Stimmenmehrheit erfolgte, bedeutet weder eine Überraschung noch eine Vorbelaftung für die Regierung“, erklärte Adenauer unverfroren, obwohl er mit nur einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler „gewählt“ wurde, wobei drei Stimmen eigentlich ungültig gewesen wären ...“

Der in die Geschichtsbücher eingegangene Mythos „Adenauer wurde mit einer Stimme Mehrheit (seine eigene Stimme) zum Bundeskanzler gewählt“, trifft nicht zu. Erst durch die Umdeutung von drei ungültigen Stimmen in drei gültige Stimmen durch den Bundestagspräsidenten Dr. Köhler wurde Adenauer Bundeskanzler.

Johann Weber, Niederbayern

Das Kreuz mit dem Krieg

Die Kirchen und ihre Militärpfarrer

Das Bistum Augsburg, stets um die geistige Gesundheit seiner gläubigen Schäflein bemüht, gibt seit neuestem Tipps, wie man in Grundschule und Kindergarten mit „Krieg“ umzugehen hat. „Versuchen Sie mit ihren Ausführungen nicht, das Kriegsgeschehen ‚herunterzuspielen‘, um Kinder vermeintlich zu schützen. Daß der Krieg tatsächlich eine sehr bedrohliche Situation ist, haben viele Kinder ohnehin längst erkannt. Äußern Sie aber auch nichts, was unnötig zusätzliche Ängste auslösen könnte. Spekulationen über etwaige Folgen des Krieges oder eine befürchtete Ausbreitung des Krieges sind Kindern gegenüber z. B. unangebracht.“

Von der Ausbreitung des Krieges nicht reden, wo doch alle fünf Minuten aus den Medien die Kriegsvorbereitungspsychosen herausschreien? Es folgt der didaktische Hinweis, weitere Ratschläge könne man sich auf dem Portal des WDR-Kinderprogramms „Die Sendung mit der Maus“ abholen. Was dort zu lesen ist, läßt die noch vorhandenen Reste von Vernunft verdorren: Bei Kindern „ab drei bis vier Jahren kann man ohne übermäßige Emotionen und ruhig die aktuelle Situation erklären: `Es ist Krieg. Ein Mann aus einem großen Land will in einem anderen Land bestimmen und deshalb führt er Krieg. Das ist aber verboten. Die ganze Welt ist gegen das, was dieser Mann, er heißt Wladimir Putin, tut und sagt, daß er mit dem Krieg aufhören soll. Aber noch hört er nicht darauf. Deshalb protestieren viele Menschen, auch hier in Deutschland“. Welch verdrehte Weltsicht, aber es ist ja Sinn der Kriegsertüchtigungspropaganda schon den Kleinen im Kindergartenalter das Bild des „bösen Russen“ ins Hirn zu pflanzen. Wie die Alten, so zwitschern auch die Jungen und vice versa. Der militärische Arm der evangelischen und katholischen Kirchen in Deutschland sind die 205 Militärpfarrer, die sich um rund 100 000 Soldaten christlichen Glaubens, um deren Angehörige, aber auch um die Vermittlung einer „ethischen Sicht“ des Krieges in den Schulen bemühen. Ihnen zugeordnet ist eine gleichgroße Zahl von Pfarrhelfern. Der Schwindel beginnt bereits bei der Bekleidung. Auf der Internetseite der „Katholische Militärseelsorge“ heißt es, Seelsorger „bei der Bundeswehr tragen keine Uniform, sondern Schutzkleidung. Die Schulterklappen zeigen keinen Dienstgrad, sondern das Kreuz der Katholischen Militärseelsorge.“ Die Unterscheidung muß

gemacht werden, da nach dem Kriegsvölkerrecht Seelsorger keine Soldaten oder Kombattanten sind, an Kriegshandlungen mit Waffen nicht beteiligt werden dürfen und unter dem besonderen Schutz des Kriegsvölkerrechts stehen. Bezahlt werden sie aus dem Bundeswehrhaushalt. Merkwürdig eben nur, daß der Flecktarn der „Schutzkleidung“ sich in nichts von der Kampfmontur unterscheidet. Die beiden Chefs der bundesdeutschen Militärpfarreien sind die amtierenden Militärbischöfe Franz Josef Overbeck (Katholik) und Bernhard Felm-



Plakat der Ökumenischen Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge 2023

berg (Protestant). Die so repräsentierte kirchliche Führungsebene im Bereich der Bundeswehr ist im Hinblick auf deren Anteil an der Kriegsvorbereitung direkt in Anspruch genommen, was beide Gottesmänner auch nicht müde werden zu vermelden. Im frisch aufgelegten 248-seitigen „Handbuch Innere Führung“ wird die Marschrichtung vorgegeben. Als wesentlicher Bestandteil der Formierung „nach Innen“ sollen Militärgeistliche Ängste nehmen und zweifelnde Geister wieder fronttauglich machen, Soldaten müssen schließlich mental funktionieren. Nun ist es sicher auch für rhetorisch versierte Militärgeistliche nicht gerade einfach zu vermitteln, wofür bundesdeutsche Soldaten kämpfen, töten und auch sterben sollen. Das führt zu weiteren Fragen: „Wofür lebe ich? Wem bin ich zutiefst verpflichtet? Was ist der Grund meiner persönlichen Freiheit? Was ist mein eigener Platz in der Welt?“ Auf die Berufswelt der Soldatinnen und Soldaten zugespitzt, stellt sich die Frage:

„Wofür bin ich bereit zu töten und wofür setze ich mein eigenes Leben ein, auch auf die Gefahr hin, selbst getötet zu werden?“ Antworten, die die Militärgeistlichkeit natürlich nicht in der Realität suchen soll, wer wird schon bereitwillig sein Leben für Profitritter und Rüstungshasardeure hingeben. „Gott mit uns“ auf dem Koppelschloß ist da nicht mehr ganz zeitgemäß. Was gefordert wird, erklärte Carlo Masala, Professor für internationale Politik an der Bundeswehr-Universität München, den Hörern des Bayerischen Rundfunks am 4.4.25: Die Militärseelsorge helfe, das Bewußtsein der Soldaten für ihren Beruf zu schärfen. Vielen sei nämlich gar nicht klar, daß derzeit ein globaler Kampf tobe, nämlich jener zwischen „der liberalen Weltordnung“ und den „autoritären“ Gegenmodellen. „Also gilt es, das Bewußtsein zu wecken, daß diese Demokratie verteidigt werden muß“, sagt Masala. Das sei nicht nur eine Aufgabe für Militärseelsorge, Bundeswehr und Politik, sondern für jeden einzelnen in der Gesellschaft, schlußfolgert die BR-Redaktion. Bischof Felmberg weiß also, was von ihm verlangt wird. Das „Domradio“ (Erzdiözese Köln) gewährte in einem Interview mit dem Entree „Nicht nur die NATO und die osteuropäischen Staaten bereiten sich auf einen möglichen russischen Angriff vor. Auch die Militärseelsorge stellt ein solches Szenario vor neue Herausforderungen. Was wird da nun vorbereitet?“ den Ideen Felm-

bergs die nötige Plattform. Die EKD höchstselbst habe ihm den Auftrag gegeben, einen „Geistlichen Operationsplan Deutschland“ auszuarbeiten. Ähnlichkeiten mit dem vom operativen Führungskommando der Bundeswehr erstellten (und geheimen) 1000-seitigen „Operationsplan Deutschland“ zur Forcierung der Kriegstüchtigkeit sind folglich nicht zufällig. Wenn also der Staat sich bedroht sieht, trägt die Kirche im Komplex militärisch-ziviler Verteidigung „dem Umstand Rechnung, daß wir als Kirchen in ökumenischer Verbundenheit im Katastrophen- oder Verteidigungsfall wissen, wer wann wo was tut“. Trennung von Staat und Kirche – auch bei der Kriegsertüchtigung gibt es diesen Grundsatz nicht. Laut Bundesverfassungsgericht muß der Staat „Heimstatt aller Bürger“ sein, unabhängig von ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis. Der bürgerliche Staat verhält sich gegenüber den Kirchen nur insoweit neutral, als er keine Kirche bevorzugt. Statt

dessen bevorzugt er alle Kirchen, um sich ihrer Dienste zu versichern. Anders als in anderen Staaten kennt das Grundgesetz keine strikte Trennung von Staat und Kirchen. Noch heute gilt das zwischen Heiligem Stuhl und dem faschistischen Deutschland am 20. Juli 1933 geschlossene Reichskonkordat, das sich in den Staatskirchenverträgen mit der evangelischen Kirche ebenfalls niederschlägt. Das Pontifikat von Papst Pius XI. dauerte von 1922 bis 1939. Er war nicht nur Steigbügelhalter des italienischen Faschismus, sondern forcierte den Pakt der katholischen Kirche mit dem Hitlerfaschismus. Der neue bischöfliche Treueeid lautete ab Sommer 1933: „Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, so wie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reich und dem Lande Treue. Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen.“ Der „Völkische Beobachter“ sah dies als Sieg in der Indienstellung der Kirche für Faschismus und Militarismus: „In Zukunft dürfen also Kanzeln und Beichtstühle nicht mehr gegen den nationalsozialistischen Staat mißbraucht werden, sondern Diener der Kirche in Deutschland haben die Pflicht,

sich wie jeder Staatsbürger für diesen Staat und seine Grundlage einzusetzen.“ Die Kirche behielt ihre Privilegien, der Staatsapparat gewann unverzichtbare Mitstreiter, die die Soldaten auf den Krieg vorbereiteten, denn die „Geistlichen treten, falls sie für tauglich erklärt werden, in die Wehrmacht des Staates ein, um unter der kirchlichen Jurisdiktion des Armeebischofs sich der Seelsorge bei den Truppen zu widmen, falls sie nicht zum Sanitätsdienst eingezogen werden“, hieß es in einer der Vertragsklauseln. Das Land Niedersachsen stellte sich 1955 gegen das Reichskonkordat, die katholische Kirche in Gemeinschaft mit der Adenauerregierung versuchte alles, um das Konkordat zu retten. Das Bundesverfassungsgericht urteilte am 26. März 1957. Es bekräftigte die Fortgeltung des Konkordats: „Nach Art. 123 Abs. 2 GG bleiben Staatsverträge des Deutschen Reichs in Kraft, wenn sie nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen gültig sind und fortgelten“. Und das Konkordat galt fort, bis heute. Die schlichte Welt des Militärbischofs Felmborg funktioniert daher so einfach wie blutig, denn die Kirche „hat bei allen Auseinandersetzungen zum Thema Friedensethik immer an der Militärseelsorge festgehalten ... und eines muß man auch sagen: Wir haben auch

die Krankenhauseelsorge, aber deswegen reden wir nicht dem Schlaganfall oder dem Herzinfarkt das Wort, sondern wir sind dann da, wenn die Menschen krank sind.“ Ja, Herr Bischof, wo kämen wir denn hin, wenn der Krieg nicht Vorrang vor dem Frieden hätte? Wenn der Krieg über die Menschen kommt, findet man sich halt devot mit ihm ab, gar nicht zu denken, vorher etwas gegen ihn zu tun. Für die Kriegsvorbereiter sind die ca. 50 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt momentan noch gut investiert. An der kirchlichen Basis wird es allerdings unruhig. „Die Militärseelsorge ist ein kleines, nützliches Rad in der großen Militärmaschine“, analysiert die „Ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge“, in der sich 12 Organisationen von Friedensaktivisten zusammengefunden haben. Mit ihrer Forderung „Gegen die Zusammenarbeit von Kirche und Militär!“ und dem Motto „Si vis pacem para pacem“ (Willst du Frieden, bereite ihn vor) organisieren sie die Aussteigerbegleitung für zweifelnde Christen. Es sind noch wenige, aber sie säen Sand in ein zentrales Scharnier der Kriegsvorbereiter. Und bekanntlich kann auch ein kleiner Stachel große Schmerzen verursachen.

Dr. Ralf Hohmann

Zur Kontinuität der deutschen Außenpolitik Stahlhelme in der Regierung

Die Kanzlerwahl ging nicht glatt. Das lag möglicherweise daran, daß dem einen oder anderen der Durchmarsch der Stahlhelm-Fraktion, die seit der Bundestagswahl das Sagen in den sogenannten „Volksparteien“ CDU/CSU und SPD hat, zu schnell geht.

Die Regierung soll vom einstigen Black-Rock-Lobbyisten und heutigen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz angeführt werden. Merz leitete bis 2019 zehn Jahre lang die „Atlantik-Brücke“. Das 1952 gegründete elitäre Netzwerk prägte das Selbstverständnis des deutschen Imperialismus im Windschatten des „großen Bruders“ USA – und organisiert die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Strategie. Zu den handverlesenen Mitgliedern der Regierung zählen neben Politikern auch Meinungsmacher. So einer ist der neue Regierungssprecher Stefan Kornelius. Er leitet seit 20 Jahren das Ressort Außenpolitik der „Süddeutschen Zeitung“, ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), der Bundesakademie für Sicherheitspolitik – und natürlich der „Atlantik-Brücke“.

Nach Merz übernahm Sigmar Gabriel (SPD) den Vorsitz des Think-Tanks. Öffentlich äußert er sich vor allem zu Fragen der Strategie, die angesichts der

zwischenimperialistischen Widersprüche und aufgrund der Außenhandelspolitik von Donald Trump für den deutschen Imperialismus zu lösen sind. Auffallend ist, daß wegen des geringer werdenden Spielraums, den der Aufstieg des „systemischen Rivalen“ China den Imperialisten – auch den deutschen – läßt, kaum Unterschiede zwischen verschiedenen Teilen des Kapitals und ihren politischen Vertretern zu erkennen sind. Die dadurch entstehende Einigkeit drückt sich auch im Spitzenpersonal der Koalitionsparteien aus.

Der neue Vizekanzler, der ehemalige SPD-Generalsekretär und -Vorsitzende Lars Klingbeil, steht nah an den außenpolitischen Positionen seines Kanzlers Merz. Klingbeil fing in jungen Jahren ebenso wie Gabriel in der SPD-Linken an, doch wechselte er die Interessen, die er vertritt, mit dem Weg in die Führung. Lange vor der „Zeitenwende“ gehörte er den Präsidien der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik“ und des „Förderkreises Deutsches Heer“ an. Schon damals forderte er mehr Aufrüstung. Sein Putsch gegen den bisherigen SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich noch am Abend der Bundestagswahlen hat die Zweifler in der SPD-Fraktion in Sachen Waffenlieferungen und Kriegseskalation enthauptet.

Wenn Klingbeil den Fraktionsvorsitz nun in die Hand von Matthias Miersch gibt, um selber in die Regierung einzutreten, wechselt er damit formell wieder einen „SPD-Linken“ ein. Allerdings wurde Miersch erst nach der „Zeitenwende“ und damit in Anerkennung des Kriegskurses in Amt und Würden gehievt – und zwar von Klingbeil selber, dem die „neue deutsche Führungsrolle“ sehr am Herzen liegt.

Nach dem Auftritt von Boris Pistorius im ersten Akt (Ampel) nun der Auftritt Klingbeils im zweiten Akt (GroKo) des Dramas, in dem die SPD die Steigbügel des deutschen Imperialismus hält. Das Personal der neuen Regierung aus CDU/CSU und SPD steht in Kontinuität der Zeitenwendepolitik, deren Milliardenaufrüstung lange vorbereitet war. Denn das Programm heißt seit über zehn Jahren „Neue Macht. Neue Verantwortung“. 80 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus durch die Anti-Hitler-Koalition, an der die Rote Armee den größten Anteil hatte, wird zur Verteidigung der Ukraine zum Angriff auf Rußland gerüstet. Dabei fiebert das Abo-Publikum gebannt mit: 84 Prozent der digital abstimmenden SPD-Mitglieder haben für den Eintritt in die Kriegsregierung gestimmt.

Mark Ellmann

Aus: Unsere Zeit (DKP), 9.5.2025

Das weltweite Atomwaffenpotential – eine vergleichende Analyse

Am 6. und 8. August 1945 setzten die USA zum ersten und bisher einzigen Mal in der Geschichte der Menschheit Atombomben ein. Vier Jahre später fand in der UdSSR der erste erfolgreiche Atomwaffentest statt, Großbritannien und Frankreich zogen 1952 bzw. 1960 nach, China testete die eigenen Atomwaffen erstmals 1964.

Längst reicht das weltweite Atomwaffenpotential, um alles Leben auf der Erde vielhundertfach auszulöschen. Ein erster Schritt, das atomare Wettrennen zu stoppen, war der 1968 nach zähen Verhandlungen abgeschlossene Atomwaffensperrvertrag (Nuclear Proliferation Treaty, NPT). Er sollte verhindern, daß weitere Staaten in den Besitz von Atomwaffen gelangten, doch nicht alle Länder traten ihm bei: Indien, Israel und Pakistan haben den Atomwaffensperrvertrag (mit gutem Grund) nie unterzeichnet, Nordkorea stieg Anfang 2003 aus dem Vertrag aus und betrieb seitdem die Entwicklung eigener Nuklearwaffen. Auf den Atomwaffensperrvertrag folgten eine Reihe weiterer Verträge, so u.a. das Atomwaffentestverbot (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty) 1996 und der seit 2001 alle fünf Jahre verlängerte New START¹ Vertrag, durch den die Zahl einsatzbereiter strategischer nuklearer Gefechtsköpfe auf 1550 pro Land begrenzt wird. Nachdem der Vertrag 2021 letztmalig turnusmäßig verlängert wurde, kündigten sowohl die Russische Föderation als auch die USA aufgrund der politischen Entwicklungen 2023 ihren Ausstieg aus New START¹ an, verpflichteten sich jedoch gleichzeitig dazu, bis 2026 die in dem Vertrag festgelegten Obergrenzen einzuhalten.

Es ist wichtig, sich hierbei immer vor Augen zu halten, daß der Vertrag sich nur auf sogenannte strategische Nuklearsprengköpfe bezieht. Die kleineren „nicht-strategischen“ bzw. „taktischen“ Atomsprengköpfe werden davon gar nicht erfaßt und unterliegen damit auch keinerlei Beschränkungen. Nebenbei bemerkt: Sowohl die Hiroshima- als auch die Nagasaki-Bombe würden in diese Kategorie fallen! Das zweite entscheidende Wörtchen ist das Wort „einsatzbereit“. Die Zahl 1550 bezieht sich auf diejenigen atomaren Sprengköpfe, die innerhalb kurzer Zeit abschußbereit gemacht werden können; weitere zigtausend lagern in den Depots oder warten auf ihre Verschrottung. Aktuell werden ca. 12 400 Sprengköpfe gezählt. Etwa 9700 davon sind noch „in Dienst“, der Rest steht auf der „Verschrotungsliste“, ist also abgeschrieben.

Die Russische Föderation verfügt derzeit über 1549 einsatzbereite strategische Sprengköpfe auf 540 strategischen Trägersystemen.² Den Gesamtbestand einsatzbereiter und in den Arsenalen schlummernder strategischer Nuklearsprengköpfe wird auf etwa 4280 geschätzt. Weitere ca. 1200 sind ausgemustert und für die Zerlegung vorgesehen (Stand: 2024). Der Bestand sogenannter taktischer Atomsprengköpfe wird



US-Unterflurmagazin mit Atombombe – so sieht es vermutlich auch in Büchel (Rheinland-Pfalz) aus

auf ein- bis zweitausend Stück geschätzt. Das US-Militär verfügt gegenwärtig über 1419 einsatzbereite strategische Nuklearsprengköpfe auf 662 strategischen Trägersystemen; zählt man die in den Arsenalen ruhenden Sprengköpfe hinzu, kommt man auf 3748. Über die Anzahl der ausgemusterten, aber noch nicht zerlegten strategischen Sprengköpfe gibt es unterschiedliche Angaben: Das US-Energieministerium gab in seiner letzten Veröffentlichung am 19. Juli 2024 eine Zahl von etwa 2000 ausgemusterten Sprengköpfen an. Hinzu kommen eine unbekannte Anzahl kleinerer atomarer Sprengköpfe sowie etwa 100 in sechs US-Basen fünf europäischer NATO-Länder stationierte atomare B61 Gravitationsbomben: in Aviano und Ghedi (Italien), Büchel (Deutschland), Incirlik (Türkei), Kleine Brokel (Belgien) und Volkel (Niederlande). Im Unterschied zu den trägersystembasierten Sprengköpfen sind die B61-Bomben für den Abwurf aus Flugzeugen gedacht.³ China verfügt Schätzungen zufolge über etwa 600 Nuklearsprengköpfe, davon etwa 440 für den Einsatz auf entsprechenden Trägersystemen.

Frankreich, dessen Präsident wir die fatale aktuelle Diskussion über die Notwendigkeit eines „atomaren Schutzschildes“ verdanken, besitzt ein Arsenal von 290 Nuklearsprengköpfen, die operativ einsatzfähig gemacht werden können und 98 Trägersysteme, 48 U-Boot-basierte ballistische Raketen und 50 Cruise Missiles.

Großbritanniens Atomwaffenbestand bezifferte sich Anfang 2022 auf 225 Sprengköpfe, von denen etwa 120 operativ einsatzbereit gemacht werden können, der Rest schlummert in den Depots. Als Trägersysteme dienen 48 U-Boot-basierte ballistische Raketen, die auf vier Atom-U-Booten der Vanguard-Klasse stationiert sind. Großbritannien ist damit die einzige große Atommacht, die sich ausschließlich auf marine Trägersysteme stützt.

Nachdem Indien 1974 erstmals erfolgreich einen Atomwaffentest durchgeführt hatte, forcierte Pakistan das eigene Atomwaffenprogramm mit dem Resultat, daß es heute über etwa 170 Nuklearsprengköpfe verfügt; bei Indien sind es etwa 172. Während diese beiden Staaten ihr Atomwaffenpotential 1998 öffentlich präsentierten, hält sich Israel in dieser Hinsicht bedeckt. Obwohl das Land offiziell bis heute nicht zugegeben hat, über Atomwaffen zu verfügen, wird allgemein von einem Bestand von etwa 90 Atomwaffen ausgegangen. Darüberhinaus besitzt Israel genügend spaltbares Material für den Bau von weit mehr als 100 weiteren Atomsprengköpfen. Nordkorea verfolgt ein eigenes Atomwaffenprogramm und besitzt gegenwärtig etwa 50 Sprengköpfe.

Dr. Dörte Hansen

Redaktionell gekürzt

1 START steht für „Strategic Arms Reduction Treaty“ (Vertrag über die Reduzierung strategischer (Atom)waffen).

2 Unter dem Begriff strategische Trägersysteme sind Interkontinentalraketen, U-Boot-basierte ballistische Raketen und schwere Bomber zusammengefaßt.

3 Etwa 50 der auf europäischem Boden stationierten Exemplare werden gegenwärtig durch moderne B61-12 ausgetauscht. Die von der Biden-Regierung 2023 beschlossene Entwicklung von B61-13 Bomben war selbst unter Biden in Amerika nicht unumstritten. Das Argument: Es handele sich eher um eine politische, als um eine militärische Entscheidung, die „viel Geld kosten würde, das an anderer Stelle nützlicher verwendet werden könnte“. Dennoch wurde die Entwicklung der B61-13 forciert. Ob der unter Biden für 2025 geplante Bau von 50 B61-13 nach dem Regierungswechsel in Washington noch stattfindet, bleibt abzuwarten. Jede einzelne dieser Bomben wäre übrigens in ihrer Wirkung etwa 24 mal so verheerend wie die Hiroshima-Bombe.

Moskauer Antwort auf das westliche Ultimatum

In Moskau wurde nicht nur der 80. Jahrestag der Befreiung der Völker vom Hitlerfaschismus festlich begangen, es kam auch zu Gipfeltreffen Putins mit hochrangigen Vertretern unabhängiger Staaten, deren Resultate letztlich in einen ernsthaften Vorschlag an die Ukraine und an deren Kuratoren zur Weiterführung der Verhandlungen zwischen der RF und der Ukraine in Istanbul, die im April 2022 abrupt durch den kollektiven Westen abgebrochenen worden waren, münden.

Präsident Putin war sich mit den Gipfelteilnehmern darin einig, daß das blutige Gemetzel, die fürchterlichen Zerstörungen der Lebensgrundlagen und das Vergeuden von wichtigen Ressourcen zur Entwicklung der Menschheit, die den sozialen Sektoren vieler Staaten für Aufrüstung sowie für die unmittelbare Kriegsführung entzogen wurden und werden, so schnell wie möglich aufhören müssen.

Auszüge aus dem Gesprächsangebot Putins
Zur Ausgangssituation:

- Bereits im März und April 2025 kam es zu aggressiven und terroristischen Aktionen des Kiewer Regimes. So wurde das 30-tägige Moratorium zur Aussetzung von Angriffen auf Energieanlagen 130 mal durch die Ukraine und auch der von der RF initiierte Osterfrieden 5000 mal verletzt.
- Selenskyj hatte nach Rückendeckung durch die Führungen gewichtiger EU-Staaten am 10.5. die ultimative Forderung an Putin gerichtet, daß die RF bereits am 12.5. eine 30-tägige Waffenruhe ohne Vorbedingungen umsetzen müsse und daß es bei Nichterfüllung, in Abstimmung mit Trump, zu neuen umfangreicheren Sanktionen käme.
- Begleitet wurde dieser aggressive Auftritt, trotz einer russischen Feuerpause (7.-10.5.) mit einem Massenanflug von ukrainischen Drohnen und Raketen (darunter auch westliche) auf die kritische Infrastruktur im Westen Rußlands und auch auf Moskau, wovon 524 abgeschossen wurden. D. h., während der internationalen Feierlichkeiten aus Anlaß des Sieges über den Hitler-Faschismus haben die Nachkommen derer, die mit Hitlers Horden kollaboriert hatten, Rußland mit Hilfe des Westens angegriffen, um es einzuschüchtern. Damit haben sie selber bewiesen, weiß' Geistes Kind sie sind.
- Parallel dazu gab es 36 aggressive Angriffe an den Kampfschwerpunkten im Norden, Osten und Süden der Ukraine und wieder auf die Regionen Kursk und Belgorod, aber auch mit 45 unbemannten Schiffsdrohnen im Schwarzen Meer, die alle für die Ukraine nichts außer Toten,

Verletzten und Verlusten an Kampfmit-teln sowie Territorien brachten.

Obwohl die RF die westlichen Verhandler stets über diese Ereignisse informierte, konnte die RF bisher keine positiven Veränderungen feststellen. Unabhängig davon, daß Kiew – assistiert durch die EU – alle Vorschläge der RF sabotierte, hat sich Putin mit einem Gesprächsangebot an Selenskyj gewandt.

Putin hat vorgeschlagen, am Donnerstag, dem 15.5.25, mit den Verhandlungen in Istanbul zu beginnen. Er erinnerte daran, daß der Abbruch damals erfolgte, als es bereits ein



9. Mai in Moskau: Russisch-brasilianische Gespräche über „strategische Partnerschaft“

von den Seiten paraphiertes Dokument gab. Zum Inhalt dieses Dokument erklärte General a. D. Harald Kujat:

„Die Ukraine hatte sich verpflichtet, neutral zu sein und keine Atomkraft zu wollen, auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten und keine Stationierung ausländischer Truppen oder fremder militärischer Einrichtungen zuzulassen. Dafür sollte die Ukraine Sicherheitsgarantien von Staaten ihrer Wahl erhalten und es keine Einwände der RF zu einer EU-Mitgliedschaft geben. Die Zukunft der besetzten Gebiete sollte innerhalb von 15 Jahren unter Verzicht auf militärische Gewalt (ev. durch Referenden) gelöst werden.

Das Krimproblem sollte langfristig gelöst werden, wie auch die Stärke und Struktur der ukrainischen Streitkräfte sowie die Einbeziehung beider Länder in eine europäische Sicherheitsstruktur.“

Da Selenskyj seine Teilnahme an den Gesprächen in Istanbul – gegen die Ausbremsungsargumente der EU-Eliten – zusagte, Trump seine Teilnahme in Aussicht stellte und die RF auf ernsthafte Verhandlungen zur Beseitigung der Ursachen des Konflikts eingestellt ist, bildete sich eine leichte Hoffnung für eine anhaltende Lösung des Konflikts und auch für eine neue Waffenruhe heraus. Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen dieser schwierigen Aufgaben ist, daß alle Teilnehmer der Gespräche die

derzeitige reale politische, militärische und ökonomische Situation in diesem Konflikt anerkennen und zu Kompromissen bereit sind. Auch sollten die Teilnehmer davon ausgehen, daß es angesichts der heutigen Lage nicht bei den damals fixierten Bereichen und Festlegungen in dem paraphierten Dokument bleiben wird. Unrealistisch erscheint auch die Lösung des Konflikts mittels einer EU-Ultimaten-Politik. Die RF ist zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen bereit.

Rußland zeigte sich auch in Moskau wieder als zielstrebig und ausdauernder Verhandler mit dem umfassenden strategischen Partner

China, indem es zwei gemeinsame Erklärungen im Beisein des Hauptgastes Xi Jinping und Putin verabschiedete und eine Vielzahl von zwischenstaatlichen und anderen Vereinbarungen in den Bereichen Energie, Handel, Finanzen, Wissenschaft, Technologie, Kultur, Landwirtschaft und weitere abschloß. Brasiliens Präsident Lula da Silva machte sich stark für eine multipolare Welt, trat gegen eine Wiederkehr des Nazismus auf der Erdkugel ein und kritisierte die EU-Europäer, die am 80. Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland nicht an den Feierlichkeiten in der RF teilnahmen.

Zum Abschluß drückte Putin allen Kräften den Dank aus, die sich für die

Lösung dieses Konfliktes, für den Frieden in Europa und in der Welt sowie für eine multipolare Ordnung einsetzen.

Fazit:

1. Putin hat mit seinem Vorschlag das Ultimatum des Westens und der Ukraine, welches einen 30-tägigen Waffenstillstand durchsetzen sollte und Rußland für die Weiterführung des Konfliktes verantwortlich machen wollte, pulverisiert. Selenskyj hatte die Möglichkeiten seiner Kuratoren falsch eingeschätzt.
2. Jetzt müssen der Westen und die Ukraine, die sich 2022 für den Abbruch der Verhandlungen und für die Weiterführung des Krieges entschieden haben und damit für Millionen Tote, Verletzte, für die Zerstörung der Ukraine und von Teilen der RF die Verantwortung tragen, Farbe bekennen.
3. Die EU-Eliten wähten Trump auf ihrer Seite, doch dieser ist für direkte Gespräche, neigt sich der russischen stärker zu und spielt dennoch ein von eigenen Interessen bestimmtes Spiel, wie auch Putin. Eine solch umfassende Entscheidung, wie die Beendigung dieses blutigen und von vielseitigen Interessen bestimmten Konflikts, benötigt eine tiefgründige Vorbereitung des Entscheidungsprozesses und nicht einen von Selenskyj injizierten Schnellschuß.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Warum können der kollektive Westen und die Ukraine Rußland nicht besiegen?

Im 80. Jahr der siegreichen Beendigung des 2. Weltkrieges ist festzustellen, daß sich die Russische Föderation (RF) zu einer für mehr Gerechtigkeit in der Welt eintretenden Großmacht entwickelt hat, die

- über eine stabile politische Ordnung und produktive Ökonomie sowie über genügend Rohstoffreserven verfügt;
- einen effektiven Militärisch Industriellen Komplex (MIK) entwickeln konnte;
- das größte Potential an Atomwaffen, aber auch an atomwaffenähnlichen strahlungsfreien konventionellen Waffen besitzt; die kriegserprobte und ständig an die Bedingungen der Front angepaßte konventionelle und atomare Hightech-Waffen, darunter Hyperschall-, Laser-, elektronische-, Weltraumwaffen u. a. Waffen einsetzen kann;
- eine patriotische, gut ausgerüstete und ausgebildete sowie kampferfahrene Armee und Flotte hat;
- mit der Spezialoperation (SO) in der Ukraine deren Entnazifizierung und Entmilitarisierung sowie den Schutz von Minderheiten über eine UN-konforme Nothilfe verfolgt und sich nichts sehnlicher wünscht, als neutrale, NATO- und nazifreie sowie militärisch kontrollierte Nachbarn;
- mit der DVRK, dem Iran und China militärpolitisch zuverlässige und potente Partner besitzt;
- verhandlungs- und kompromißbereit ist, aber bei ökonomischen sowie militärischen Bedrohungen auch hart reagieren kann;
- für ein europäisches System mit gleicher Sicherheit für alle Staaten, für weltweite Sicherheits- und Waffenbegrenzungslösungen, aber auch für einen gesicherten Platz Rußlands in einer multipolaren Welt diplomatisch und gezwungenermaßen auch militärisch kämpft;

Der kollektive Westen und die Ukraine täten gut daran, die Existenz dieses Staates nicht auf die Probe zu stellen. Er sollte, anstatt gegen das ökonomisch und militärisch erstarkte und gut mit den Großmächten und dem globalen Süden vernetzte Rußland (die 27 Staatsmänner zum 80. Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland in Moskau lassen grüßen) aufzurüsten, endlich auf die Vorschläge der RF für ein friedliches und geordnetes Zusammenleben, auch zum eigenen Vorteil, eingehen.

Konfliktlösung durch militärtechnische Überlegenheit?

Die intensiven Kampfhandlungen an den Fronten in der Ukraine und die neuen Angriffe auf die Gebiete Kursk, Belgorod und

die kritische Infrastruktur der RF am 7.5.25 werfen die Frage auf, ob eine der Seiten, welche beide einen Sieg in diesem Konflikt für sich beanspruchen, die dazu notwendige militärtechnische Überlegenheit auf dem Gefechtsfeld besitzen oder ob, wie es alle realistisch denkenden Friedenswilligen sehen, in der jetzigen Situation nur noch eine Verhandlungslösung möglich ist.

Zur Beantwortung dieser Frage sollten u.a. die Ergebnisse von in den US-Streitkräften (US-SK) regelmäßig durchgeführten Simulationen von konventionellen Kriegen in Osteuropa gegen Rußland herangezogen werden, bei denen die US-SK stets eine vernichtende Niederlage erlitten.

Diese Simulationsresultate zwangen die US-Experten schon Ende 2020 zu einer für die USA unvorteilhaften Bewertung des Kräftegleichgewichts zwischen den USA/NATO und Rußland zu kommen, zu welcher die militärtechnischen Durchbrüche der RF wesentlich beitragen.

Diese real existierenden Durchbrüche der RF wurden vor der Öffentlichkeit des kollektiven Westens und der Ukraine geheimgehalten und russische sowie internationale Veröffentlichungen darüber als propagandistische Phantasien Rußlands abgetan.

Erst mit dem Syrieneinsatz und der Spezialoperation der RF in der Ukraine entstand, besonders in den USA, ein realistischeres Bild über die neuen und sehr effektiven kriegsfähigen Waffen Rußlands.

Diese nach neuen Technologien entwickelten oder modernisierten Waffen, die ständig für das Gefechtsfeld an die Strategie und Taktik der Streitkräfte der Russischen Föderation (SK RF) angepaßt und getestet wurden und werden, gestatten ihren Einsatz im Verbund, wodurch sich deren Effektivität bedeutend erhöhte.

Mehrere dieser Waffensysteme wurden bereits in die Streitkräfte der RF eingeführt oder stehen kurz vor ihrer Truppenerprobung.

Wie kam es dazu, daß sich das in den 90er Jahren zu den USA verschobene militärtechnische Gleichgewicht zwischen dem im Westen als geschwächt angesehenen Rußland und den sich allmächtig wahnenden USA so radikal in die umgekehrte Richtung veränderte?

Wie bereits die Sowjetunion, verfügt das heutige Rußland über ein Vielfaches an Mathematikern und Naturwissenschaftlern gegenüber den USA und der NATO. Viele Wissenschaftler arbeiteten in der Grundlagenforschung. Damals konnten jedoch die erreichten zukunftsorientierten militärtechnischen Erkenntnisse wegen der zu schwachen technologischen Basis

noch nicht umgesetzt, aber aufbewahrt werden.

2007 zog Rußland (nach Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz) die Lehren aus den militärischen Aktivitäten der USA und der NATO in Georgien und in Syrien und begann, die Reste der vernachlässigten Armee und deren Waffen wiederherzustellen und zwar unter Anwendung neuer Technologien.

Diese neuen russischen Waffen bestehen aus einer Palette von Hyper-, Über- und Unterschallflugkörpern und von high-technischen Waffensystemen in allen Formationen der SK der RF, die über viele qualitativ neuen Eigenschaften verfügen.

So erreicht der atomare Raumgleiter *Awan-gard* gegen strategische Ziele Geschwindigkeiten von 27 Mach (1 Mach sind 1234,8 km/h), kann Ausweichmanöver vollziehen, über lange Zeiträume in der Luft bleiben, ist störgeschützt und verkürzt die Reaktionszeit des Gegners auf ein Minimum, wodurch er auch bei Vorhandensein von entsprechenden Abwehrsystemen nicht abgewehrt werden kann. Er gehört zu den vielen neuen strategischen und taktischen Systemen, die einmalig auf der Welt sind und deren Entwicklung, Produktion und Truppeneinführungstermine von Putin am 1. März 2018 verkündet worden waren. Obwohl die USA und deren Verbündete große Anstrengungen und höchsten Finanzeinsatz unternehmen, liegen sie bei den grundsätzlich neuen Militärtechnologien um Jahre zurück, was durch den Rechnungshof der USA festgestellt wurde. Gegen diese Waffe, aber auch gegen die neue Interkontinental-Rakete *Sarmat* und die modernisierten *Topol-M*-Raketen gibt es derzeit keine Abwehrmöglichkeiten, denn ihre Flugbahn ist nicht vorhersehbar, da sie antibalistisch ist. Die *Sarmat* kann jedes Ziel auf der Erde in 30 Minuten erreichen. In diese Kategorie der russischen strategischen Waffensysteme reihen sich auch das strategische Atom-U-Boot der 5. Generation *Belgorod* und das auf dem Grund vieler Meere und an den Küsten der RF dezentralisierte basierte und nicht auflösbare interkontinentale Raketen-system *Skifein*.

Die USA hingegen haben den Großteil der Interkontinental-Raketen (z. B. Minuteman und Tridend) über Jahrzehnte nicht modernisiert, wodurch es, lt. Rechnungshof, zu häufigen Ausfällen bei den Kontrolltests kam.

Die Mig-31-gestützte *Kinshal*-Hyperschall-Rakete (10 Mach) kann Reichweiten (RW) bis 2000 km erreichen.

Im Schwarzen Meer gestartet, könnte dieses Waffensystem in wenigen Minuten eine ganze US-Flugzeugträger-Angriffsgruppe im Mittelmeer unschädlich machen, was übrigens auch die Hyperschall-Zirkon-Raketen

(9-12 Mach, RW 1000 km), die von Über- und Unterwasser-Schiffen sowie auch von Land einsetzbar sind, leisten können. Das müssen die USA ab jetzt bei ihren Operationen auf den Weltmeeren berücksichtigen.

Mit dem preiswerten Unterschall-Marschflugkörper *Kalibr* können sowohl See- als auch tief verbunkerte Landziele bis 1500 km Entfernung, zerstört werden. Er ist tieffliegend, folgt dem Geländeerelief und vollzieht ständig Kursänderungen. Gemeinsam mit den neuen konventionellen oder atomaren Hyperschall-Mittelstrecken-Raketen *Oreshnik 1, 2* (10 Mach, RW 5500 km, störgeschützt, manövrierfähig und mit 36 Gefechtsköpfen verschiedener Sprengkraft) sowie den modernisierten *Iskander-M*-Raketen (RW 1000 km), besonders gemeinsam mit den *TOC-Werfern* (RW 120 km), können, wie in der Ukraine nachgewiesen, auch die von den besten Luftabwehrwaffen des Westens geschützten „wertvollen Ziele“ (Kommandostäbe, Truppen- und Söldneransammlungen, Luftverteidigungsmittel, Betriebe des MIK, Kraftwerke und Transportstrukturen u.a.) vernichtet werden.

Einen großen Anteil daran haben auch solche Flugzeuge der 5. (*Su-57*) und 4++ (*Su-35*) Generationen mit ihren weitreichenden Raketen, neuesten Radaren und FEK-Geräten und ihrer hohen Manövrierfähigkeit, die die F-16 u. a. westliche Fluggeräte mehr als neutralisieren konnten. Qualitativ neue Flugzeuge wie *MiG-41* und *SU-75* der 6. Generation befinden sich bereits in der Einsatzprüfung. Diese Raketen und Flugkörper, die sich in der russischen SO als sehr zuverlässig, genau und wirksam erwiesen haben, werden zur Abschreckung und für die Abwehr eines möglichen Angriffs der NATO-Staaten auf die RF in ausreichender Anzahl vorgehalten.

Die sich noch in Entwicklung befindlichen Hyperschallwaffen der USA (mit 5–6 Mach), müßten schon eine bisher nicht erkennbare Beschleunigung erfahren, um Rußland, welches dabei ist, diese Technologie auf eine Vielfalt militärischer Strukturen auszudehnen, einzuholen oder gar zu überholen.

Militärtechnische Durchbrüche gab es auch bei den Mitteln der Luft-Kosmischen Verteidigung und des funkelektronischen Kampfes. Eigentlich müßten die im Kampfgebiet handelnden westlichen Militärs ihren propagandabestimmten Irrglauben von der unangefochtenen eigenen Luftüberlegenheit schnellstens revidieren, denn allein die am 7.5.25 über RF-Territorien abgeschossenen weitreichenden Flugkörper (ATACAMs, Storm-Shadows- und Scalp-Raketen sowie Drohnen u.a. betragen 524). Die gegnerischen Ziele werden neuerdings von weit effektiveren Komplexen *S 400* (gegen alle Luftziele), *S 350* (mittlerer RW, Schutz von wertvollen

Zielen) und *Panzir CM* (RW bis 40 km, neuem Radar und Hyperschall-Raketen sowie Kampflaser) und auf der Krim durch den fortschrittlichsten *S 500* (RW 600 km, gegen Hyperschallziele und tieffliegende Satelliten) verlustreicher bekämpft werden. Dieser LKV-Komplex *S 500* hat bereits 2024 seine außergewöhnlichen Fähigkeiten nachgewiesen, als er die Hyperschall Rakete *Senesch* (RW 11 450 km) abschoß. Die nach israelischem Beispiel im Aufbau befindlichen *Luftverteidigungskuppeln*, welche in einem großen Radius die Sicherheit von wertvollen Zielen, wie politische, industrielle und militärische Zentren sowie wichtige Objekte der Infrastruktur, die Sicherheit gewährleisten sollen, verfügen heute bereits über eine Abschußquote von über 93 %. Damit liegt die Quote der RF weit über der der Westlichen in der Ukraine. Der Ausbau wird besonders



Das russische Raketenabwehrsystem S 500

im Moskauer Gebiet beschleunigt, um die Sicherheit der Metropole, die durch die Ukraine besonders häufig bedroht wurde, auch weiterhin zu gewährleisten.

In Erprobung befindet sich ein *Radar-Komplex mit Hochantennen und „elektronischen Spiegeln“*, der nicht nur tieffliegende Aufklärungs- und Kamikaze-Drohnen des Gegners, sondern auch weitreichende ballistische Flugkörper, darunter auch mögliche Taurus, effektiv bekämpfen kann. Eine stürmische Entwicklung erfuhren *luft-, land- und seegestützte Drohnen*. Es gelang, den Vorlauf der Ukraine und des Westens nicht nur zu neutralisieren, sondern besser als der Gegner zu sein. China unterstützt die RF dabei mit der Lieferung von selbstzielsuchenden, störgeschützten, schnellen und manövrierenden KI-Drohnen sowie mit Chips, elektronischen Baugruppen und modernen Militärtechnologien. Diese militärische Zusammenarbeit findet auch in umgekehrter Richtung statt und fand bei der Begegnung der Präsidenten Xi und Putin in Moskau ihre Fortsetzung.

Die RF hat in den letzten 15 Jahren eine größere Anzahl verschiedener sehr effektiver luft-, see- und bodengestützter *Systeme und Komplexe des funkelektronischen Kampfes*

(FEK) entwickelt und bereits erfolgreich eingesetzt, mehrere von ihnen erfolgreich in Syrien und im Ukraine-Konflikt. So konnten z. B. die 44 Flugzeuge Rußlands unbemerkt von den USA auf ihre Basis in Syrien fliegen, konnten die Massenankünfte von US- und britischen Tomahawk-Flügelraketen auf syrische Flugplätze durch russische elektronische Gegenwirkung unwirksam gemacht werden, konnten Flugzeuge der NATO, die die russische Grenze verletzen wollten, ohne Waffeneinsatz durch Fehlfunktionen (nur mit elektronischen Systemen) zum Abdrehen gezwungen werden, konnten NATO-Flugzeuge im Baltikum und Schiffe im Schwarzen Meer nicht mehr mit ihrem GPS-System navigieren usw. Dazu gehört auch der Komplex *Alabuga*, der in der Lage sein soll, in einem bestimmten Radius alle Kommunikationsmittel und andere elektronische Anlagen der gegnerischen SK auszuschalten. Bei den Bodentruppen der

RF in der Ukraine laufen die Truppenerprobungen mit rucksackgestützten elektronischen Mitteln gegen Drohnen.

Die auf diesem Gebiet erreichten qualitativen Entwicklungen der RF sollen die Fähigkeiten der USA und anderer NATO-Staaten nach eigenen Angaben um ein Mehrfaches übertreffen.

Diese neue Art russischer Raketen sowie die modernsten Komplexe der Luft-Kosmischen Verteidigung und des FEK heben, wie in der Ukraine nachgewiesen, die bisher als gegeben angenommene absolute US/NATO-Luftüberlegenheit auf. Damit sind die Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentren der USA und der NATO, wie z. B. die

US-Basis Ramstein, das US-Atomwaffenlager in Büchel und die Taurus-Produktionsstätten, aber auch alle NATO-Stäbe völlig schutzlos. Gleiches gilt für Logistikzentren, Hafenanlagen, Brücken u. a. Infrastrukturobjekte, über die der NATO-Nachschub gegen Rußland laufen soll.

Alle diese neuen Waffensysteme werden im Verbund und bei Einbindung der Mittel des FEK eingesetzt.

„Diese neuen Systeme und Komplexe der RF überfordern die heutige Luft- und Raketenabwehr aller NATO-Staaten“, konnte man jüngst in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* lesen. Auch im US-Armee-Kommando Europa und in den verbündeten NATO-Armeen hat man inzwischen begriffen, daß Putins Warnung in seiner Rede vom März 2018, daß die RF gezwungen sei, bei weiterer Bedrohung qualitativ neue Waffensysteme in die Streitkräfte einzuführen, kein Bluff war. Diese neuen russischen Waffen besitzen natürlich Auswirkungen auf die Kampfstrategie der US-Armee und ihrer NATO-Verbündeten, wobei Letztere berücksichtigen sollten, daß alle ihre „wertvollen Objekte“ gegen die qualitativ neuen und treffsicheren russischen Raketen derzeit und auch in absehbarer Zeit

nicht zu verteidigen sind und dass ihre Angriffsmittel auf die beste Luft-Kosmische Verteidigung der Welt treffen würden.

Schlußfolgerung:

Auch bei einer militärtechnischen Überlegenheit Rußlands ist ein militärischer Sieg (z. B. im Ukraine-Konflikt), besonders wegen der sich durch das Vorhandensein von Atomwaffen ergebenden Risiken, nicht 100-prozentig vorhersagbar. Es scheint überzeugender und realistischer zu sein, die anfangs gestellte Frage so zu beantworten, daß der Ukraine-Konflikt mit seinen exorbitanten menschlichen Verlusten und materiellen Zerstörungen nur durch Verhandlungen nachhaltig zu lösen ist (H. Kujat).

Von den verbohrten russophoben US/NATO-Eliten, die immer noch von ihrer westlichen Überlegenheit überzeugt sind und sogar öffentlich mit dem Gedanken spielen, einen Atomkrieg zu riskieren, kann man keine Vernunft erwarten. Vernunft und Friedenskampf müssen aber dringend die Bevölkerungen der vom Konflikt betroffenen Staaten aufbringen, um diesen immer weiter eskalierenden Krieg zu beenden. Weder die eigene Aufrüstung und „Kriegstüchtigkeit“, die Waffenhilfe für die Ukraine, noch die Stationierung von neuen atomaren US-Mittelstreckenraketen bringen Frieden, sondern nur der Kampf gegen die aggressive Politik der westlichen Eliten sowie die Wiederherstellung normaler politischer und ökonomischer Beziehungen zur RF.

Die Verschiebung des militärtechnischen Gleichgewichts in Richtung Rußlands (und Chinas) zeigt an, daß weder die USA noch die NATO und EU-Europa in einer Position sind, Rußland zu bedrohen oder gar in der Ukraine zu besiegen.

Bei Durchführung einer ernsthaften Analyse des Ukraine-Krieges werden die US/EU-Politiker und -Militärs zu der Erkenntnis kommen, daß es ihnen trotz der gigantischen Rüstungsausgaben nicht gelungen ist, der RF eine strategische Niederlage beizubringen, weil sie ihre militärische Überlegenheit schon länger gegenüber der RF verloren haben und bald auch gegenüber China verlieren werden.

Oberst a. D. Gerhard Giese

„Russophobie“ hat Hochkonjunktur

Was beinhaltet dieses Wort? Wikipedia sagt dazu: „Russophobie oder Russenfeindlichkeit ist eine ablehnende Haltung gegenüber Rußland, den Russen oder der russischen Kultur.“ Blättert man in Geschichtsbüchern, findet man, da sich die negative Haltung zu den Russen – damals vorwiegend aus religiösen Gründen – bis ins 13. Jahrhundert im Kampf mit dem Deutschen Orden zurückverfolgen läßt, daß sie sich in den folgenden Jahrhunderten mit unterschiedlicher Intensität und Zielstellung fortsetzte. Hitler bezeichnete die Russen als „zur Selbstorganisation unfähige Untermenschen“ und warnte vor einem russischen Angriff. Auch mit dieser Behauptung begründete er u.a. den deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Heute soll das Gedenken an jene sowjetischen Befreier von der Nazidiktatur, die die größten Opfer gebracht haben, ausgelöscht werden. Das Zeigen von Flaggen mit „russischem Bezug“ und das Singen/Abspielen russischer Lieder am Ehrenmal in Berlin-Treptow (und nicht nur dort) wurde bei Strafe verboten. Ich frage: Wem nützt das alles? Wem nützen die neuen alten Feindbilder, wem nützt diese Russophobie? Im Hintergrund stehen immer Machtpolitik und politische Interessen. Die antirussische Kriegshetze in der deutschen und europäischen Politik sowie in den Medien nimmt immer mehr Fahrt auf. Das Ziel: Die Bürger sollen Angst vor den Russen, vor einem russischen Angriff haben. In der Chemnitzer Freien Presse (FP) vom 9.4.25 wird der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, mit einer extra großen Überschrift zitiert: „Ich glaube, daß sich Rußland im Krieg mit uns sieht.“ Ebenso ein Beitrag vom 24.4.25 mit dem Titel: „Luftfrachtbrände: Spur zu russischem Geheimdienst“. Objektivität

vortäuschend, werden Worte gewählt, wie „prüfen wollen“, „mutmaßlich“, „eventuell“ etc. Die Absicht jedoch ist unverkennbar: Der Schuldige ist in jedem Fall Rußland. Immer unverhohlener wird Haß auf dieses Land geschürt. In der Presse wird die angebliche Bedrohung durch Rußland reißerisch aufgemacht, wie z.B. bei BILD: „Sie plündern, vergewaltigen und foltern: So schuf Putin seine Barbaren-Armee“. Immer unverblümter gleichen sich russophobe Äußerungen von Politikern und Medienberichte der unheilvollen Nazi-Propaganda an. Hitler vor der deutschen Presse 1938: „Es ist nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klar zu machen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Gewalt durchgesetzt werden, ...die innere Stimme des Volkes muß selbst langsam nach Gewalt zu schreien beginnen.“ Die Forderungen deutscher Politiker wie „Kriegstüchtigkeit bis 2029“, „Wehrpflicht“, „Bunkerbau für den Kriegsfall“, „Maßnahmen der Bürger, um 72 Stunden überleben zu können“ etc. sowie Strack-Zimmermanns Behauptung, „Putin ist ein Mörder, der hunderte Millionen Menschen unter die Erde gebracht hat ...“, sind Ausdruck dafür. Selbst in Sendungen für die Jüngsten im Kinderkanal von ARD und ZDF wird gegen Rußland gehetzt und für Krieg geworben. Es wird in den Schulen kaum noch vermittelt, wie es zu den großen Kriegen gekommen ist, wer sie wie vorbereitet hat, wer die Kriegsgewinnler waren und daß das deutsche Volk jeden Krieg mit seinen Toten bezahlen mußte. Betrachtet man all das als Ganzes, so wissen die Herrschenden – nicht nur in Deutschland – sehr wohl, wie wichtig es ist, Denken und Handeln der Bevölkerung in ihrem Sinne

auszurichten. Doch auch in anderen NATO-Staaten wird die Russophobie zur Meinungsmache genutzt. 2024 beispielweise wurden in finnischen Medien Berichte veröffentlicht, wonach Rußland einen Angriff auf die baltischen Staaten, Finnland und Norwegen vorbereite. Detailliert wurde dabei auf „ungenannte Quellen“ und „Experten“ aus der NATO-Führung verwiesen. Deutsche und andere westliche Medien kolportierten diese wahrheitswidrige Behauptung. Pistorius erklärte beispielsweise, daß Rußland „innerhalb weniger Jahre das Territorium der NATO-Länder angreifen könne“. Das Ziel der Meldung war erreicht – zum einen die Angst vor den Russen in der Bevölkerung zu schüren, zum anderen die unermeßlich steigenden Rüstungsausgaben der NATO-Staaten zu begründen sowie letztlich „Verständnis“ für die schrumpfende Wirtschaft und den sinkenden Lebensstandard bei der Bevölkerung zu finden. Zur „Beruhigung“ der Bürger erschien in der Freien Presse vom 18.2.25 ein Beitrag mit der Überschrift: „Mehr Rüstung bringt 200 000 Jobs“. Oder: „Rüstungskonzern übernimmt Waggonbau Görlitz“ (FP vom 6.2.25). In diesem Betrieb werden jetzt Panzer Teile hergestellt, und 580 der bisher 700 Mitarbeiter werden übernommen. Voller Stolz über dieses Ergebnis äußerte sich der stellvertretende Betriebsrat des Werkes im TV. Insgesamt bewertet die IG Metall die Übernahme durch den Rüstungskonzern als positiv, so eine Pressemitteilung. Rüstungssparte und IG Metall also in trauter Gemeinsamkeit, hier wie auch bei anderen Rüstungsprojekten. Maximalste Profite für die Rüstungskonzerne bringt allein schon die Vorbereitung eines Krieges, wie die Börsenzahlen von Rheinmetall beweisen. Die Frage nach dem „Wem nützt es?“ wird nicht gestellt.

Dietmar Hänel, Flöha

Ansprache Wladimir Putins bei der Siegesparade in Moskau am 9. Mai 2025

Siegesparade in Moskau am 9. Mai 2025
(...) Als Erben der Sieger feiern wir heute den Tag des Sieges als den wichtigsten Feiertag des Landes, der der gesamten Nation, jeder Familie und jedem Einzelnen von uns am Herzen liegt.

Unsere Väter, Großväter und Urgroßväter haben das Vaterland gerettet. Und sie haben uns das Vermächtnis hinterlassen, die Heimat zu verteidigen, vereint zu bleiben und unsere nationalen Interessen, unsere tausendjährige Geschichte, Kultur und traditionellen Werte – alles, was uns lieb und heilig ist – entschlossen zu verteidigen.

Wir erinnern uns an die Lehren des Zweiten Weltkrieges und werden niemals der Verfälschung dieser Ereignisse oder den Versuchen zustimmen, die Mörder zu rechtfertigen und die wahren Sieger zu verleumdern.

Unsere Pflicht ist es, die Ehre der Soldaten und Kommandeure der Roten Armee sowie den Heroismus der Kämpfer unterschiedlicher ethnischer Herkunft zu verteidigen, die für immer russische Soldaten in der Weltgeschichte bleiben werden.

Rußland war und bleibt ein unzerstörbares Hindernis für Nazismus, Russophobie und Antisemitismus und wird sich der Gewalt der Verfechter dieser aggressiven und zerstörerischen Ideen entgegenstellen. (...)

Die Sowjetunion hat die Hauptlast der brutalsten und unerbittlichsten Angriffe des Feindes getragen. Millionen von Menschen, die einst ausschließlich friedlicher Arbeit gewidmet waren, griffen zu den Waffen und standen bis zum Tod auf jedem Hügel, jedem

Brückenkopf und jeder Verteidigungslinie. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges wurde durch entscheidende Siege in den großen Schlachten von Moskau und Stalingrad, an der Kursk- und Dnjepr-Front, durch den Mut der Verteidiger von Belarus, die als erste dem Angreifer gegenüberstanden, durch den unerschütterlichen Widerstand in der Festung Brest und in Mogilev, Odessa, Sewastopol, Murmansk, Tula und Smolensk, durch den Heldenmut der Einwohner des belagerten Leningrad, durch die Tapferkeit all derer, die an der Front, in Partisaneneinheiten und im Untergrundkampf kämpften, sowie durch die selbstlosen Anstrengungen derjenigen, die unter feindlichem Beschuss Fabriken und Werke evakuierten und an der Heimatfront arbeiteten und dabei alles gaben, was sie hatten, und bis an die Grenzen ihrer Kräfte arbeiteten.

Die Pläne der Nazis, die Sowjetunion zu erobern, wurden durch die unerschütterliche Einheit der Nation zerschlagen. Das Heldentum des sowjetischen Volkes war allgegenwärtig, und jede Republik trug die gemeinsame, immense Last des Krieges. Der Beitrag der Völker Zentralasiens und des Südkaukasus war immens. Aus diesen Regionen kamen ununterbrochen Züge mit allem, was die Front benötigte. Krankenhäuser wurden eingerichtet, und Hunderttausende Evakuierte fanden dort eine zweite Heimat. Ihnen wurden Unterkunft, Verpflegung und herzliches Mitgefühl zuteil.

Wir ehren jeden Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und verneigen uns in

Erinnerung an alle, die ihr Leben für den Sieg gegeben haben, die Söhne und Töchter, Väter und Mütter, Großväter und Urgroßväter, Ehemänner und Ehefrauen, Brüder und Schwestern, geliebte Menschen und Freunde.

Wir verneigen uns vor unseren gefallenen Waffenbrüdern, die als Helden in einem gerechten Kampf für Rußland ihr Leben gelassen haben. (...)

Fast 80 Prozent der Weltbevölkerung wurden in den feurigen Strudel des Zweiten Weltkriegs hineingezogen.

Die vollständige Niederlage Nazi-Deutschlands, des militaristischen Japans und ihrer Satellitenstaaten auf der ganzen Welt wurde durch die gemeinsamen Anstrengungen der Alliierten Nationen erreicht.

Wir werden nie vergessen, dass die Eröffnung der zweiten Front in Europa, die nach den entscheidenden Schlachten auf dem Territorium der Sowjetunion stattfand, den Sieg beschleunigt hat. Wir würdigen den Beitrag, den die alliierten Streitkräfte, die Mitglieder der Widerstandsbewegung, das mutige chinesische Volk und alle, die für eine friedliche Zukunft gekämpft haben, zu unserem gemeinsamen Kampf geleistet haben. (...)

Wir werden uns stets auf unsere Einheit im Kampf und in friedlichen Bestrebungen, im Streben nach strategischen Zielen und bei der Bewältigung von Problemen zum Wohle Rußlands, seiner Größe und seines Wohlstands verlassen. (...)

Redaktionell gekürzter Text

Übernommen von seniora.org, 9.5.2025

Übersetzung: Andreas Mylaeus

Hat Istanbul 2.0 wirklich nichts gebracht?

Stellt Rußland „inakzeptable“ Maximalforderungen, wie Selenskyj, ohne auf deren Inhalt einzugehen, behauptete? Letzteres tat aber das US-Medienunternehmen Bloomberg. Danach sollte die Ukraine

- ein neutraler Staat sein;
- weder über ausländische Truppenpräsenz noch über Massenvernichtungswaffen verfügen;
- von ihren Kriegsreparationsforderungen an die RF abrücken;
- die in die Russische Föderation (RF) integrierten Gebiete als russisch anerkennen und
- ihre Truppen aus den entsprechenden Regionen abziehen, denn erst dann würde die RF einer Waffenruhe zustimmen.

Diese Forderungen Putins spiegeln die Positionen aus den Gesprächen mit dem US-Beauftragten Witkoff wider. Sie wurden bei Istanbul 2.0 durch Wladimir Medinski vertreten, der von der Regierung der RF das entsprechende Mandat erhielt, da dieser durch

die Istanbul-1.0-Verhandlungen im März/April 2022 am besten mit dem Inhalt der für die jetzigen Gespräche als Basis angenommenen paraphierten Dokumente vertraut ist. Die Aufgabe der Gruppe Medinski bestand darin, für eine solche Beendigung des Krieges und einen solchen Friedensvertrag zu votieren, der die Kriegsursachen beseitigt und die gegenwärtige militärische Lage berücksichtigt. Dieses hat Selenskyj absolut abgelehnt, womit er Trumps Bemühungen total negiert. Rußland hat seine Hausaufgaben für ernsthafte Gespräche gemacht.

Die Delegation der Ukraine unter Leitung von Andij Jermak vertrat die Forderung Selenskyjs und dessen Kuratoren nach einer 30-tägigen Waffenruhe, die, wie die Gegenseite aufdeckte, der Aufrüstung, der Umstrukturierung der ukrainischen Streitkräfte, der Eingliederung von militärischen Formationen der NATO in die Ukraine und somit der Fortsetzung des Krieges dienen würde. Da

diese Forderung auch noch mit einem Sanktionsultimatum gegen die RF verbunden war, wurde sie durch Putins Vorschlag für dieses „Gespräch“ in Istanbul pulverisiert.

Dennoch gab es meßbare Resultate.

Nach drei Jahren Krieg sprachen die Seiten miteinander, sollen ein Gefangenenaustausch 1000 : 1000 realisiert und inhaltliche Vorschläge für eine Verhandlungsfortsetzung erarbeitet werden. Weitere Treffen sind angedacht.

Da es keine substantiellen Ergebnisse gab, will sich der unduldsame Trump mit Putin zur Beendigung des Krieges am 19.5.25 telefonisch verständigen und danach seine Partner informieren. Die EU-Europäer hingegen vereinbarten die weitere Finanzierung der Ukraine, die Lieferung von Waffen, Munition sowie Militärtechnologien zur Weiterführung des sogar von US-Außenminister Rubio als verloren angesehenen Krieges.

Felix Bendix, Strausberg

Gedanken zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus

Wie in jedem Jahr haben wir auch in diesem Jahr an unserem Cottbuser Ehrenmal der Soldaten der Roten Armee gedacht, die für die Befreiung unseres Landes vom Hitlerfaschismus ihr Leben geopfert haben. Und wir haben uns auch in diesem Jahr daran erinnert, daß es in erster Linie die Sowjetunion war, die die Hauptlast dieses schrecklichen Krieges getragen hat, ohne daß wir mit dieser Feststellung den Anteil der anderen alliierten Armeen an dem Sieg schmälern wollen. Es war die Sowjetunion, die wie kein anderes Land den Vernichtungswillen des deutschen Faschismus auf eigenem Boden erfahren mußte und den höchsten Blutzoll zahlte. Wir, die wir in der DDR, dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden, aufgewachsen sind, haben dies nie vergessen und unser Handeln darauf eingestellt. Getreu dem Schwur der Überlebenden dieses grausamen Krieges, der Not und Elend über unser Land gebracht hat, sollte nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen. Unsere Politik war eine Politik der Sicherung des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Freundschaft mit allen Völkern dieser Erde. Mit großer Sorge mußten wir aber auch zur Kenntnis nehmen, wie in dieser Zeit in der deutschen Bundesrepublik ein Geist des Revanchismus immer mehr Raum gewann. Die nicht bewältigte faschistische Vergangenheit in diesem Staat, die dazu

führte, daß alte Nazis, die sich in allen Verwaltungsstellen eingenistet hatten, wieder zu Einfluß auf das politische Leben in der BRD kamen, zeigte ihre Früchte.

Und so war es nicht verwunderlich, daß wir nach dem Ende der DDR und der sogenannten Wiedervereinigung erleben mußten, daß dieser neu formierte Staat BRD immer mehr die Lehren aus der Geschichte, aus der Geschichte zweier Weltkriege über Bord warf und in einer beispiellosen Geschichtsverfälschung all unsere Bemühungen, unseren Kampf für Frieden und Völkerverständigung ins Gegenteil umkehrte. Und so müssen wir heute, 80 Jahre nach dem Ende eines von Deutschland begonnenen verheerenden Weltkrieges feststellen, daß wieder aufgerüstet wird. Nicht Friedentüchtigkeit wird gefordert, sondern Kriegstüchtigkeit.

Gepaart mit einem unvorstellbar inszenierten Russenhaß, wie wir ihn nur aus der schwärzesten Zeit der Geschichte kennen, wird für einen Krieg gegen die Russische Föderation getrommelt.

Ja, es sieht so aus, als könnten es Politiker, die in der NATO und der EU Verantwortung tragen, gar nicht abwarten, einen dritten Weltkrieg, der das Ende unserer Zivilisation bedeuten könnte, vom Zaun zu brechen. Dieses Kriegsgeschrei ist unerträglich. Es erfüllt uns mit besonderer Scham, daß es

wieder Deutsche sind, die sich in vorderster Reihe dieser Kriegstreiberei stellen.

Auch wenn es die friedensfeindliche Politik in unserem Land mit einer beispiellosen Propaganda, die von gleichgeschalteten Medien unterstützt wird, geschafft hat, die Friedensbewegung zu spalten und so ihrer Kraft zu berauben, dürfen wir nicht aufhören, für den Frieden zu kämpfen.

Als eine Lehre aus unserer Vergangenheit sehen wir es als unsere Pflicht an, unsere Stimme gegen diese menschenfeindliche Politik zu erheben.

Und gerade deshalb, weil die gegenwärtige Politik alles versucht, das Andenken an die ruhmreiche sowjetische Rote Armee zu diskreditieren, sagen wir in diesem Jahr erst recht: Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten, weil ihr Euer Blut, Euer Leben für die Befreiung unseres Landes geopfert habt. Wir bekunden unsere tiefe Verbundenheit und Freundschaft mit allen Völkern der Russischen Föderation.

Mir fallen folgende Zeilen ein, die Johannes R. Becher 1950 schrieb, von Hanns Eisler vertont und von Ernst Busch gesungen wurden: Wer hat vollbracht all die Taten, die uns befreit von der Fron? Es waren die Sowjetsoldaten, die Helden der Sowjetunion. Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten, Euch Helden der Sowjetunion!

Peter Truppel, Cottbus

Brücken bauen und Frieden schaffen

Am 8. Mai fanden aus Anlaß des 80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus und des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg in Berlin, in vielen Klein- und Mittelstädten und anderen Orten zahlreiche Veranstaltungen, Gedenkstunden und Kranzniederlegungen statt. Obwohl das Auswärtige Amt in einer „Handreichung“ an Landräte und Kreise „empfahl“, keine Einladungen an offizielle Vertreter Rußlands und Belarus' auszusprechen, kam es dennoch zu bewegenden Begegnungen mit russischen, belarussischen, und anderen Diplomaten. So fand bereits am 7. Mai eine größere Kundgebung vor dem Kapitulationsmuseum in Berlin-Karlshorst und am 8. Mai eine Gedenkveranstaltung im Brandenburgischen Altlandsberg statt, zu der Bürgermeister Töpfer und Pfarrer Menert alle Bürgerinnen und Bürger an die restaurierte Kriegsgräberstätte auf dem Marktplatz der kleinen Stadt eingeladen hatte. Mit dieser Ehrung wollte der Ort, wie der Bürgermeister betonte, „ein Zeichen



Ehrung der Sowjetsoldaten, die ihr Leben für die Befreiung Deutschlands vom Faschismus gegeben haben

für Menschlichkeit, Versöhnung und Frieden setzen“. Mehr als 200 Menschen nahmen daran teil.

In Anwesenheit des russischen Botschafters Sergej Netschajew legten die Teilnehmer, Frauen und Männer, Alte und Junge

– gekommen waren viele Schüler des dortigen Gymnasiums mit Nelken in den Händen – Deutsche, Russen und Vertreter anderer Nationen, tief beeindruckt Kränze und Blumen nieder.

Der Bürgermeister erinnerte in seiner Ansprache daran, daß im Raum Altlandsberg wenige Tage vor dem Kriegsende hunderte Rotarmisten gefallen waren. 293 von ihnen sind auf großen gepflegten Granitplatten namentlich genannt. An dieser Ehrung der gefallenen Sowjetsoldaten nahmen auch Vertreter des Traditionsverbandes der NVA, linker und anderer Parteien und Organisationen teil. Die Neugestaltung der Kriegsgräberstätte wurde durch Mittel des Landes finanziert. Sie wurde realisiert im Zusammenwirken des Landkreises, des Büros für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit an der Botschaft der Russischen Föderation und des Ministeriums des Innern – ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Schaut nicht weg!

Am 9. Mai 2025 wurde weltweit des historischen Sieges der Sowjetunion gedacht, den sie gemeinsam mit den Alliierten und Tausenden heldenhaften Kämpfern vieler Länder vor 80 Jahren gegen den Hitlerfaschismus errungen hat.

Für mich selber, in Berlin aufgewachsen, war es schon als Kind selbstverständlich, an den Gedenkveranstaltungen am Ehrenmal in Berlin-Treptow teilzunehmen. Mein Vater, ein antifaschistischer Widerstandskämpfer aus der Gruppe Heinz Kapelle, hat mich gelehrt, alle Ereignisse in ihrem geschichtlichen Kontext zu bewerten und dabei Freund und Feind zu unterscheiden. Inzwischen bin ich selber schon 84 Jahre alt, wohne an der Ostsee und leider körperlich

nicht mehr so belastbar. Deshalb habe ich mir neben der Parade zum Tag des Sieges in Moskau im Internet auch verschiedene Videos von Veranstaltungen in Berlin angesehen, unter anderem den Auftritt von Egon Krenz am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten, der meine volle Zustimmung findet. Um so entsetzter war ich darüber, was ich kurze Zeit später von dort zu sehen bekam. Der Marsch der russischen Mitbürger zum Ehrenmal wurde von der Berliner Polizei durch Sperrzäune gestoppt, und die Teilnehmer mußten entwürdigende Leibesvisitationen über sich ergehen lassen, nur um festzustellen, ob irgendwo in einer Jackentasche eine russische Fahne oder ein St.-Georgs-Band versteckt ist. Ein junger

bulliger Polizist schämte sich nicht, einem alten, im Rollstuhl sitzenden, Mann in die Jackentaschen zu greifen.

Das war aber nur die eine Seite. Zeitgleich hatte sich eine Gruppe Ukrainer eingefunden, die unter den Augen der Polizei ihre Landes- und Kriegsfahnen schwenken durften und laut krakeelend die russischen Bürger ständig verbal angriffen. Und das auf dem Gelände eines sowjetischen Ehrenmals, wo neben vielen anderen auch der ukrainischen Opfer des Krieges gedacht werden sollte.

Das Verhalten der Polizeibeamten war einfach skandalös, aber auch bezeichnend.

Kurt Ende
Ribnitz-Damgarten

Mein 80. Jahrestag

Vor 80 Jahren wurde ich geboren und vor 80 Jahren wurde der deutsche Faschismus zerschlagen. Wer sich nicht belügt, weiß, daß das Volk der Sowjetunion den Hauptbeitrag in diesem mörderischen, ihm aufgezwungenen heiligen Krieg leisten mußte. Der verbrecherische Krieg war auf seine Vernichtung gerichtet.

Meine Familie, die in Polen/Russisch-Polen lebte, wurde darauf vorbereitet, nach Rußland deportiert zu werden, wenn der „Endsieg“ gelungen wäre. Das wäre dann die zweite Deportation gewesen, die erste war noch zur Zarenzeit 1915.

Die Paraden, Gedenkfeierlichkeiten, Würdigungen der Taten der Opfer sind scheinbar bereits Geschichte, aber eben nur scheinbar. Für mich ist das ganze Jahr 80. Jahrestag der Befreiung und des Sieges über den

deutschen Faschismus. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Hetze gegen Rußland und die Fälschung der Geschichte dieses deutschen Verbrechens nicht enden wird.

Der Regisseur des sowjetischen Filmes „Der gewöhnliche Faschismus“, Michail Romm, brachte bereits 1967 zur Premiere des Films auf der Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche treffend und für heute aktuell zum Ausdruck: „Der Faschismus hat die Menschheit nicht nur durch seine Grausamkeit und Organisation, sondern auch durch die Verführungskraft seiner heimtückischen Propaganda erschüttert und empört ... Noch erstaunlicher ist, daß der Faschismus weiterlebt, obwohl er im Zweiten Weltkrieg zerschmettert worden war.“ Wir sind weiter gefordert. Am 9. Mai haben DKP, KPD, KO, „RotFuchs“, ISOR und

andere gemeinsam eine Ehrung der gefallenen Soldaten auf dem Ostfriedhof vorgenommen. Am Ehrenhain würdigten Vertreter dieser Parteien und Organisationen in angemessenen, überzeugenden Worten ihren Heldenmut. Anwesend waren russische Bürger und Familien, mit denen wir gemeinsam zum Abschluß das Lied „Der Heilige Krieg“ auf Russisch gesungen haben.

Sehr beeindruckt möchte ich die durch die jungen Genossen der Kommunistischen Organisation gestaltete Ehrung der ermordeten Widerstandskämpfer Leipzigs hervorheben, die an der Seite der Völker der Sowjetunion gekämpft haben.

Es bleibt dabei: Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

Edmund Pelzer, Leipzig

Tag der Befreiung – Tag des Sieges

Auf Initiative der VVN-BdA Chemnitz wurde am 8. und 9. Mai der Sowjetische Ehrenfriedhof in der Kulturhauptstadt für das Gedenken an die Opfer des faschistischen Vernichtungskrieges geöffnet. Zum Tag der Befreiung kamen bereits mit Beginn der Öffnung um 14 Uhr viele Chemnitzerinnen und Chemnitzer sowie Gäste mit Kränzen und Blumengebinden, um der toten Soldaten und Zwangsarbeiter zu gedenken. Familien mit Kindern, Einzelpersonen und Vertreter der Linken, des BSW sowie von Vereinen und Verbänden verneigten sich am Ehrenmal oder legten Blumen auf Grabsteine.

Der Vorsitzende der VVN-BdA, Enrico Hilbert, eröffnete mit sehr persönlichen Gedanken um 16 Uhr die Gedenkveranstaltung, auf der der Vertreter der Russischen Botschaft, die Mitglieder des Sächsischen Landtages, Susanne Schaper und Nico Rudolph, das Wort zur Erinnerung und Mahnung an über 65 Millionen Weltkriegstote ergriffen. Bis 18 Uhr hatten über 420 Besucher persönlich den Tag der Befreiung gewürdigt. Am 9. Mai, dem Tag des Sieges, waren weit über 400 Bürger und Bürgerinnen aus über 10 Nationen zu den Gräbern gekommen. Mit der Niederlegung von Gebinden sowie einer Fülle von Blumen wurde an

die Toten und deren Einsatz zur Befreiung vom Faschismus gedacht. Spontan bildete sich ein kleiner Chor, der russische Lieder interpretierte. Kinder schmückten Gräber mit Blumen und Erwachsene tauschten untereinander Gedanken aus. Auf Vorschlag der Linken war der 8. Mai unlängst zum Gedenktag in Sachsen erklärt worden. Es wäre höchste Zeit, wenn die Bundesrepublik Deutschland diesen Tag zum Feiertag erklären würde. Es wäre ein deutliches Zeichen gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.

Raimon Brete
Chemnitz

Neonazismus in Westeuropa

Unter dem Titel „80 Jahre nach dem Großen Sieg: Der Schatten des Nationalsozialismus hat Europa erneut bedeckt“ veröffentlichte das russische Außenministerium am 25. April einen Bericht, den wir in diesem Heft und im Juli/August-Heft dokumentieren:

In jenem denkwürdigen Mai 1945 schien es, als sei unter allgemeiner Begeisterung der Nazismus für immer vorbei. Die Welt, Europa und insbesondere das sowjetische Volk zahlten den höchstmöglichen Preis für den Sieg über die „braune Pest“. Wie das Leben jedoch gezeigt hat, wurde in diesem Krieg nur der sichtbare Teil dieses bedrohlichen Eisbergs zerstört. Die Wurzeln und der Nährboden blieben bestehen, und heute erhebt der Nazismus in Europa erneut sein Haupt.

Ohne zu sehr in die Geschichte des Themas einzutauchen, genügt es, das Wesentliche zu sagen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion waren die USA und die westeuropäischen Länder äußerst daran interessiert, Bedingungen zu schaffen, die eine Rückkehr der ehemaligen Sowjetrepubliken in den Einflußbereich Rußlands unmöglich machen würden. In diesem Zusammenhang schürten sie aktiv revanchistische Stimmungen in den neu gegründeten Staaten, insbesondere in Litauen, Lettland und Estland, wo die Beschönigung des Nazismus heute in den Rang einer Staatsideologie erhoben wurde. Die Verunglimpfung der UdSSR und all dessen, was Riga, Tallinn und Vilnius mit ihr verband, trug äußerst erfolgreich zu diesem Ziel bei. Wir dürfen nicht vergessen, daß westliche Länder den „Untergrund“ der Nazi-Emigranten aktiv nutzten. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand ein erheblicher Teil der Kollaborateure, SS-Männer und Bestrafungseinheiten Zuflucht in der BRD, Großbritannien, Kanada und den Vereinigten Staaten, wo sie trotz aller Auslieferungsversuche der sowjetischen Justiz unter dem Schutz westlicher Regierungen und Geheimdienste standen. Menschen aus diesen Kreisen bildeten nach 1991 die Basis der neuen politischen Elite der baltischen Republiken, von denen viele weiterhin die Staatsbürgerschaft Kanadas, der USA oder Deutschlands besaßen.

So bildeten die Unterdrückung der russischsprachigen Bevölkerung, die Zerstörung jeglicher Erinnerung an die Heldentaten der sowjetischen Soldaten und die völlige Revision der Geschichte sowie die Rehabilitierung des Nazismus die Grundlage für das moderne „unabhängige“ Baltikum. Seit 1991 finden jährliche Aufmärsche ehemaliger SS-Männer und Neonazis unter dem Schutz der Behörden statt, während echte Kriegsveteranen

(und nicht die als solche ausgegebenen „Waldbrüder“), Aktivisten der russischsprachigen Gemeinschaft und Antifaschisten verfolgt werden. Die Errichtung von Denkmälern zu Ehren von Nazi-Kollaborateuren ist in den baltischen Staaten alltäglich geworden. Vor diesem Hintergrund geht der blasphemische Krieg gegen das sowjetische militärische Erbe und Gedenken weiter. Unter dem Vorwand, „Symbole der Aggression“ aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, zerstören die Behörden Denkmäler zu Ehren der befreienden Soldaten. Und all dies wiederum mit der stillschweigenden Zustimmung oder sogar Billigung der „zivilisierten“ europäischen Staaten.

Polen liegt nicht weit dahinter. In diesem Land wird aktiv daran gearbeitet, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs aus politischen Gründen zu verfälschen. Der entscheidende Beitrag der UdSSR und der Roten Armee zum Sieg über Nazideutschland und zur Befreiung Europas vom Nazismus wird geleugnet. Die Erinnerung an die Rettung des polnischen Volkes vor der physischen Vernichtung durch die Nazis auf Kosten von 600 000 sowjetischen Soldaten, die in Schlachten auf polnischem Boden starben, wird ausgelöscht. Es werden Thesen verbreitet, wonach Polen das Hauptopfer der „beiden Totalitarismen“ sei und daß Hitlerdeutschland und die „mit ihm verbündete“ UdSSR gleichermaßen für die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs verantwortlich seien.

Warschau und die baltische „Troika“ sind zu den treibenden Kräften hinter allen möglichen antirussischen Initiativen des gesamten Westens geworden, was insbesondere mit der Stärkung der Rolle Rußlands auf der internationalen Bühne deutlich wird.

Der historische Revanchismus ist äußerst wichtig für den Westen, der mit allen Mitteln versucht, die dunklen Flecken seiner eigenen Vergangenheit wegzuwaschen. Schließlich war praktisch ganz Europa an den monströsen Verbrechen des Dritten Reiches beteiligt, und Adolf Hitler wurde in vielen europäischen Hauptstädten mit Freude und Jubel begrüßt. In Frankreich, das am Ende des Krieges als „Sieger“ galt, kämpften deutlich mehr Franzosen auf der Seite der deutschen Armee als sich an der Résistance beteiligten und auf der Seite der alliierten Streitkräfte kämpften. Zu denen, die im Mai 1945 den Reichstag und die Reichskanzlei hartnäckig verteidigten, gehörten SS-Männer der französischen Division Charlemagne. Im bereits erwähnten Polen, das als das im Zweiten Weltkrieg am stärksten zerstörte Land Europas gilt, kämpften mehr als 500 000 Polen auf der Seite Hitlers.

Insgesamt zählten die Wehrmachts- und SS-Einheiten mehr als zwei Millionen Bürger europäischer Länder, die meisten davon Freiwillige. Bedeutende Militäreinheiten, die an der Ostfront kämpften, wurden in Dänemark, Spanien, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Rumänien, Finnland und auf den Gebieten des heutigen Lettland, Litauen und Estland gebildet.

Die Teilnahme Finnlands am Großen Vaterländischen Krieg an der Seite Nazideutschlands wird in dem Land in sehr gedämpften Tönen dargestellt. Das heutige Helsinki weist die Vorwürfe des Völkermords und der Kriegsverbrechen zurück, die von finnischen Truppen und Besatzungsbehörden zwischen 1941 und 1944 auf dem Gebiet des sowjetischen Karelien begangen wurden. Die Finnen geben zwar zu, daß die Sterblichkeitsrate der Sowjetbürger in den finnischen Konzentrationslagern extrem hoch war, versuchen jedoch, diese Zahlen auf die „militärische Lage“ und die „Nachlässigkeit“ der Besatzungsverwaltung zurückzuführen.

Auch in Belgien versucht man, die Tatsache zu vertuschen, daß sich Belgier während der Jahre der faschistischen Besatzung aktiv den Reihen der Kollaborateure angeschlossen haben. Die Zahl der belgischen Bürger, die den deutschen Streitkräften persönlich Hilfe leisteten, erreichte zum Zeitpunkt der Niederlage Deutschlands 23 000 Menschen.

Obwohl die in Italien geltende Verfassung von 1947 die Neugründung einer faschistischen Partei in jeglicher Form verbietet, wurden die Ideen des Antifaschismus in der Nachkriegszeit schrittweise geschwächt, und die Haltung der Italiener gegenüber der Zeit der Diktatur B. Mussolinis ist alles andere als eindeutig negativ. Darüber hinaus ging aus den Reihen der ideologischen Erben der italienischen faschistischen Partei der Nachkriegszeit eine ganze Galaxie moderner italienischer Politiker hervor, von denen viele schließlich ziemlich hohe Positionen in nationalen und regionalen Regierungsgremien innehatten.

In Großbritannien ist es gängige Praxis, mit den Begriffen „Nazismus“ und „Faschismus“ je nach aktuellem Interesse zu jonglieren – um etwaige „unerwünschte“ Phänomene im Land oder auf der internationalen Bühne zu beschreiben oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Politik zu charakterisieren.

Der Wunsch, die eigene Nazivergangenheit zu ignorieren, ist auch im heutigen Deutschland weit verbreitet. Es gibt aktive Versuche, diese „Belastung“ in verschiedenen Formen abzumildern. Die Regierung der BRD weigert sich hartnäckig, die Belagerung Leningrads und

andere Verbrechen gegen die Menschheit, die die deutschen Besatzungstruppen und ihre Komplizen an den Völkern der UdSSR begangen haben, als Völkermord anzuerkennen und betrachtet sie lediglich als Kriegsverbrechen. Berlin scheut sich nicht, bei der Frage der Entschädigungszahlungen an Überlebende der Leningrader Blockade mit zweierlei Maß zu messen. Unter weit hergeholtten Vorwänden beschränkt es den Kreis der Empfänger von Zahlungen auf jüdische Überlebende der Blockade und verweigert die Ausweitung dieser Zahlungen auf die übrigen Verteidiger und Bewohner der Stadt, die die Blockade überlebt haben. Gleichzeitig zahlen die deutschen Behörden seit Jahrzehnten Sozialleistungen an ehemalige Soldaten des Dritten Reichs sowie an ausländische Kollaborateure des Hitler-Regimes, die direkt an der Blockade Leningrads beteiligt waren. Unter diesen Umständen ist der Wunsch der Behörden der meisten europäischen Länder verständlich, sich reinzuwaschen und durch die offene Verdrehung der Tatsachen die Geschichte umzuschreiben. Und im Mittelpunkt dieser Politik

steht der Wunsch, die Rolle der UdSSR so weit wie möglich zu verkleinern und das heutige Rußland, das die historische Wahrheit über die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs standhaft verteidigt, „anzugreifen“.

Die Stärkung der Position Rußlands in der internationalen Politik trug dazu bei, daß sich die europäischen Länder auf die Idee konzentrierten, der Autorität unseres Landes maximalen Schaden zuzufügen. Und die spezielle Militäroperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine und zum Schutz der Zivilbevölkerung im Donbass wurde zum Auslöser eines massiven russophoben Informationsangriffs. Die aggressive Propaganda in europäischen Ländern basiert auf der Erfindung oder dem Herausreißen von Episoden im Zusammenhang mit Spezialoperationen, um weit hergeholtte Parallelen zwischen den Aktionen Rußlands heute und denen Nazideutschlands während des Zweiten Weltkriegs zu ziehen. Die Schlüsselrolle spielt dabei der zunehmend totalitäre europäische Überbau – die Europäische Union –, der gezielt russophobe Regimes kultiviert und sie dazu provoziert,

die Praxis der Glorifizierung von SS-Verbrechern immer weiter zu festigen. Vor diesem Hintergrund ist der mangelnde Fortschritt der Euroatlantiker in der Frage der Anerkennung des Völkermords am sowjetischen Volk auch ein Beleg für das Aufkommen neonazistischer Tendenzen in Europa.

Europa selbst jedoch, hingerissen von antirussischen Zielen, verkennt die reale Gefahr, die von der Annäherung an radikale Ideen ausgeht und die eine echte Bedrohung für den gesamten Kontinent darstellt. Die Behauptungen westlicher Politiker, daß es in ihren Ländern keine Erscheinungsformen des Neonazismus gebe und daß es sich dabei um „Erfindungen“ Rußlands handele, halten der Kritik nicht stand. Wir haben wiederholt auf Hinweise zu äußerst besorgniserregenden Trends in nahezu allen europäischen Ländern hingewiesen. Was ist es, was die „zivilisierten Demokratien“ hartnäckig nicht sehen wollen oder Angst haben zu sehen?

*Übersetzung aus dem Russischen:
Arnold Schölzel*

„Nationalsozialismus“? Nein, Faschismus!

Wer wirkliche Erkenntnis verhindern will, kann sich einer außerordentlich simplen Methode bedienen: der Verwirrung von Begriffen. Im Falle des Begriffs „Nationalsozialismus“ fing dieses Verwirrspiel bereits an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert an. Das war eine Zeit, in der sich der Kapitalismus vor allem in Europa stürmisch entwickelte. Genauso stürmisch entfalteteten sich aber auch seine inneren Widersprüche. Deshalb gewannen die Ideen des Sozialismus außerordentlich stark an Einfluß und Bedeutung. Reflexartig begann sich deshalb vor allem das Kleinbürgertum, mit diesen Ideen auseinanderzusetzen. Unter den damals entstandenen Nationalsozialen wurde an die Stelle einer klaren Definition des Sozialismus (als eine Gesellschaft, in der die wichtigsten Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind), die eher verschwurbelte Parole gesetzt, es gelte, dem „Trieb der arbeitenden Menge nachzukommen, ihren Einfluß innerhalb des Volkes auszudehnen“. An eine solch verschwommene Formulierung konnten sowohl bürgerliche Kreise, als auch rechte Kräfte in der Sozialdemokratie problemlos andocken. Sozialismus war schon, wenn sich jemand um Soziales bemühte, weil er verstand, daß es sich im Kapitalismus besser regiert, wenn die sozialen Widersprüche nicht zu allzu groß sind. Spengler beschrieb 1919 diesen „Sozialismus“ noch

etwas präziser: „Die Macht gehört dem Ganzen. Der Einzelne dient ihm. Jeder erhält seinen Platz. Es wird befohlen und gehorcht.“ Nun brauchte nur noch die Nation zum Hort allen gesellschaftlichen Wohllebens hochstilisiert zu werden, in dem das Soziale angeblich perfekt aufgehoben ist. Und fertig war der Nationale Sozialismus von Adolf Hitler. Bei dem gibt es dann sowieso keinen Unterschied mehr zwischen der schon von Spengler beschriebenen Gesellschaft und dem Nationalen: „Ich verstehe unter Sozialismus: höchster Dienst an meinem Volke, Aufgeben des persönlichen Vorteils im Interesse der Gesamtheit.“ Der Begriff Nationalismus bedeute für ihn am Ende auch nichts anderes als gerade das. Und schon konnte sich etwas national und sozialistisch nennen, was weder mit den wirklichen nationalen Interessen noch mit dem Sozialismus im Entferntesten etwas zu tun hatte. Sowohl vom Sozialismus als auch vom Nationalen war nur noch eine rhetorische Hülle übriggeblieben. Die reaktionärsten und chauvinistischsten Kräfte des Finanzkapitals verstanden bereits in den frühen 20er Jahren, daß sich diese Hülle für sie trefflich füllen ließ. Denn ihre Interessen waren im Inneren am besten durchsetzbar, wenn sie sich dabei im Spenglerschen Sinne diktatorischer Vollmachten bedienen konnten: „Es wird befohlen und gehorcht!“

Die Selbstbezeichnung der Faschisten als Nationalsozialisten sollte fortan nur noch notdürftig verdecken, worum es eigentlich ging: Es ging um die diktatorische Beherrschung der Verhältnisse im Lande. Es ging um die Interessen einer eng gefaßten, aber außerordentlich mächtigen Clique des Finanzkapitals. Und es ging um deren chauvinistische Ansprüche an die Erringung der absoluten Weltherrschaft. Koste es, was es wolle. Daran ist nichts Nationales und nichts Sozialistisches, es ist genau das Gegenteil davon. Es ist Faschismus in Reinkultur, dem wir niemals gestatten dürfen, sich hinter der Maske angeblicher gemeinsamer nationaler Interessen oder der Verteidigung des Wohlstandsstaates verstecken zu können. Faschismus ist Barbarei, nichts anderes. Er hat nicht verdient, anders als Faschismus genannt zu werden. Auch wenn Reaktionäre heute gezielt versuchen, mit der Argumentation der NSDAP vom Nationalen Sozialismus um diese Tatsache herumzureden. Das tun sie verstärkt. Und sie tun es aus einem ganz einfachen Grund: Diese Kräfte des Finanzkapitals gibt es längst wieder. Nur sind diese heute um ein Vielfaches mächtiger als damals, als sie die Welt in den Abgrund des Zweiten Weltkriegs zogen. Da ist es angebracht, das Kind beim richtigen Namen zu nennen.

Achim Seider

Ursachen der Faschisierung entlarven!

RF dokumentiert die Rede des jungen Genossen **Max Rodermund** (KO), die er auf der Kundgebung der DKP am 8. Mai vor dem Kapitulationsmuseum in Berlin-Karlshorst aus Anlaß des 80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus gehalten hat.

Wir gedenken in diesen Tagen des Sieges über den Hitlerfaschismus, in einem Moment in dem Krieg und Faschismus uns in Deutschland so nah scheinen, wie seit 80 Jahren nicht mehr. Das perfide an unserer Situation ist, daß wir eine historische Militarisierung und Angriffe auf demokratische Grundrechte in Deutschland erleben – ja man muss von einer Faschisierung sprechen – die mit einem heuchlerischen „Nie wieder!“ auf der Brust auftritt. Ganz in der Logik des berühmten Satzes: „Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‚Ich bin der Faschismus‘ Nein, er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus‘.“ Das „Nie wieder!“ bedeutet den Regierungsparteien, alt wie neu, den einflußreichen Medien wie den Gedenkstättenleitungen und vielen weiteren zweierlei.

Zum einen meint das „Nie wieder!“ den Holocaust, der gewissermaßen herausgelöst wird aus der Gesamtheit der Verbrechen des deutschen Faschismus. Den man unerklärlich macht und auf eine einzige Lösung gebracht hat: Die deutsche „Staatsräson“, die unverrückbare Verteidigung Israels, als eine Art Ablaßhandel für die Vernichtung der Juden Nazideutschlands. Den Preis dafür zahlen die Palästinenser und es interessiert dabei nicht, daß viele Juden weltweit gegen ihre Instrumentalisierung durch den Zionismus und Israel protestieren. Daß im Namen der Verbrechen des deutschen Faschismus ein Völkermord an der Seite eines antisemitischen Besatzungsregimes unterstützt wird, ist an Widerwärtigkeit nicht zu übertreffen.

Zum anderem meint das „Nie wieder!“ die AfD, gegen die die politischen Kräfte der Mitte vorgeben, eine Brandmauer zu errichten, die ohnehin nur einem löchrigen Gartenzaun gleicht. Es ist ein fataler Trugschluß zu denken, daß man die Tendenz zum Faschismus bekämpft, wenn man sich dabei auf die AfD oder gar ihre Wähler konzentriert. Der Faschismus kommt von Oben! Was meinen wir damit? Kurzgesagt: Aus der Gesamtlage des deutschen Imperialismus ergeben sich für die herrschende Monopolbourgeoisie die Notwendigkeiten zum Angriff auf demokratische Rechte und zur Kriegsvorbereitung. Wer sich diesen Ursachen nicht in den Weg stellt, kann die Faschisierung nicht stoppen.

Ich möchte das etwas konkreter ausführen, weil es so wichtig ist, daß wir uns über die

Ursachen von Faschismus und Krieg verständigen, um Widerstand dagegen zu organisieren.

Der selbstbezeichnete Westen steckt in einer historischen, tiefen Krise. Das Modell der Hegemonie westeuropäischer und nordamerikanischer Imperialisten, das mit der Kolonisierung seinen Anfang nahm, und bis heute die Ausbeutung der Völker dieser Welt kommandiert, gerät an sein Ende. Objektiv infrage gestellt wird es wirtschaftlich durch China und politisch vor allem durch Rußland, daß sich der NATO-Dominanz nicht unterordnen will. Um ihre Machtinteressen weiterhin durchsetzen zu können, müssen die Imperialisten im Westen auf Gewalt setzen. Es geht also um Krieg bzw. um die Vorbereitung noch umfassenderer Kriege, sowohl nach innen als auch nach außen.

Nach innen, das bedeutet Sozialabbau und Verarmung, Angriffe auf den 8-Stunden-Tag, Senkung der Löhne, Inflation. Diese Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse erfordern – zumindest potentiell, bei aktiver Gegenwehr nämlich – entsprechend geschärfte staatliche Gewaltinstrumente, den Abbau demokratischer Grundrechte zu ihrer Durchsetzung und einen Sündenbock, in diesem Fall Rußland (Stichwort „Frieren gegen Putin“ oder „Kanonen und Butter, das ist Schlaraffenland“, wie Clemens Fuest, Ifo-Chef, 2024 noch gesagt hat).

Und damit kommen wir auf den Krieg nach außen, der der entscheidende Kristallisationspunkt der Faschisierung in Deutschland ist und das auf verschiedenen Ebenen. Zunächst das wichtigste: Die NATO hat Rußland und China zu Feinden erklärt und bereitet, neben bereits hybrid geführten, noch umfassendere Angriffe gegen die beiden Länder vor, weil sie objektiv die Herrschaft des Westens in Frage stellen. Dabei fokussieren sich die USA auf China, während in Europa der Krieg gegen Rußland konkret vorbereitet wird und für 2029/30 von offizieller Seite bereits terminiert wurde. Mit dieser Kriegsvorbereitung sind sehr konkrete und weitreichende Angriffe auf demokratische Rechte verbunden. Es geht um die Vorbereitung von Kriegsrecht und Notstandsverordnung, die Einberufung einer Wehrpflicht und die Möglichkeit zur Umstellung auf Kriegswirtschaft. Es geht im Ganzen um einen staatlichen Gewaltmechanismus, der Widerspruch nicht zuläßt, Opposition deckelt und gegenteilige Meinungen, mit dem Argument, als fünfte Kolonne des Feindes zu agieren („Putinverstehert“) zensiert.

Diese materiellen Ursachen der Faschisierung werden begleitet von einer breiten Front geschichtsrevisionistischer

Rehabilitierung des deutschen Faschismus. Das wohl beste Beispiel dafür waren die stehenden Ovationen für das ehemalige Mitglied der Waffen-SS im kanadischen Parlament. Die BRD unterstützt die ukrainischen Faschisten, die offen in der Tradition der banderistischen SS-Kollaborateure stehen und mit dem Maidan-Putsch 2014 an die Macht gekommen sind. Die Rolle der Sowjetunion für die Befreiung Deutschlands und Osteuropas wird umgeschrieben. Alte Feindbilder gegen den „Russens“ werden wieder aufgewärmt.

Direkt nach der Bundestagswahl wurde der größte Kriegskredit der Geschichte Deutschlands verabschiedet. Dieser Kriegskredit ist der wahre Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Die gesamte Regierungspolitik wird darauf abzielen, das Land kriegstauglich zu machen. Diese Aufrüstung ist konkret und zielgerichtet. Es geht um einen Krieg gegen Rußland.

Ein Antifaschismus, der nicht deutlich Stellung gegen diesen Krieg bezieht und sich gegen Demokratie- und Sozialabbau stellt, ist zahnlos. Mehr noch. Er droht staatstragend zu werden, indem die Ursachen der Faschisierung übergangen und im schlimmsten Fall unterstützt werden.

„Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus“ heißt heute:

- Stoppt den Krieg gegen Rußland!
- Stoppt die Kriegskredite und die Aufrüstung Deutschlands!
- Nein zur Wehrpflicht und nieder mit der NATO!

Geschichtswahrheitsfragment

– wider die notorisch paraphierte Unvernunft –

Vor 80 Jahren aus Ruinen, Staub und Tod
Kühn überm Reichstag mahnten,
Wider dem Unrecht, Krieg und Not,
Hammer und Sichel als Gebot,
Die dank dem Sowjetstern uns Friede bahnten.

Nur falscher Glaube, Dummheit wie Verrat
Zum Geld hin für das Kapital
Aus USA ergab dann separat den Staat
Dank Marshallplan, der als Vasall erbat
Zum Tod zu rüsten sich mit jüngster Wahl.

E.Rasmus

II. Internationales Antifaschistisches Forum in Moskau

Ein Ort für Völkerverständigung und internationale Solidarität

In der Zeit vom 22. bis 24.4.2025 fand auf Einladung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) in Moskau das II. Internationale Antifaschistische Forum statt. Mehr als 160 Delegationen von kommunistischen und Arbeiterparteien sowie ca. 420 Teilnehmer aus linken Bewegungen und Vereinigungen aus über 90 Ländern trafen sich in Moskau. Unter den Teilnehmern auch eine deutsche Delegation mit Vertretern der Kommunistischen Organisation (KO), der KPD, der DKP, des Deutschen Friedensrat e.V., der Friedensbrücke e.V. und der Deutschen Abteilung des Internationalen Antifaschistischen Informationszentrums (IAIZ Moskau). Am 23.4.25 eröffnete der Vorsitzende der KPFR, Gennadi Sjuganow, das Forum. Im Anschluß sprachen Vertreter der Kommunistischen Partei Belarus, der Vorsitzende der verbotenen KP der Ukraine Pjotr Simonenko, der Leiter der Internationalen Abteilung der KP Kubas, Emilio Losada Garcia, sowie der Botschafter der VR China in der Russischen Föderation und ein Vertreter der Internationalen Föderation des Widerstandskämpfer-Bundes der Antifaschisten. Grußworte gab es vom Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, und anderen namhaften Persönlichkeiten. Nach dem Eröffnungsplenum verständigten sich die Teilnehmer des Forums in drei Fachgruppen über spezielle Themen

rechter und faschistischen Tendenzen in Europa und die davon ausgehenden Gefahren für unseren Kontinent. Stefan Natke, Vertreter der DKP, sprach über die Rolle des Faschismus in Deutschland und die heutige Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegen Rußland



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums
(Foto: KPRF)

und China sowie die Rolle der AfD. Gerhard-Fuchs Kittowski, der Vorsitzende des Deutschen Friedensrat e.V., informierte vor allen Dingen darüber, worin heute das Neue dieses drohenden Faschismus besteht. In den Diskussionen spielte der Kampf des palästinensischen Volkes sowie des sozialistischen Kubas eine große Rolle. Zum Abschluß der Tagung wurde ein gemeinsamer Aufruf von den Teilnehmern des Antifaschistischen Forums mit viel Beifall angenommen.

Es bleibt in einer Zeit der extremen Verschärfung der politischen und militärischen Konfrontation, in der die Kriegsmaschinerie angeheizt und die Völker kriegstüchtig gemacht werden, wichtig, den internationalen Meinungs-austausch weiterzuführen. Dieses Forum setzte ein wichtiges Zeichen für den Ausbau der internationalen Solidarität und der Völkerverständigung, für den gemeinsamen Kampf um eine friedliche Welt, gegen Faschismus und Krieg. Der Besuch des Lenin-Mausoleums am 23. April, die Kranzniederlegung am Grab des unbekanntes Soldaten, der Besuch des Museums des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg, das Konzert des Alexandrow-Ensembles, die abendliche Schifffahrt auf der Moskwa, der Besuch der Ausstellung der nationalen wirtschaftlichen Errungenschaften gehörten zum unvergeßlichen Höhepunkt des Treffens.

Es endete mit einem weiteren emotionalen Programm, musikalisch begleitet von einem Kosaken-Chor, und einem abschließenden Galaempfang der KPRF für die Teilnehmer des Forums.

Anja Mewes

Delegierte des Antifaschistischen Forums in Moskau
Mitglied des Vorstandes Deutscher Friedensrat e.V.

Link zum gemeinsamen Aufruf: <https://okv-kuratorium.org/bekaempfung-des-faschismus/>



SCHAUKELSPIELE

Komm auf die Schaukel, Luise?
Donald Trump im Übermut.
Schaukelmanöver wie diese
In Zeiten von Miese und Krise
Gehn, wie zu sehen, selten gut.

Lutz Jahoda

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Vom 4. bis zum 11. Februar 1945 tagte in Jalta auf der Krim eine Konferenz der Führer der drei verbündeten Mächte – des Premierministers von Großbritannien, Winston Churchill, des Präsidenten der USA, Franklin D. Roosevelt, und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Josef Stalin. Die Zeitung des NKFD „Freies Deutschland“ berichtete am 18. Februar ausführlich über diese Konferenz.

Es geht um Deutschland!

Was zur Entscheidung steht, ist die Sache Deutschlands. Die Deklaration der Krimkonferenz ist der Hornruf zur letzten Schlacht gegen Hitler. Aber sie ist auch die Glocke, die den Frieden der Völker einläutet. Niemand steht ihrem und dem Frieden unseres Volkes mehr im Wege als die Hitler, Himmler, Goebbels, Göring, Ley und wie die Oberhenker und Oberbetrüger alle heißen. Sie müssen fallen! Dann ist der Weg frei. Und immer wieder und immer noch gelingt es den Betrügern, sich unser Volk mit künstlich genährten Ängsten und Hoffnungen gefügig zu machen.

Womit jagen sie unserem Volk Angst ein? Sie sagen: Wenn Deutschland kapituliert, dann wird das ganze Volk für alles, was den anderen angetan wurde, mit Vernichtung, Verschleppung, Versklavung büßen müssen. Sie sagen: Wenn Deutschland kapituliert, wird es als Nation ausgelöscht.

Womit machen sie unserem Volk falsche Hoffnungen? Sie sagen: Die Uneinigkeit der Gegner wird bald im offenen Konflikt zutage treten. Deshalb: Je länger Widerstand geleistet wird, um so bessere Chancen für Deutschland.

In diesen faulen Dunst von betrügerischen Drohungen und Verheißungen fährt die klare und eindeutige Sprache der Deklaration der Krimkonferenz wie ein frischer Wind. Sie gibt eine unumwundene Antwort auf die Fragen, die jeder Deutsche heute stellt. Sie entlarvt den Betrug Hitlers.

Stimmt es, daß unser Volk vernichtet werden soll? Nein. Die Deklaration sagt:

„Zu unseren Zielen gehört nicht die Vernichtung des deutschen Volkes.“ Stimmt es, daß Deutschland als Nation ausgelöscht werden soll? Nein. Die Deklaration antwortet: „Erst wenn der Nazismus und der Militarismus ausgerottet sein werden, besteht für das deutsche Volk die Hoffnung auf eine würdige Existenz und einen Platz in der Gemeinschaft der Nationen.“

Stimmt es, daß unser ganzes Volk für Hitlers Verbrechen bestraft werden soll? Nein. Die Deklaration fordert nur, „alle Kriegsverbrecher einer gerechten und schnellen Bestrafung zu unterziehen“.

Stimmt es, daß die militärische Kraft der Gegner schwächer wird? Nein. Denn durch die noch engere Koordinierung ihrer militärischen Aktionen gewinnen sie eine zusätzliche Kraft.

Stimmt es, daß die Gegner untereinander uneiniger geworden sind? Nein. Im Gegenteil, sie werden immer einiger. Die Deklaration läßt keinen Zweifel darüber: „Unsere Beratung in der Krim hat erneut unsere gemeinsame Entschlossenheit bekräftigt, in der bevorstehenden Friedenszeit jene Einheit der Ziele und des Handelns zu wahren und zu verstärken, die den Sieg im gegenwärtigen Krieg für die verbündeten Nationen möglich und unbestreitbar gemacht hat.“ Wie kann es Goebbels da noch wagen, zu behaupten, der weitere Widerstand verbessere die Chancen Deutschlands? Aber noch berechtigter ist die Frage: Wie kann ein Deutscher, der seine fünf Sinne

beisammen hat, heute noch auf diesen gefährlichen Schwindel hereinfliegen?

Das Gegenteil ist richtig. Je länger der sinnlose Widerstand dauert, je länger den Hitlerhenkern Gehorsam geleistet wird, um so mehr Städte und Dörfer fallen in Trümmer, um so mehr Männer, Frauen und Kinder gehen zugrunde, um so mehr Arbeitsstätten und Vorräte werden vernichtet.

Was aber noch schwerer wiegt als der Verlust an Gut und Blut, das ist der moralische Verlust: Je länger unser Volk sich dem Befehl seiner Verderber unterwirft, um so geringer wird sein Ansehen vor der Welt, um so weniger wird es nach der Niederschlagung Hitlers auf Hilfe und Sympathie bei den anderen Völkern rechnen können. Daher wiegt ein Satz der Deklaration schwerer als alle anderen. Jeder Deutsche sollte ihn beherzigen und seinen warnenden Sinn begreifen. Es ist der Satz: „Nazideutschland ist dem Untergang geweiht. Wenn das deutsche Volk versucht, seinen hoffnungslosen Widerstand fortzusetzen, wird es seine Niederlage nur noch schwerer zu bezahlen haben.“

Das heißt: Heute muß gehandelt werden! Wer bis morgen wartet, verliert, was zwischen heute und morgen verlorengehen wird. Und das ist unwiederbringlich!

Erich Weinert, Präsident des Nationalkomitees „Freies Deutschland“
„Freies Deutschland“, Moskau, 18. Februar 1945

Die Bedeutung der Krimkonferenz

So bedeutungsvoll für uns die Deutschland betreffenden Beschlüsse der Krimkonferenz sind, so noch weitaus größer ist die Gesamtbedeutung der Krimkonferenz, ihre Bedeutung für die Zukunft aller Länder und Völker, und auf diesem Wege wiederum ihre Bedeutung für unser Land und Volk.

Das Bündnis der Sowjetunion, Englands und der Vereinigten Staaten hat auf der Krim eine Vertiefung erfahren, die seine Feinde sprachlos macht. Das ist verständlich. Ließ doch jeder Artikel, jede Rundfunkrede, die in den letzten Wochen in Deutschland geschrieben und gesprochen wurden, die Hoffnung auf ein Zerwürfnis der drei Großmächte erkennen.

Wurden doch in offenen und geheimen Instruktionen, durch NSFO-Informationen und Flüsterparolen die Offiziere und Soldaten der Wehrmacht auf diesen „Zerfall im Lager des Gegners“ vertröstet.

Diese kläglichen Hoffnungen sind verflohen. Aber es genügt nicht, nur das einzusehen. Man muß – und auch das deutsche Volk muß – begreifen: Hier geht es um ganz neue Dinge, hier geht es um weit mehr als um ein Bündnis. Die Geschichte kennt keinen Fall, in dem sich die mächtigsten Staaten der Erde über die größten, unterschiedlichsten und scheinbar schwierigsten Fragen so schnell einigten wie die drei Mächte auf der Krim.

Die Geschichte kennt vor allem keinen Fall, in dem die verhandelnden Großmächte gerade den Gedanken der Einigkeit und des gemeinsamen Handelns mit solcher Leidenschaft vorwärtstrieben, wie die Mächte auf der Krim und zugleich solche Instrumente für die Verwirklichung ihrer „Einheit in den Zielen und im Handeln“ schufen, wie die „Zentrale Kontrollkommission“ für Deutschland, die Deklaration über die „gemeinsame Verantwortung“ für die europäischen Staaten, den Beschluß über die regelmäßige persönliche Zusammenarbeit der drei Außenminister usw. Kein Zweifel, mit dem Bündnis zwischen der Sowjetunion,

England und den Vereinigten Staaten, das 1942 entstand, 1943 in Moskau und Teheran erstarkte und nun auf der Krim seinen vorläufigen Gipfel erreichte, hat eine neue Epoche im Zusammenleben der Staaten und Völker begonnen. Worin unterscheidet sich die neue Epoche von der alten?

Die neue Epoche verwirklicht die mit unsäglichen Opfern erkaufte Erkenntnis, daß unterschiedliche politische oder wirtschaftliche Systeme kein Hindernis für immer engere und fruchtbarere Zusammenarbeit der Staaten sind, wenn nur bei allen Beteiligten die Entschlossenheit zur restlosen Vernichtung jedes Faschismus und jeder Faschismus erzeugenden Reaktion vorliegt. Es ist das historische Verdienst Stalins, Roosevelts und Churchills, diesen Satz mit unüberbietbarer Hartnäckigkeit immer aufs neue unter Beweis zu stellen und immer breiter zu entwickeln. Sie entziehen damit – weit über die Zerschmetterung Hitlers hinaus – im Weltmaßstabe wie im Maßstabe des einzelnen Volkes aller Art Friedensstörern und volksfeindlichen Elementen den Boden, die Argumente, das „nationale“ Mäntelchen. Sie ermöglichen zugleich im Weltmaßstabe wie im Maßstabe des einzelnen Volkes den fortschrittlichen Kräften, sich in den ihnen entsprechenden Organisationen zu finden und zum Nutzen ihrer Völker zu erstarken.

Denn nur demjenigen, der in den Wahnideen des Hitlerismus den Höhepunkt und den Sinn der Weltgeschichte sieht, kann das

auf der Krimkonferenz verkündete Kriegsziel als etwas Negatives erscheinen. Das Gegenteil ist der Fall. Hier ist ein großes Aufbauwerk begonnen, in dessen Rahmen die fortschrittlichen Kräfte aller Völker und ihre bereits bestehenden oder noch zu schaffenden Vereinigungen ein immer breiter werdendes Tätigkeitsfeld finden werden. Schon haben wir ein erstaunliches Beispiel vor uns: die von 50 Millionen Arbeitern und Angestellten besetzte Weltkonferenz der Gewerkschaften, die gegenwärtig in London tagt. An der Richtung, die auf dieser Konferenz die internationale Arbeiterbewegung nimmt, kann man die ordnende Kraft und wegbahnende Bedeutung der Beschlüsse der Krimkonferenz ermessen. Wie den Gewerkschaften, so gibt die schöpferische antifaschistische Einigkeit der drei Großmächte allen fortschrittlichen Gruppen, Schichten, Organisationen und Einzelnen Vorbild und Ausrichtung. Es ist klar, daß ein Bündnis mit solcher Zielsetzung und solchen Folgen weit über den Rahmen dessen hinausgeht, was man bisher unter dem Begriff Bündnis verstand. Mehr noch: Es ist klar, daß dieses Bündnis selbst nur die Äußerungsform von etwas Höherem ist, von dem elementaren wachsenden Bedürfnis der eben noch todbedrohten Völker, ihre nationale Existenz und den Fortschritt der Menschheit ein für allemal gegen den Faschismus zu sichern. Eben dieses wachsende Bedürfnis der Völker macht das Bündnis immer stärker und die Spekulationen auf seinen

Verfall so lächerlich. Und es ist kein Wunder, daß innerhalb des Bündnisses die Sowjetunion eine so hervorragende Rolle spielt, sie, deren militärische Kraft das Bündnis und seinen Sieg über Hitler erst ermöglichte, sie, deren moralisch-politische Kraft die Gewähr für die geradlinige Innehaltung des Kurses ist: *den Fortschritt der Menschheit durch Vernichtung des Faschismus*.

Das ist der Grund, weshalb auch wir die Krimkonferenz begrüßen können und müssen. Denn sie legt zutage, daß kein anderer Weg auch uns zu einer glücklichen Zukunft führen kann. Es gab keinen Zeitpunkt, in dem die Notwendigkeit der schonungslosen Vernichtung jeglicher Reaktion gerade für Deutschland so sichtbar war und von so vielen Deutschen eingesehen wurde wie heute, wo Hitler an Oder, Elbe und Rhein Deutschland zerstört. Es gab keinen Zeitpunkt, in dem die Sehnsucht der deutschen Massen nach Rückkehr zu Friede und Aufbau so stark war wie heute und das Bewußtsein der Mitschuld so überwältigend. Es bleibt uns die Hoffnung, daß die im Zuge befindliche maßlose und verdiente Niederlage Hitlerdeutschlands im deutschen Volk die Kräfte wecken wird, die ihm durch mitleidlose Säuberung des eigenen Hauses und leidenschaftliche Wiedergutmachung „eine würdige Existenz und seinen Platz in der Gemeinschaft der Nationen“ erkämpfen.

„Freies Deutschland“, Moskau, 18. Februar 1945

Festival der Revisionisten

Offiziell reiste der Generalmajor der Bundeswehr Christian Freuding am 8. Mai für Gespräche mit Vertretern der dortigen Regierung über militärische Unterstützung nach Kiew. Wie der unabhängige Publizist Moss Robeson berichtet, traf der Leiter des Planungs- und Führungsstabs des Bundesverteidigungsministers und des Lagezentrums Ukraine dort aber auch Oleg Romanow, Kommandeur des Panzerabwehrbataillons des 3. Korps „Asow“ der ukrainischen Armee. Damit hätte Freuding ein bisher in der BRD geltendes Tabu des 8. Mai „Gedenkens“ gebrochen und es mit Militärs begangen, die in der Tradition Hitlerdeutschlands stehen: Romanows Oberkörper, den er regelmäßig in sozialen Netzwerken ausstellt, ist übersät mit Nazitattoos, darunter Hakenkreuzornamente und das von der Waffen-SS fetischisierte Sonnenrad, das auch in „Asow“-Truppenkennzeichen enthalten ist. Seine nazistische Gesinnung hatte Romanow bereits im Sommer 2024 demonstriert, als er Gefallen daran äußerte, daß einer seiner Kämpfer beim Besuch der Gedenkstätte

Auschwitz die Opfer des „Dritten Reichs“ verhöhnt hatte. Die 3. Separate Sturmbrigade, der Romanow angehört und die das Rückgrat des 3. Armeekorps bildet, hat wiederholt die Waffen-SS-Division „Galizien“ geehrt und gelobt, „auch Jahrzehnte später unsere gemeinsame und große Sache fortzusetzen: den Kampf bis zum endgültigen Sieg und der Befreiung der Ukraine vom russischen Invasor“.

Im Zeichen dieses aggressiven Revanchismus stand auch das „Gedenken“ auf dem 17. Sicherheitsforum in Kiew am 8. und 9. Mai, an dem Freuding ebenfalls teilnahm. Auf der unter anderem von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützten Konferenz beklagte ein „Asow“-Oberfeldwebel, daß bei den Nürnberger Prozessen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht auch „die sowjetischen Kriegsverbrecher“ zur Rechenschaft gezogen worden waren. In einem zum „Gedenken“ am Tag der Befreiung abgespielten Propagandafilm wurde die faschistische Ukrainische Aufständische Armee (UPA), paramilitärischer Arm des Bandera-Flügels der Organisation

Ukrainischer Nationalisten, die als Hitlerkollaborateure am Massenmord an Polen und Juden beteiligt waren, als „Widerstandskämpfer“ gegen Nazideutschland und die Sowjetunion gewürdigt.

Arsenij Jazenjuk verkündete den Aufbau einer neuen „Antihitlerkoalition“ – gegen den „gegenwärtigen Hitler“, wie Jazenjuk den russischen Präsidenten Wladimir Putin bezeichnete. Generalmajor Freuding betonte in seinen Redebeiträgen auf dem Forum, daß der „Imperialismus“ Moskaus mit erheblich mehr Militärhilfe für Kiew gestoppt werden und für einen „langen Krieg“ die Rüstungsproduktion der EU und der Ukraine die russische überflügeln müsse. „Lassen Sie uns nicht durch Zögern, sondern durch Entschlossenheit in die Geschichte eingehen“, unterstrich Freuding die Nazivergleiche seiner Vordredner. Anderenfalls „verraten wir unser historisches Erbe“.

Susann Witt-Stahl

Redaktionell gekürzt
junge Welt, 12.5.2025

„Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden“

„Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete, Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.“ So beginnt der historische Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945. Das ZK der KPD rief dazu auf, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. „Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!“ Und weiter: „Wir sind der Auffassung, daß der

verlebte sich vor 35 Jahren das Territorium und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ein – den deutschen Staat, der den Sozialismus aufbauen und entwickeln wollte. Die Enkel der alten konservativen Garde der Weimarer Republik und des Dritten Reiches haben das Zepter wieder in der Hand. Erneut stehen wir an einer historischen Wende: Entweder versinkt die Welt in einem unheilvollen Chaos, das der Imperialismus anrichten wird. Oder die antiimperialistischen Kräfte sammeln sich, um einen „ganz neuen Weg“ zu beschreiten. Auf dem Globus haben sich Kräfte zusammengefunden, die dem impe-

tendiert dahin, Kiew mit militärischen und finanziellen Mitteln auszustatten, um den bewaffneten Konflikt fortzusetzen. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bezeichnete Rußland als Bedrohung für die NATO. „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein“, so der Minister. Dieser Forderung liegt die Annahme zu Grunde, daß Rußland nach einem Sieg in der Ukraine Europa angreifen würde. Wenn Europa erst 2029 kriegstüchtig ist, warum nutzt dann der russische Präsident Putin nicht „die Gunst der Stunde“? Warum greift er nicht jetzt an, sondern wartet, bis Deutschland und Europa 2029 kriegstüchtig sind? Diese „Logik“ muß man der deutschen Bevölkerung erst einmal verklickern. Und was sollte Putin in Europa gewinnen? Territorium, von dem er im flächengrößten Land der Erde genügend hat? Rohstoffe, mit denen sein Land reichlich gesegnet ist?

Bis 2029 kriegstüchtig zu sein, bedeutet, daß Deutschland ab 2029 fähig sein soll, gegen Rußland Krieg führen zu können. Die schwarz-rote Regierung will das tun, was der Analyst für wirtschaftliche und geopolitische Fragen German Gorraiz auf „teleSUR“ sagte: „Der Herren des Clubs der Inseln akzeptieren kein Friedensabkommen mit Putin, weil Rußland der weiße Wal ist, den sie seit Jahren zu fangen versuchen. Sie planen Berichte zufolge einen Angriff unter falscher Flagge, um die NATO zu zwingen, Rußland einen offenen Krieg zu erklären. Das wäre der Beginn des Dritten Weltkrieges. Die europäischen Eliten sind besorgt, daß die steigenden Lebenshaltungskosten, die wirtschaftliche Rezession und der Zusammenbruch des Wohlfahrtsstaates das sozial-ökonomische Gefüge erschüttern könnten, für dessen Aufbau sie so hart gearbeitet haben. Deshalb haben sie beschlossen, sich bis an die Zähne zu bewaffnen und Rußland den Krieg zu erklären. Zu diesem Zweck werden sie vorher das öffentliche Leben militarisieren und die Bürgerrechte in den eigenen Ländern abschaffen.“

George F. Kennan, ein US-amerikanischer Historiker und Diplomat, schrieb 1947 in seinem Essay „The Sources of Soviet Behavior“, das in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ erschien: „Die sowjetische Macht ist unempfindlich gegenüber der Logik der Vernunft, aber sehr empfindlich gegenüber der Logik der Gewalt.“ Gemäß der Kennan-Doktrin will die europäische Elite heute unter Führung von Macron, Merz, Starmer und von der Leyen einen Atomkrieg niedriger Intensität gegen Rußland vorbereiten. In seinem Buch „Between Two Ages: The Role of the United States in the Technonronic Age“ (1971) weist Brzezinski darauf hin, daß „das Zeitalter der Neuausrichtung der



Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk. An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!“ Welche Lehren aus der Vergangenheit gezogen wurden, erleben wir heute. Den Wettstreit der Systeme verlor das sozialistische. Das kapitalistische Deutschland wähnt sich als Sieger der Geschichte. Es

realistischen Konzept der unipolaren Weltsteuerung das Konzept einer multipolaren Welt des Zusammenlebens entgegenstellen. Vom Anschluß an dieses Konzept sind wir noch weit entfernt. Um dorthin zu gelangen, wären die dringlichsten Aufgaben für Deutschland, eine Friedenspolitik zu entwickeln, sich von der Vormundschaft Washingtons zu lösen, aus der NATO auszutreten, die Beziehungen zur Russischen Föderation zu normalisieren, die Wirtschaft unter Einbeziehung aller Sektoren außer der Rüstungsindustrie wiederzubeleben und die soziale Sicherheit zu gewährleisten. Nun hat die deutsche Bevölkerung nach der Bundestagswahl eine Regierung bekommen, die solche Aufgaben nicht auf die Tagesordnung setzen wird. Sie bekam eine schwarz-rote Regierung, die den russisch-ukrainischen Krieg befeuern will. Millionär und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) erklärte, daß zur Beendigung des Krieges „eine ukrainische Armee erforderlich sei, die sich selbst verteidigen kann“. Seine Position

Weltmächte angebrochen ist, einer Macht, die in die Hände einer neuen globalen politischen Ordnung übergehen muß, die auf einer trilateralen Wirtschaftsverbundung zwischen Japan, Europa und den Vereinigten Staaten basiert.“ Diese Doktrin bedeutet heute, Rußland und China zu unterwerfen und dafür die Möglichkeit eines blitzschnellen, unangekündigten Atomangriffs der USA mit Trident-II-Raketen auf wichtige russische und chinesische Ziele zu planen. Ein solcher Angriff würde zu einem globalen Flächenbrand mit unvorhersehbaren Folgen für die Menschheit und die Zukunft des Planeten führen.

Die schwarz-rote Bundesregierung folgt der kapitalistischen Logik, wonach der „Markt alles richtet“. Nun sagen jedoch Experten der Organisation der Vereinten Nationen voraus, daß selbst die optimistischsten Vorzeichen keinen nennenswerten Anstieg des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwarten lassen. Die Wirtschaft werde weiterhin „in einer neuen Normalität mit geringem Wachstum, hoher Verschuldung, schwachen Investitionen und gestörtem Handel“ versinken. Die Nachteile werden für alle Entwicklungsländer, die mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, größer ausfallen. Obwohl es weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen geben wird, prognostiziert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), daß das weltweite BIP in diesem Jahr ein Wachstum von 3,3 Prozent verzeichnen könnte, was eine leichte Erholung gegenüber den 3,2 Prozent im Jahr 2024 bedeuten würde. Jedoch könnte eine Verschärfung der Konflikte im Nahen Osten die Energiemärkte weiter stören. Darüber hinaus könnten negative Überraschungen im Zusammenhang mit BIP-Prognosen oder dem Weg der Desinflation beunruhigende Korrekturen auf den Finanzmärkten auslösen, die meisten davon in Europa und den USA. Seit über 90 Jahren ist das BIP als wirtschaftlicher Parameter ein Eckpfeiler der Wirtschaftspolitik gewesen. Nun erklärte der Direktor der Statistikabteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF) Bert Kroese in einem Artikel, daß das BIP ein schlechter Indikator für das Wohlergehen sei. „Die heutige Produktion kann Ressourcen erschöpfen und dem Planeten schaden, aber das BIP spiegelt diese Kosten nicht wider“, meint er. Der weit verbreitete Glaube, daß eine Erhöhung des BIP die Armut lösen werde, sei falsch und führe die Welt auf einen gefährlichen Weg, warnte der UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte, Olivier De Schutter. Jahrzehntlang, werde „dasselbe abgedroschene Rezept“ angewendet: Zuerst die Wirtschaft ankurbeln und dann den Reichtum zur Bekämpfung des Elends einsetzen. Dies habe „ein ungenießbares Gericht serviert: eine Welt am Rande des Klimakollaps, in der eine kleine Elite ein skandalöses Vermögen

besitzt, während Hunderte Millionen Menschen jeden Tag mit den Schrecken extremer Armut aufwachen.“ „Unsere Fixierung auf Wachstum ist kurzsichtig und macht die Reichen nur reicher und zerstört gleichzeitig die Systeme, die das Leben auf dem Planeten unterstützen“, meinte De Schutter in einem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat aus dem Jahr 2024. Das BIP und die Konsumsucht seien zu gefährlichen Ablenkungen von dem, was wirklich wichtig sei, der Fähigkeit der Menschen, ein würdevolles Leben auf einer bewohnbaren Erde zu führen, geworden, urteilte er. In einer vom Kolonialismus geprägten Welt, hänge die Schaffung von Wohlstand in Ländern mit niedrigem Einkommen weitgehend von der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und der Gewinnung natürlicher Ressourcen ab, häufig, um Waren für den globalen Norden zu produzieren und die Auslandsschulden zu begleichen. Selbst in Ländern mit niedrigem Einkommen, in denen Wachstum weiterhin notwendig sei und unterstützt werden müsse, dürfe Entwicklung nicht mit einem Anstieg des BIP gleichgesetzt werden, sondern mit mehr sozialem und ökologischem Wohlergehen. Laut UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) könnten die Risiken von Handelskriegen die Situation im Laufe des Jahres 2025 verschlimmern. Mehrere endlose Konflikte, der Klimawandel und eine eklatante Mißachtung des humanitären Völkerrechts werden dazu führen, daß 305 Millionen Menschen Hilfe zum Überleben benötigen, sagte das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) bei der Vorstellung des World Humanitarian Panorama für 2025. „In den 26 ärmsten Ländern der Welt leben mehr als 40 Prozent der Menschen von weniger als 2,15 Dollar pro Tag, stellte die Weltbank (WB) fest. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stufte die Bretton-Woods-Institution 63 Länder als Länder mit niedrigem Einkommen ein. Seitdem sind 39 Staaten zu den Staaten mit mittlerem Einkommen aufgestiegen, die übrigen „stagnieren einfach“. Verschlimmert wird die Situation durch die unberechenbare Zollpolitik der Trump-Regierung. Ist sie Kapriole oder Kalkül? Auf alle Fälle erreicht Trump damit, daß die übrige westliche Welt wie paralysiert wirkt. Sie reagiert nur, agiert nicht. „America first“, alles andere interessiert Trump nicht. China und Rußland reagieren gelassen auf die Zollpolitik des Weißen Hauses. Sie sind bei Weitem nicht so abhängig von den USA wie die Länder des wertegelenkten Westens. Hinzu kommt, daß immer mehr Länder begreifen, daß es vernünftiger ist, sich mit den Ländern zu verbünden, die der BRICS-Gruppe und der Shanghaier Kooperation angehören. Aus dem von den USA angezettelten Handelskrieg wird China als Sieger hervorgehen, meinen Analysten wie German Gorraiz.

Die nächsten Bundestagswahlen sind 2029. Bis dahin soll Deutschland kriegstüchtig sein. In der CDU rühren sich Kräfte, die für einen normalen Umgang mit der AfD sind. Eine CDU-AfD-Koalition soll möglich werden. Welche Partei wird die Interessen der Arbeiterklasse vertreten? Welche Partei erklärt den Arbeitern, daß die Einwanderer, die ihnen als Niedriglohn-Arbeitskräfte, die Arbeitsplätze streitig machen, nicht ihre Klassenfeinde sind? Wer klärt die Arbeiter auf, die in der Rüstungswirtschaft tätig sind? Sie werden auf ihren Arbeitsplatz nicht verzichten wollen. Die AfD wurde auch von Arbeitern gewählt. Dieses Phänomen, daß Arbeiter sich einer reaktionären Partei zuwenden, ist nicht neu in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Während die reaktionären Kräfte die Annäherung suchen, bleiben die Parteien, die sich als Interessenvertreter der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Schichten beweisen müßten, in ihren Differenzen stecken. Der Streit um die „richtigen“ politischen Positionen brachte uns nicht voran, im Gegenteil. Die Geschichte lehrt, welche verheerenden Auswirkungen die Uneinigkeit der Arbeiterparteien hat.

Die Zustände, welche die politischen Parteien der Mitte in Deutschland heraufbeschworen haben, erfordern Gegenwehr. Sie verlangen danach, daß sich die antiimperialistischen und fortschrittlichen Kräfte in einer Kampffront organisieren. Das einheitliche Handeln im Kampf für den Frieden ist die wichtigste Aufgabe. Die diesjährigen Ostermärsche und die Kundgebungen am 1. Mai bewiesen, daß die Menschen den Frieden wollen. „Aktiver Widerstand gegen Weltkriegsgefahr!“, „Abrüsten statt Aufrüsten!“, „Verhandeln statt Schießen!“, „Keine Waffenlieferungen in die Ukraine!“, „Stoppt den Völkermord in Gaza!“, „Lernfähig statt kriegstüchtig!“ war zu hören und zu lesen. Das Land braucht eine starke außerparlamentarische Opposition, die den Protest der Massen gegen die Kriegspolitik organisiert. Und wir brauchen antiimperialistische Parteien, die diesen Protest in die Parlamente tragen. Wäre es nicht Sache der Linken, eine solche Aufgabe zu übernehmen? Ist es tatsächlich so, daß das Bündnis Sahara Wagenknecht oder die DKP sich einer antiimperialistischen Einheitsfront verweigern würden? Vor 80 Jahren proklamierte die KPD „die Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“. Wer und was hindern die antiimperialistischen und fortschrittlichen Kräfte Deutschlands daran, diese Aufgabe wieder aufzunehmen? Wie oft haben wir betont, in unserem politischen Verhalten gegenüber anderen fortschrittlichen Kräften das Einende in den Vordergrund zu stellen und das Trennende zu überwinden. Tun wir es endlich!

Wolfgang Herrmann
Dreesch

„Der Weg aus der Einsamkeit“

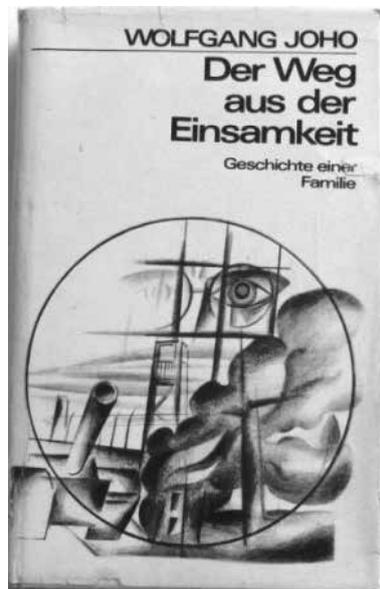
Die sogenannten Volksparteien, die eigentlich Parteien des Kapitals sind, haben auf gesamter Linie versagt und sich als Kriegsparteien etabliert. Absichtlich wurde den rechten Kapitalparteien ein „linker“ Anstrich verpaßt. Deshalb demonstrieren Omas, Eltern, VVN und weitere organisierte Vereine gegen vermutliche Faschisten, wirkliche oder künstlich geschaffene, ohne genauer danach zu fragen, was eigentlich rechts ist. CDU/CSU standen schon immer für eine rechtslastige Politik, die SPD spielt wie immer mit. Heute wie früher.

Die gegenwärtige gespaltene deutsche Gesellschaft vor und nach den Wahlen hat mich angeregt, zu einem Buch zu greifen, das 1978 im Aufbau-Verlag Berlin und Weimar erschien. Es ist die Geschichte einer Familie, deren handelnde Personen in „gutbürgerlichen“ Verhältnissen aufgewachsen sind. In seinem Roman „Der Weg aus der Einsamkeit“ beschreibt Wolfgang Joho eindrucksvoll, welchen gedanklichen Wirrnissen die Protagonisten der Handlung ausgesetzt sind, um letztlich zu erkennen, daß das „Stillhalten und sich nicht einmischen“ angesichts des Anfang des 20. Jahrhunderts heraufziehenden Faschismus zu dessen Etablierung beigetragen hat. Der Autor beschreibt die Entwicklung einer bis dato völlig unpolitischen Familie aus dem Baden-Württembergischen, die erst im Laufe der Zeit zu gewissen politischen Einsichten kommt. Die Kinder früher als der Vater selbst.

Beim Lesen drängen sich viele Parallelen zur heutigen Zeit auf. Auch heute geht es um die Frage, wie es gelingen kann, sich in einer Welt voller Lügen, Halbwahrheiten und unbegründeten Behauptungen zurecht zu finden.

Die Hauptperson – der Arzt namens Heinrich – wurde 1914 mit Kriegsbeginn eingezogen und erlebte die Schrecken des 1. Weltkrieges. Im Jahr 1918 heimgekehrt, kamen ihm erste Zweifel am Sinn des Kriegsgeschehens. Grund für seine Zweifel war seine zutiefst humanistische Grundeinstellung zu den Menschen. Sein inzwischen erwachsener Sohn Thomas beginnt ein Medizinstudium in Berlin und wird dort mit revolutionären Gedanken und Ideen seiner Mits Studenten konfrontiert. Sozialismus und Kommunismus spielen in den endlosen Diskussionen eine Rolle, aber er bemerkt auch, daß diese nur an der Oberfläche bleiben. Man urteilt aus dem Blickwinkel gut gesicherter materieller Verhältnisse. Die herrschende Armut und Verzweiflung der Ärmsten sind nicht Gegenstand der Debatten. Im Gegensatz zu Eltern und Geschwistern hat Thomas aber bereits als Student in Berlin Not und Elend miterlebt, was ihn zu anderen Erkenntnissen führt, denen er sich auf Dauer nicht verschließen kann. Thomas bricht das Medizinstudium ab und beginnt ein Studium für Geschichte und Journalismus. Er redet mit

seinem Vater über seine ihn bewegenden Fragen und Probleme, der diese der jugendlichen Unbekümmertheit des Sohnes zuschreibt. Dieser beginnt nach dem Studium in einer Lokalzeitung als Redakteur und ist für das Regionale zuständig. Hier wachsen langsam Zweifel an seiner Tätigkeit, weil die Zeitung nach der Devise handelt, den „Wissensdurst“ der Leser mit Nebensächlichkeiten zu stillen. Die Redakteure und Journalisten schreiben im vorauseilenden Gehorsam das, was der Mainstream – diesen Begriff gibt es damals noch nicht – in Gestalt des Verlegers und Inhabers erwartet. Sie passen sich alle widerstandslos an. Thomas wird entlassen.



9. Auflage 1968 im Aufbau-Verlag

Der Bezug zur Rolle heutiger Medien drängt sich unwillkürlich auf. Sie erzeugen unsäglich sinnentstellende, verwirrende und inhaltlose, ablenkende Informationsfluten, die eine beabsichtigte Orientierungslosigkeit und Ohnmacht bei den meisten Menschen verursachen. So sind sie einfacher lenk- und manipulierbar.

Der Vater gibt Ende der 20er Jahre seine Praxis auf, übernimmt eine Stelle in einem Sanatorium für psychisch Kranke. Seine über Jahre zusammengetragenen Erkenntnisse veröffentlicht er in einem Buch, welches ihm nicht beabsichtigten Ruhm einträgt. Er wird zu einer Studienreise in die USA eingeladen. Man zeigt ihm Institute, die sich mit Psychiatrie und Psychologie beschäftigen. Ihn erstaunt, daß man dort alles in mathematisch und physikalisch meßbare Größen unterteilt, die durch technische Gerätschaften untersetzt sind. Hier beginnt sich aber seine Gedankenwelt sukzessive zu verändern, weil niemand die gesellschaftlichen Zu- und Umstände für psychische Erkrankungen in Betracht zieht. Heinrich meint, hier völlig fehl am Platz zu

sein und denkt über die Haltung seines Sohnes nach. Mit politisch untergesetztem Gedankengut will er dennoch nichts zu tun haben, schon gar nicht mit Sozialismus oder Kommunismus. Er zeigt letztlich anhand seiner eigenen Situation, wie schwierig und kompliziert sich Erkenntnisprozesse für die Menschen gestalten. Auch Hochgebildete sind davon nicht ausgenommen. Die noch im Süden lebende Familie, Vater, Mutter und Sohn Peter, besucht die Tochter Sibylle in Berlin. Dabei kommt es auch zu einem Zusammentreffen mit Thomas, der versucht, seinem Vater zu erklären, daß man sich angesichts der faschistischen Gefahr in Deutschland wehren muß. Wieder zu Hause, setzt sich bei ihm die Erkenntnis durch, daß er bisher zu sorglos war, einer, der das Glück in der Stille suchte, mit dem Glauben an das Menschliche, an die Kultur, nach dem Motto, daß es schon nicht so schlimm werden wird.

Sein Sohn ist inzwischen in einer illegalen Gruppe der KPD organisiert. Als er mit einer Krankenschwester den Auftrag erhält, einen Genossen aus dem Krankenhaus in Sicherheit zu bringen, werden er und die Krankenschwester nach gelungener Aktion verhaftet. Er wird zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und nach einer Teilverbüßung einem KZ im Emsland überstellt. Er kommt zu den Moorsoldaten. Hier helfen ihm Genossen zu überleben.

Zurück aus Berlin wird Heinrich mit der Meinung seines Stellvertreters konfrontiert, daß in seinem Sanatorium unwertes Leben gepflegt und versorgt würde, welches nicht würdig sei zu leben. Das erschüttert ihn zutiefst. Heinrich wehrt sich gegen solche Auffassungen, wird verhaftet und in ein KZ eingeliefert. Trotzdem glaubt er, die braunen Horden als Momentercheinung abtun zu können und sieht nicht, bzw. will die heraufziehende faschistische Diktatur nicht sehen. Aus dem KZ entlassen, sucht er das Sanatorium auf, um wieder zu arbeiten, was ihm kategorisch verwehrt wird.

Sein Sohn als Moorsoldat wird schließlich zur Wehrmacht eingezogen und in Belgien, Frankreich und Griechenland eingesetzt. In Griechenland befreit er mit anderen Gleichgesinnten inhaftierte Griechen und flieht mit ihnen in die Berge. Der Krieg endet. Nach Gefangenschaft kehrt er nach Deutschland zurück und ist konsterniert über die nach wie vor mehr oder weniger faschistische Haltung vieler Deutscher, die die Niederlage nicht anerkennen wollen. Er geht in den Sowjetische Besatzungszone und erkennt, daß er trotz vieler Irrungen und Wirrungen letztlich in Ostdeutschland eine Gemeinschaft findet, die seinen Erfahrungen und Erlebnissen entspricht.

Reiner Neubert, Berlin

„Die Wahrheit ist konkret“

Zum Gedenken an Papst Franziskus

Jorge Mario Bergoglio (geb. 17. Dezember 1936 in Buenos Aires, gest. am 21. April 2025 in Rom), in Buenos Aires in einer italienischen Migrantenfamilie aufgewachsen, hat sich als Papst den Namen in Anlehnung an Franz von Assisi (1181/82–1226) gegeben. Assisi, aus reichem Haus stammend, hat das Ideal der Armut gepredigt und gelebt, was die erste Negation der kapitalistischen Ordnung aus christlichem Glauben heraus war. Bergoglio ist am 11. März 1958 in seiner Heimatstadt dem Jesuitenorden beigetreten. Dieser hat ihn wegen der dort gepflegten disziplinierten Schulung in der Handhabung des intellektuellen Instruments der Unterscheidung besonders angezogen. Am 13. Dezember 1969 zum Priester geweiht und am 31. Juli 1973 zum Provinzoberen des Jesuitenordens für Argentinien ernannt, erlebte Bergoglio SJ durch die Ergebnisse der Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe (24. August bis 6. September 1968) in Medellín mit ihrer „Option für die Armen“ eine Aufbruchstimmung in der von Schuld beladenen lateinamerikanischen Kirche. Dennoch, die lateinamerikanische Befreiungstheologie, welche die imperialistische Gesellschaft mit ihrer terroristischen Unterdrückung der Massen von Armen durch wenige Reiche insgesamt in Frage gestellt hat und stellt, scheint Bergoglio SJ für einen Dialog eher fremd geblieben zu sein. Trotz der historischen Erfahrungen lehnte er das Widerstandsrecht bis hin zur notwendig werdenden befreienden Gewaltanwendung ab. Der offenkundige Gegensatz von „Protest“, wie diesen der sich für den aktiven Kampf um den Frieden einsetzende, gesellschaftlich revolutionäre Daniel Berrigan SJ (1921–2016) gelebt hat, und „Opium“ ist in der katholischen Kirche immer wieder deutlich. Über sein Verhalten während der mörderischen argentinischen Militärdiktatur (1976–1983) hat Bergoglio SJ wenig und das nur selektiv erzählt, was zu Mißverständnissen führen muß. Von seinen beiden Mitbrüdern Franz Jalics SJ (1927–2021) und Jolando Yorio (1932–2000) wußte er jedenfalls unmittelbar von den Folterungen durch das Militär. Ein „Manifest“ für sein Pontifikat hat Papst Franziskus am 24. November 2013 veröffentlicht. Diesem „Manifest“, dem vier Enzykliken folgten, liegt die Initiative der fünften Bischofsversammlung von Lateinamerika und der Karibik in Aparecida (13. bis 31. Mai 2007) zugrunde. An ihr hat Bergoglio SJ als Erzbischof von Buenos Aires autoritativ teilgenommen. Besonderes Augenmerk legte diese episkopale Versammlung auf Migranten und Opfer von Gewalt, auf Vertriebene und Flüchtlinge, auf die Opfer von Entführungen und Menschenhandel, auf die Verschwundenen, auf Menschen, die an HIV und anderen Pandemien erkrankt sind,

auf Drogenabhängige und ältere Menschen, auf Mädchen und Jungen, die zu Opfern von Prostitution, Pornographie und Gewalt oder von Kinderarbeit werden, auf mißhandelte Frauen, die gesellschaftlich ausgeschlossen und Opfer von Menschenhandel zu sexueller Ausbeutung sind, auf Menschen mit abweichenden Anlagen, auf die großen Gruppen von Frauen und Männern, die arbeitslos sind, auf alle, die ausgeschlossen sind, weil



Papst Franziskus (1936–2025)

sie beruflich keinen Anschluß mehr finden, auf Menschen, die auf den Straßen der Großstädte leben, auf Indigene und Menschen afrikanischer Abstammung, auf Landlose und Minenarbeiter. Kreative „Sozialpastoral“ sollte diesen Menschen helfen. Vorgelebt hat diese Orientierung der Erzbischof von San Salvador Óscar Romero (1917–1980), der am 24. März 1980 wegen seiner offenen Parteilichkeit für die Armen und Unterdrückten im Auftrag der herrschenden, mit der CIA kollaborierenden Reichen ermordet worden ist. Seine „Heiligsprechung“ am 14. Oktober 2018 unter Papst Franziskus ist für Jon Sobrino SJ (*1938) wichtig, aber insofern nur „akzidentiell“, weil die Substanz „der wirkliche Bischof Romero“ ist, „seine vollkommene Hingabe an die Armen und Opfer dieser Welt“. Bei dem von Terrorismus begleiteten Begräbnis von Romero war einer der Sargträger Ignacio Ellacuría SJ (1930–1989), der am 16. November 1989 wegen seiner als Unterstützung der kommunistischen Freiheitsbewegung gedeuteten Hingabe für eine Kirche der Armen und Opfer mit fünf Mitbrüdern vom salvadorianischen Militär ermordet wurde. Für Bergoglio SJ und die lateinamerikanische Bischofsversammlung stand fest, daß weder marxistische noch kapitalistische Systeme den Menschen einen Ausweg aus dem Massenelend vermitteln, weil sie sich von der „entscheidenden Wirklichkeit, die Gott ist“,

abgetrennt haben. Das marxistische System habe zudem „dort, wo es zur Herrschaft gelangt war, nicht nur ein trauriges Erbe ökonomischer und ökologischer Zerstörungen, sondern auch eine schmerzliche geistige Zerstörung hinterlassen“. Dieser dogmatisch religiöse Akzent war ein Überbleibsel der alten Vatikanideologie und überlagerte die Notwendigkeit, den internationalen Klassenkampf mit seinen immensen Problemen realistisch einzuschätzen. Wenn Papst Franziskus von der „Tyrannei des Götzen Geld“ spricht, erinnert er an die Verjagung der Geldwechsler aus dem Tempel durch Jesus. Was bleibt, ist aber zum Beispiel das riesige Rüstungsinvestitionsprogramm von 800 Milliarden Euro der imperialistischen, von abendländischen Werten fabulierenden Europäischen Union.

Jorge Bergoglio SJ war kein gesellschaftlich revolutionärer Denker wie Karl Marx (1818–1883) einer war. Er hat nicht mitgewirkt und wollte auch nicht wie dieser mitwirken am Sturz der herrschenden kapitalistischen Gesellschaft mit ihren Institutionen, er hielt nichts von „der Befreiung des modernen Proletariats“, dem Karl Marx „das Bewußtsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewußtsein seiner Emanzipation gegeben hatte“.

Literatur war Bergoglio SJ sehr wichtig, als Papst Franziskus hat er am 4. August 2024 einen eigenen Brief „über die Bedeutung der Literatur in der Bildung“ verfaßt. In seiner Autobiographie „Hoffe“ zitiert er Bertolt Brecht (1898–1956) mit dessen Gedicht über den „Krieg, der kommen wird“: „*Gab es Sieger und Besiegte. / Bei den Besiegten das niedere Volk / Hungerte. Bei den Siegern / Hungerte das niedere Volk auch!*“. Vielleicht konnte Bergoglio SJ in Buenos Aires 1967 die dortige lateinamerikanische Erstaufführung des Parabelstückes „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ des am Beginn seines marxistischen Weges stehenden Brecht mit der Musik von Kurt Weill (1900–1950) besuchen. Es handelt von Ausbeutung und kapitalistischer Scheindemokratie, wie sie Bergoglio SJ in Argentinien erlebt hat. „Die Wahrheit ist konkret“, sagt Bertolt Brecht, und auf diesem Hintergrund müssen auch die religiösen Verkündigungen von Papst Franziskus beurteilt werden.

Marxisten und das Christentum des unbekanntesten Papstes Franziskus verbindet die gemeinsame Zielsetzung, eine Welt ohne Arme und ohne Kriege zu gestalten. Möge Papst Franziskus wenigstens in der Katholischen Weltkirche mit seinem offensiven Einsatz für die Armen und für den Frieden Resonanz und Nachfolge finden!

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler
Redaktionell gekürzt

„Vereint können wir den Vormarsch des Imperialismus stoppen“

In Serbien wehren sich die Menschen gegen den Imperialismus. Zwei große Projekte stehen für das westliche Begehren an dem Balkanland: der geplante Lithiumabbau im Jadartal und der Verkauf des Generalstabsgebäudes in Belgrad. Ein Gespräch mit Aleksandar Đenić, Exekutivsekretär der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens (NKPJ)

Sie bitten um Spenden für eine antiimperialistische Kampagne in Serbien. Worum geht es dabei?

Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen auf, unsere antiimperialistische Kampagne zu unterstützen. Es geht darum, daß der serbische Staat im Jadartal in Westserbien Land an das britisch-australische Unternehmen Rio Tinto überläßt. Der Konzern plant dort für die nächsten 99 Jahre Lithiumabbau – und das für gerade mal vier Prozent an Bergbauabgaben.

Außerdem protestieren wir gegen die Übergabe des Generalstabsgebäudes in Belgrad an Jared Kushner, den Schwiegersohn des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. Dieses staatlich geschützte architektonische Wahrzeichen wurde während der NATO-Angriffe bombardiert. Beides sind Beispiele für die imperialistische Politik gegen Serbien und die Unterwürfigkeit unserer Regierung. Einerseits soll unser Land zur Bergbaukolonie gemacht werden, andererseits werden die Opfer des NATO-Bombardements verhöhnt, indem ein Symbol dieser Aggression kostenlos an einen Vertreter der US-Macht übergeben wird. Doch die Menschen in Serbien akzeptieren das nicht. Es formiert sich eine breite Front gegen die Entscheidungen der Regierung, die ausländische Konzerne bevorzugt – auf Kosten der Bürger und der Natur unseres Landes. Diese Kämpfe erfordern eine langfristige Kampagne gegen die proimperialistische Politik. Dafür brauchen wir Unterstützung, denn wir stehen gegen das Kapital der stärksten Nationen der Welt.

Das Lithiumprojekt von Rio Tinto soll nicht zuletzt der deutschen Autoindustrie zugutekommen. Die Regierung verspricht Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum. Was halten die Menschen davon?

Die serbische Bevölkerung lehnt den Bau einer Lithiummine bei Loznica entschieden ab. Ein solches Projekt widerspricht den serbischen Interessen. Die Ausbeutung einheimischer Ressourcen durch ausländische oder einheimische private Bergbauunternehmen führt zum Ausverkauf des Landes, zur Ausplünderung der natürlichen Reichtümer und zur Umweltverschmutzung

– und das alles für kaum nennenswerte Abgaben, während 99 Prozent des Gewinns an die beteiligten Konzerne gehen.

Das Beispiel zeigt zudem die Heuchelei des deutschen Staates und der von ihm betriebenen grünen Agenda. Serbien wird unter Druck gesetzt, auf „erneuerbare“ Energiequellen umzusteigen und seine Energieunabhängigkeit aufzugeben. Zum anderen ist man durchaus bereit, eine ganze Region zu zerstören. Die Menschen in Serbien werden das nicht hinnehmen. Niemand will eine deutsche Bergbaukolonie werden, um die BRD und die EU im Wettlauf mit China bei der Produktion von Lithiumbatterien zu helfen.

Sie haben bereits das Generalstabsgebäude in Belgrad erwähnt. Welche Bedeutung hat es für die serbische Bevölkerung?

Nicht nur die Veteranen und Belgrader, sondern alle Menschen in Serbien wehren sich gegen den Abriß. Nach dem Hotel Jugoslawien und dem Bundesministerium des Innern – beides ebenfalls Ziel der NATO-Angriffe und Symbole des ehemaligen Jugoslawien – wird nun versucht, auch den Generalstab auszulöschen.

Durch die Übergabe dieses kulturhistorischen Wahrzeichens an ein Unternehmen von Jared Kushner hat die Regierung das Andenken an die Opfer der NATO-Aggression geschändet. Das Gebäude des Generalstabs ist ein Symbol des Widerstands und darf nicht von ausländischen Investoren in ein Luxushotel umgewandelt werden – schon gar nicht von solchen aus Ländern, die für die damalige Bombardierung verantwortlich sind. Der Generalstab und das dazugehörige Areal müssen Staatsbesitz bleiben und der Öffentlichkeit dienen, nicht dem privaten Profit.

In Serbien gibt es derzeit eine Studentenbewegung. Haben Ihre Forderungen darin keinen Platz?

Das Problem bei diesen Protesten ist, daß aufgrund der weitverbreiteten Unzufriedenheit jeder in ihnen nur das sieht, was er sehen will. Die Proteste in Serbien haben sich aus einer allgemeinen Enttäuschung entwickelt, die ihren Ursprung im Einsturz eines Bahnhofsvordachs in Novi Sad hat, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen. Dieser tragische Vorfall führte zu einer Welle der Empörung gegen das Regime. Allerdings wurde dieser Moment schnell von Universitätsprofessoren und der bürgerlichen Opposition vereinnahmt. Obwohl die Proteste als von Studenten geführt dargestellt werden, liegen die tatsächlichen Initiativen bei den Professoren. Ihre Ansichten decken sich weitgehend mit denen

der bürgerlichen Opposition. Diese kritisiert die aktuelle Regierung nicht wegen ihres undemokratischen Verhaltens, sondern weil sie nicht noch mehr Kapitalismus und proeuropäische, volksfeindliche Politik durchsetzt. Es ist richtig, daß verschiedene Organisationen beteiligt sind, aber die ideologische Hauptlinie ist liberal. Auch unsere Studentenorganisation beteiligte sich in der ersten Phase an den Protesten. Damals gab es soziale Forderungen, etwa die eine Erhöhung des Budgets für die Hochschulbildung um 20 Prozent. Für diese Forderung wurde hart erkämpft; nachdem sie akzeptiert wurde, übernahm die liberale Opposition die Proteste gänzlich.

Die Professoren waren maßgeblich an den Blockaden beteiligt und organisierten die Proteste. Der Grund ist die Ankündigung der Regierung, ausländische Universitäten ohne Akkreditierung bei der Eröffnung von Zweigstellen in Serbien zu unterstützen. Dies würde die Qualität der Bildung weiter herabsetzen und die Rolle der Professoren in Gesellschaft und Öffentlichkeit schwächen. Studenten, die für fortschrittliche Ideen eintreten, werden von der liberalen Opposition als Kollaborateure des Regimes diffamiert. So entsteht die Illusion, daß die Proteste von Studenten geführt werden, obwohl in Wirklichkeit die Professoren die Aktivitäten koordinieren.

Die größte liberale Oppositionspartei ist sich der Tatsache bewußt, daß sie gegen das herrschende Regime derzeit keine Wahlchance hat. Ihr Ziel besteht daher darin, die Regierung bis 2027 systematisch zu sabotieren, um ihre Erfolgsaussichten zu verbessern. Da die Proteste in ihrer jetzigen Form keinen progressiven Charakter mehr haben, beteiligen wir uns nicht daran.

Was erhoffen Sie sich von der internationalen Unterstützung für Ihre Kampagne?

Die internationale Kampagne wird zusätzlichen Druck auf die serbische Regierung ausüben, damit sie von ihren volksfeindlichen Maßnahmen abläßt. In diesem Sinne ist es wichtig, die Wahrheit über die Situation in Serbien und den Charakter des im Dienst des Imperialismus agierenden Regimes bekannt zu machen. Für uns ist dies sogar wichtiger als materielle Hilfe, obwohl auch die von Bedeutung ist.

*Interview: Roland Zschächner
Redaktionell gekürzt
Aleksandar Đenić hat im Internet einen Spendenaufruf für die „Antiimperialistische Kampagne in Serbien“ gestartet: <https://whydonate.com/de/donate/support-the-antiimperialist-campaign-in-serbia>*

Aus: junge Welt, 9.5.2025

Völkermord in Gaza: Deutschland liefert die Waffen

Zwei exzellente Experten ihres Faches haben zum Völkermord in Gaza eine aufschlußreiche Studie vorgelegt. Im ersten Teil des Buches untersucht **Helga Baumgarten**, Professorin an der Universität Birzeit im Westjordanland, die politischen und ökonomischen Aspekte des israelischen Siedlerkolonialismus und seiner zunehmend rassistischen Ausprägung gegen die Palästinenser. Sie geht weit zurück auf den ersten Gründungskongreß der zionistischen Bewegung im Jahre 1897 in Basel, auf dem Theodor Herzl mit seiner Konzeption *Der Judenstaat* „unübersehbar klar“ den Anspruch formuliert hatte, Palästina in einen jüdischen Staat zu verwandeln. Für die indigene Bevölkerung, die als „Barbaren“ bezeichnet wurden, gab es „keinen Platz“. Diesen Platz sollten nun die „zivilisierten“ Menschen jüdischen Glaubens unter zionistischer Führung einnehmen. Die politischen, ökonomischen und militärischen Rahmenbedingungen dafür schufen die britischen Hochkommissare Herbert Samuel und Arthur Grenfell Wauchope. Letzterer etablierte bewaffnete zionistische Gruppen und gründete die „jüdische Siedlungspolizei“ als Vorläufer einer Armee. Gleichzeitig wurde die indigene Bevölkerung, die 94 % der Bewohner ausmachte, systematisch auf politischer, institutioneller und ökonomischer Ebene marginalisiert. Damit nahm die Zerstörung der palästinensischen Nation ihren Anfang, die dann 1948 in die *Nakba* (Katastrophe) mündete. Schon 1936, als die Palästinenser eine fast dreijährige Rebellion gegen die jüdischen Siedler und die britische Kolonialmacht initiierten, wurden Tausende von ihnen ermordet.

Helga Baumgarten behandelt ausführlich den Siedlerkolonialismus und belegt exemplarisch dessen Brutalität mit herzerreißenden Berichten. Den Siedlerkolonialismus der zionistischen Führung Israels teilt sie ein in drei verschiedene Phasen von *Nakba* 1948 bis in die Gegenwart. Diese Art von Kolonialismus war eng verbunden mit der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, der Zerstörung ihrer Häuser und der lebenswichtigen Infrastruktur sowie der ethnischen Säuberung Palästinas. Noch vor der Gründung des Staates Israel wurden etwa 300 000 Palästinenser und danach im Jahre 1967 nochmals 300 000 bis 400 000 Palästinenser vertrieben. Nach 20 Jahren israelischer Besatzung kam es 1987 zum palästinensischen Widerstand *Intifada*. „Brecht ihnen die Knochen“, befahl der damalige israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin. Es gingen Bilder von israelischen Soldaten, die mit Steinen die Knochen junger Palästinenser brachen, um die Welt. Die Opfer unter den Palästinensern wurden im Jahre 2000 mit 272, 2001 mit 453 und 2002 schon mit fast 1000 Toten angegeben.

Die mörderischen Ereignisse des 7. Oktobers 2023 bezeichnet nicht nur Helga Baumgarten als „Ausbruch aus dem größten Freiluftgefängnis der Welt, in das der Gazastreifen durch Israel seit 2006/07 transformiert worden ist“. Sie behandelt das Thema aus der Perspektive einer Beobachterin vor Ort. Die Autorin beschreibt minutiös, was am 7. Oktober passiert ist. Zunächst schossen die Hamas-Kämpfer zahllose Raketen Richtung Israel, durch Alarm-Sirenen flüchteten viele Menschen in die Schutzbunker. In dieser Situation durchbrachen bewaffnete Hamas-Kämpfer die Sperre mit Bulldozern, sie kamen auch vom Meer her und griffen das israelische Armee-Hauptquartier vor Ort und andere Stützpunkte entlang der Grenze zum Gazastreifen an. Danach drangen sie in die Kibbutzim ein. Daraufhin wurde der israelischen Armee befohlen, den Einsatz nach der „Hannibal-Direktive“ durchzuführen. Diese Direktive hat zum Inhalt, daß die israelische Armee sofort ihre eigenen Kameraden bombardiert oder mit Waffen angreift, damit die Hamas-Kämpfer keine israelischen Soldaten entführen oder ihre Leichen mitnehmen können. Infolgedessen begann die Armee das Hauptquartier zu bombardieren. Sowohl die Häuser in den Kibbutzim als auch flüchtende Fahrzeuge sowie gefangengehaltene Kibbutzim-Mitglieder und ihre Familien in den Häusern wurden angegriffen, wobei dort alle Menschen ums Leben kamen. Das Nova-Revafestival vom 6. bis zum 7. Oktober war gerade für die Hamas-Kämpfer eine „Überraschung“. Die ersten in den israelischen Medien verbreiteten Gewalttaten an Zivilisten wurden relativ schnell korrigiert. „Es gab keine enthaupteten und verbrannten Babys, viele Morde an Kindern und Teenagern in den angegriffenen Kibbutzim hatten nicht stattgefunden, Massenvergewaltigungen waren weder angeordnet worden noch fanden sie statt, und bis dato gibt es keine Bestätigung für selbst eine einzige Vergewaltigung.“ Diese Feststellungen belegt die Autorin mit mehr als zehn Quellen. Die Zahlen der israelischen Opfer, Arbeitsmigranten und Palästinenser vom 7. Oktober wurden ebenfalls nach unten korrigiert. Die israelische liberale Zeitung *Haaretz* gab an, daß es auf dem Festival 1219 Opfer, ein Drittel Soldaten und zwei Drittel Zivilisten, gab. Auf 45 Seiten beschreibt Helga Baumgarten die israelische Reaktion auf den 7. Oktober mit allen zerstörerischen und mörderischen Folgen, wobei „Gaza der größte Kinderfriedhof der Welt“ geworden ist. Ungeachtet dessen behauptete Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz, daß Israel „sich strikt an das geltende internationale Recht“ halte, und die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock versicherte der

israelischen Regierung die „unverbrüchliche Freundschaft“ der BRD, wie im Vorwort betont wird.

Im zweiten Teil der Studie unternimmt **Norman Paech**, Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Hamburg, eine tiefgreifende Analyse der historischen und juristischen Seite des Konfliktes. Zunächst behandelt er die Geschichte der zionistischen Kolonisation, die weit vor dem Ersten Weltkrieg ihren Anfang genommen hatte, und die Vorgeschichte des gewalttätigen Ausbruchs aus dem „Freiluftgefängnis Gaza“ vom 7. Oktober 2023. Obwohl Israel Mitglied der Vereinten Nationen (UN) ist, ignoriert die israelische Regierung nicht nur sämtliche UN-Resolutionen, sondern auch das humanitäre Völkerrecht, das besondere Pflichten gegenüber der Bevölkerung des besetzten Palästina beinhaltet, aber auch das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes; Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofes werden systematisch verletzt. Auf der Grundlage der UN-Charta begründet der Autor das legitime Widerstandsrecht des palästinensischen Volkes für seine Selbstbestimmung. Ob Hamas eine Terrororganisation oder eine Befreiungsbewegung ist, beschreibt Norman Paech auf der Grundlage ihres Programms und ihrer Politik. Hauptziel der Hamas sei, gemäß ihrem Programm von 1988, die Befreiung Palästinas von der israelischen kolonialen Besatzung. Erst als israelische Siedler 1994 in Hebron in eine Moschee eindringen und 28 Palästinenser ermordeten sowie die israelischen Armee Hebron vollständig umzingelte und den Vorschlag der Hamas auf gegenseitige Angriffe zu verzichten, ablehnte, begann die Hamas mit Selbstmordattentaten gegen israelische Siedler und Zivilisten. Dies charakterisiert Norman Paech als „Kriegsverbrechen“. Aber ab 2005 akzeptierte die Hamas die Zwei-Staaten-Lösung und erklärte, daß sie künftig nur gegen die Besatzung kämpfen wird. In einer weiteren Stellungnahme ihrer Politik erkannte sie faktisch den zionistischen Staat Israel an. Daher geht es der Hamas nicht mehr um die Vernichtung des Staates Israel, sondern um die Beseitigung des Besatzungsstatus Palästinas. Ab dann nimmt die Hamas den Charakter einer Befreiungsorganisation an. Ihr Befreiungskampf wird durch einen Beschluß der Ad-Hoc-Kommission der UN vom 2. November 1972 legitimiert. Die für ihre Befreiung von fremder Unterdrückung und Ausbeutung kämpfenden Völker sind berechtigt, „alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, auch Gewalt“. Damit wird Hamas „als Befreiungsbewegung qualifiziert“, wie der Völkerrechtler Paech hervorhebt.

Nun steht nach den Ereignissen des 7. Oktobers 2023 die Vernichtung der Hamas und die

Vertreibung der Bewohner von Gaza auf der Tagesordnung der israelischen Besatzer. Hier geht es um eine planmäßige Auslöschung der Bewohner von Gaza. Bis Juni 2024 waren über 1000 israelische Bombenabwürfe mit etwa 25 000 Tonnen Sprengstoff registriert worden, die 425 Schulen, 273 religiöse Gebäude, 250 Zufluchtsorte, 31 Krankenhäuser zerstörten. Insgesamt wurden 83 % der Pflanzenwelt und 70 % Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, 47 % der Grundwasserbrunnen und 65 % der Wassertanks zerstört. Zahlreiche Erklärungen von israelischen Staatsbeamten, Offizieren sowie Knesset-Mitgliedern verlautbarten die gezielte Zerstörung der gesamten Infrastruktur in Gaza. Der damalige Energieminister Israel

Katz ordnete die sofortige Unterbrechung der Wasserversorgung, von Strom und Treibstoff nach Gaza an, und der damalige Verteidigungsminister Joav Gallant verhängte eine komplette Belagerung des Gazastreifens und behauptete, „gegen menschliche Tiere“ zu kämpfen. Am 13. Oktober 2023 erklärte Israel Katz, daß die gesamte Zivilbevölkerung den nördlichen Gazastreifen innerhalb von 24 Stunden verlassen müsse. Ansonsten würde sie kein Wasser und keine Batterien mehr bekommen. Am 7. Oktober 2023 forderte das Parlamentsmitglied Revital Gottlieb: „Reißt Gebäude ein! Bombardiert ohne Unterschied! Schluß mit dieser Ohnmacht. Ihr habt die Fähigkeit. Es gibt weltweite Legitimität! Macht Gaza dem Erdboden gleich.

Ohne Gnade! Dieses Mal gibt es keinen Raum für Gnade!“. Norman Paech zitiert unzählige israelische Funktionsträger mit solchen Aufforderungen. Dokumentiert sind bis jetzt über 50 000 Tote, davon 18 000 Kinder, über 10 000 Verwundete und Verstümmelte sowie 20 zerstörte Krankenhäuser usw. Die israelische Armee hat den Gaza-Streifen in eine Mondlandschaft verwandelt. Das Ende dieses Verbrechens am palästinensischen Volk ist nicht absehbar, und der Westen ist mit seiner politischen und ökonomischen Unterstützung sowie den Waffenlieferungen an Israel an diesem Verbrechen beteiligt.

Dr. Matin Baraki

Helga Baumgarten/Norman Paech: Völkermord in Gaza, Promedia Verlag Wien 2025, 232 S.

Israel: TV-Produzent forderte einen „Holocaust mit Gaskammern“ im Gazastreifen

Der Netanjahu-nahe israelische TV-Produzent Elad Barashi forderte öffentlich einen „Holocaust mit Gaskammern“ im Gazastreifen. Im israelischen Fernsehen wird derweil heftig debattiert, ob es legitim sei, palästinensische Babys zu töten. Deutsche Politiker und Leitmedien schweigen dazu.

Das Ausmaß der Opfer im Gazastreifen läßt sich nicht mehr beziffern. Fortgesetzt tötet das israelische Militär ungestraft Zivilisten durch Bomben und Hungerblockade. Die alte Bundesregierung sah weg und lieferte Waffen, die neue unter Kanzler Friedrich Merz will Israel noch stärker dabei unterstützen. Und die deutschen Leitmedien verschließen selbst dann die Augen, wenn israelische TV-Macher öffentlich zur Massentötung aller Gaza-Bewohner aufrufen – mehr noch: zu ihrer industriellen Vernichtung mit Nazi-Methoden.

Bereits im Februar rief Elad Barashi öffentlich auf X dazu auf, alle vertriebenen, ausgebombten und hungernden Einwohner des Gazastreifens, die das israelische Massaker bisher überlebt haben, mit Nazi-Methoden industriell zu vernichten. Sein Posting hat der Mann inzwischen zwar gelöscht, aber ein Screenshot davon kursiert weiter auf der Plattform. Nachdem am 4. Mai das Investigativ-Portal *Drop Site News* den genozidalen Aufruf thematisiert hatte, kam offenbar ein kleiner Stein ins Rollen. Am 6. Mai schließlich rechtfertigte Barashi seine Vernichtungsfantasien. Er erklärte etwas weichgespülter, er wünsche den Gaza-Bewohnern noch immer „einen Holocaust“ und werde sich nicht dafür entschuldigen.

Plädoyer fürs „Ausrotten mit Gaskammern“

Barashis Posting sollte einem das Blut in den Adern gefrieren lassen. Zunächst

prügelt er verbal auf alle ein, die nicht wollten, „daß Gaza vom israelischen Feuer niedergebrannt und versengt wird“ und die „behaupten, es gäbe Unschuldige in Gaza“. Man dürfe auch keinen einzigen Einwohner der 365 Quadratkilometer kleinen Enklave „ungehindert in arabische Länder oder nach Europa fliehen lassen“. „Gaza verdient den Tod“, schrieb er. (...) „Männer, Frauen und Kinder – wir müssen sie mit allen Mitteln auslöschen, ohne Angst, ohne Zögern einfach zerquetschen, ausrotten, abschlachten, dem Erdboden gleichmachen, zerlegen, zertrümmern, zerschmettern. Ohne Gewissen und Gnade – Kinder und Eltern, Frauen und Mädchen – sie alle verdienen einen grausamen und harten Tod.“

Fernsehdebatten über Massenmord an Kindern

Obgleich in ihrer Deutlichkeit nicht zu überbieten, sind Barashis genozidale Aufrufe in der israelischen Öffentlichkeit beileibe kein Einzelfall. Der britische Journalist Owen Jones zeigte kürzlich – nicht zum ersten Mal – Ausschnitte aus israelischen TV-Sendungen, in denen Protagonisten ganz öffentlich zum Massenmord aufrufen.

Diesmal bezog er sich auf *Channel 13*, einen der größten israelischen Sender, wo eine Debatte darüber stattfand, ob man ausnahmslos alle Babys, Kinder und Frauen in Gaza ausrotten solle.

In diesem „Streitgespräch“ forderte der israelische Politiker und ehemalige Stabschef der israelischen Armee, Moshe Yaalon, den Gazastreifen „vollständig auszulöschen“. Eine Moderatorin hielt dagegen, daß dies den Ruf Israels in der Welt schädigen würde. Yaalon antwortete, daß ungezügelter „Rache“ das Gebot sei. Der Gazastreifen müsse „von Arabern gereinigt“ werden.

Lange Liste israelischer Verbrechen

Diese Vernichtungsaufrufe reihen sich ein in eine lange Liste ähnlich genozidaler Absichtserklärungen hochrangiger israelischer Politiker.

Bereits im Januar 2024 konstatierte der Internationale Gerichtshof (IGH), daß eine Klage von Südafrika wegen des Verdachts des Völkermordes gegen Israel gerechtfertigt sei und es Anhaltspunkte für diesen Vorwurf gebe. Explizit ging der IGH dabei auf das Aushungern der Bevölkerung ein und forderte Israel mehrfach auf, die Blockade von Hilfsgütern und die Bombardierungen ziviler Infrastruktur zu unterlassen – bisher ohne Erfolg.

Südafrika hatte schon damals eine lange Liste von Beweisen für Vernichtungsabsichten vorgelegt, darunter neben entsprechenden Aussagen führender Staatsfunktionäre auch zahlreiche Videos, die schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zeigen und teils von israelischen Soldaten selbst stolz ins Internet gestellt wurden. Die Organisation Amnesty International vervollständigte diese Liste bis Ende vergangenen Jahres mit einem akribischen, 296-seitigen Bericht und sprach von einem Völkermord.

Ignoranz bei deutschen Medien

An den deutschen Medien, die sich gerne und ausgiebig moralisch aufblasen gegen vermeintliche Antisemiten, Putinverstehler, Rechtsextremisten und so weiter, geht all das weitgehend vorbei. Sie schweigen dazu, sehen offenbar absichtlich weg – und prügeln statt dessen verbal auf Demonstranten in Deutschland ein, die sich für Frieden und gegen den Massenmord an Palästinensern einsetzen.

Susan Bonath

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 7.5.2025

Konflikt im Himalaya

Jammu & Kaschmir ist eine beliebte Urlaubsregion, die letztes Jahr über 23 Millionen Touristen anzog. Aber in der Region mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit sind seit Jahrzehnten Rebellengruppen aktiv, die entweder die Unabhängigkeit Kaschmirs oder den Anschluß an Pakistan fordern. Bei einem Terroranschlag auf eine Gruppe indischer Touristen nahe der Stadt Pahalgam sind nun am 22. April 26 Menschen getötet worden.

Die Attentäter hatten es gezielt auf hinduistische Männer abgesehen. Augenzeugen berichteten, daß im Gebiet Baisaran plötzlich Bewaffnete hinter Bäumen hervorkamen und willkürlich Menschen erschossen. Es wurde berichtet, daß die Täter die Religion jedes Opfers prüften, indem sie ihren Ausweis verlangten, sie aufforderten, das muslimische Glaubensbekenntnis zu rezitieren und sie zwangen, ihre Hosen zu öffnen, um festzustellen, ob sie beschnitten sind. Wer kein Muslime war, wurde erschossen. 25 der 26 Getöteten waren männliche Hindus.

Eine extremistische Gruppe namens The Resistance Front (TRF) bekannte sich zu der Tat, hat aber inzwischen davon wieder Abstand genommen. Indiens Premierminister Narendra Modi beschuldigt Pakistan, den Anschlag orchestriert zu haben und drohte Pakistan mit Konsequenzen und kündigte an, die Terroristen zur Rechenschaft zu ziehen.

Vorgeschichte

1947, nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft, spaltete sich Britisch-Indien in das säkular-hinduistische Indien und das muslimische Pakistan (s. RF, Februar 2024, S. 22). Seither sind Indien und Pakistan verfeindet, rüsten gegeneinander auf und sind Atommächte geworden. Im pakistanischen Unabhängigkeitskrieg 1971, der mit der Abspaltung von Ostpakistan und der Gründung von Bangladesch endete, unterstützte Indien Bangladesch, was die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan weiter verschlechterte. Und seit 1947 gibt es auch den Grenzkonflikt im Kaschmir.

1947 gründete sich der Fürstenstaat Kaschmir, der allerdings seine Unabhängigkeit bald aufgeben mußte und der indischen Union beitrug. Ein Krieg zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir endete 1949 mit einem von der UNO vermittelten Waffenstillstand, der zur Teilung Kaschmirs führte. 1949 wurde die Region entlang einer Waffenstillstandslinie (Line of Control, LoC) aufgeteilt. Indien kontrolliert den Südosten von Kaschmir und Pakistan den Nordwesten (Gilgit-Baltistan). China bekam das Gebiet Aksai-Chin. Die LoC ist eine Waffenstillstandslinie, die im Vertrag von Simla 1972 nochmals vertraglich bestätigt wurde. Sie ist keine offizielle internationale

Staatsgrenze, die soll später vertraglich zwischen den Parteien ausgehandelt werden. Sowohl Indien als auch Pakistan beanspruchen das gesamte Kaschmir als Staatsgebiet für sich allein. Auch die Grenze zwischen Indien und China wird von der LoC vorläufig geregelt. Hier beanspruchen sowohl Indien als auch China Teile des jeweils anderen Gebietes.

In der Kaschmir-Region leben rund 17 Millionen Menschen, davon 12 Millionen im indisch kontrollierten Jammu & Kaschmir und fünf Millionen im pakistanischen Gilgit-Baltistan. Die Bevölkerung teilt sich in Hindus, Sikhs und Muslime. Die Region liegt auf einer Durchschnittshöhe von 3500 m mit Bergen bis zu 8600 m (K2).

Um ihre Kontrolle über Kashmir zu festigen, änderte die nationalistische Modi-Regierung im Zuge ihrer Hindutva-Ideologie (s. RF, Juli 2024, S. 32) 2019 die Verfassung, die dem von Indien verwalteten Teil Kaschmirs einen besonderen Autonomiestatus einräumte, teilte sie in die zwei Territorien Jammu & Kaschmir sowie Ladakh auf und gliederte sie in das indische Staatsgebiet ein. Der Schritt ermöglicht es nun auch Nicht-Kaschmiris, Immobilien zu kaufen und Regierungsposten zu übernehmen, was viele muslimische Einwohner verärgert hat, da sie befürchten, von Modis hindu-nationalistischer BJP an den Rand gedrängt zu werden. Der Schritt provozierte auch neue Spannungen mit Pakistan. Hindus, die in den 90er Jahren aus Kaschmir vertrieben worden waren, kehren nun zurück, was die Demographie verändert. Indien hat eine halbe Million Soldaten im Kaschmir stationiert. Der Wahlkampf von Modi im Juni letzten Jahres war geprägt von Anschuldigungen gegen die Muslime im Indien und gegen Pakistan. Modi selbst ist in hohem Maße für die verschärften ethnischen, politischen und religiösen Spannungen in Kaschmir verantwortlich.

Indien ergreift beispiellose Maßnahmen gegen Pakistan

Pakistan wird durch den Indus mit Wasser versorgt, das von den Gletschern des Himalaya aus China durch Nordindien hinunter nach Pakistan fließt. Nach dem Anschlag in Pahalgam setzte Indien das Indus-Wasserabkommen aus. Dieses wurde 1960 zwischen Indien und Pakistan unterzeichnet und regelt die Wasserverteilung des Indus zwischen Indien und dem unteren Anrainerstaat Pakistan.

Bisher hatte der Vertrag auch in Kriegzeiten gehalten. Nun soll die Wasserversorgung für Pakistan bis auf weiteres gestoppt werden. Das betrifft Millionen Menschen, insbesondere im Norden des Landes. Der Indus ist die Lebensader Pakistans. Sein Wasser ermöglicht die Landwirtschaft, die

23 Prozent des pakistanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht und mehr als zwei Drittel seiner ländlichen Bevölkerung ernährt. Sollte Indien die Zuflüsse des Indus aufstauen, würde das zu geringeren Ernteerträgen, Nahrungsmittelknappheit, Reduzierung der Leistung der Wasserkraftwerke und zu wirtschaftlicher Instabilität führen. Indien hat bereits vier Schleusen geschlossen, um das Wasser nach Pakistan aufzuhalten. Pakistan sieht das als Kriegshandlung gegen sein Land.

Pakistan hat bestritten, etwas mit dem Terroranschlag zu tun zu haben und daß die Terroristen von pakistanischem Territorium aus operiert hätten. Indien hat dafür keinerlei Beweise vorgelegt. Die Täter konnten bisher nicht gefaßt und befragt werden. Umgekehrt bezichtigt Pakistan Indien, eine false-flag-Operation durchgeführt zu haben. Abgesehen davon, daß es absurd ist, den Terroranschlag mit der Austrocknung Pakistans bestrafen zu wollen, betrachtet der Autor beide Versionen als Spekulationen.

Kein Wasser, Keine Waren, keine Schiffe, keine Post

Die Kriegsbereitschaft setzt sich auf beiden Seiten fort. Außer der Aussetzung des Indus-Wasserabkommens hat Indien den grenzüberschreitenden Handel ausgesetzt und die meisten pakistanischen Visa annulliert. Pakistanischen Staatsangehörigen wurde zwei Tage Zeit gegeben, nach Hause zurückzukehren. Modi hielt eine hochrangige Sitzung mit den Streitkräften ab, in der er ihnen volle operative Freiheit bei der Wahl der „Art, Ziele und des Zeitpunkts“ der indischen Reaktion auf den Anschlag einräumte.

Am 3. Mai erklärte das indische Handelsministerium: „Der direkte oder indirekte Import oder Transit aller Waren, die ihren Ursprung in Pakistan haben oder aus Pakistan exportiert werden, ... wird mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verboten.“ Die Häfen sind für pakistanische Schiffe geschlossen. Der Grenzübergang Wagah-Attari, der letzte noch offene, war bereits vorher geschlossen worden. Der Postverkehr, der bereits 2019, nachdem Indien den Sonderstatus des besetzten Kaschmir aufgehoben hatte, zusammengebrochen war, wurde erneut unterbrochen. Langzeiturlaub in indischen Rüstungsfabriken wurde gestrichen.

Islamabad antwortete mit der Sperrung seines Luftraums für indische Fluggesellschaften und drohte mit der Aussetzung aller bilateralen Abkommen, einschließlich des Simla-Abkommens, das den Verlauf der LoC festlegt. Als Vergeltungsmaßnahme hat Pakistan indischen Schiffen die Nutzung seiner Häfen untersagt. Indische Reedereien dürfen nun keine pakistanischen Häfen mehr

anlaufen und umgekehrt. Während Indien neue Maßnahmen ankündigte, gab Pakistan bekannt, erfolgreich eine Rakete mit einer Reichweite von 450 km getestet zu haben. Indische Regierungsvertreter bezeichneten den Zeitpunkt als „gefährliche Eskalation“. Diplomatisches Personal wurde auf beiden Seiten reduziert. Pakistanische Diplomaten wurden aus Indien und indische Diplomaten aus Pakistan ausgewiesen. Die Sicherheitslage entlang der LoC bleibt angespannt, da es dort zu sporadischen Scharmützeln kommt. Die LoC zwischen Indien und Pakistan ist in der Region Kaschmir über 700 km lang und in abgelegenen Gebieten nur schwer zu kontrollieren, da sie oft über hohe Berggipfel in unwirtlichen

Gegenden verläuft. Militärische Außenposten sind oft auf sich allein gestellt und werden nur ab und zu mit dem Nötigsten versorgt. Indischen Beamten zufolge provozierte in der Nacht vom 2. zum 3. Mai die pakistanische Armee durch Schüsse mit Kleinwaffen über die LoC. Wie angedroht, hat Indien in den frühen Morgenstunden des 7. Mai mit einer militärischen Reaktion neun pakistanische Ziele angegriffen. Vier davon befinden sich in Pakistan, fünf im pakistanisch verwalteten Teil Kaschmirs. Nach Angaben der indischen Regierung handelte es sich bei den mit Flugzeugen angegriffenen Zielen um Stützpunkte von Terrororganisationen, die laut Anschuldigungen von Indien auf die

eine oder andere Weise mit der pakistanischen Regierung verbunden sein sollen. Pakistan spricht von Angriffen auf die Zivilbevölkerung und hat daraufhin seinerseits mit Gegenschlägen aus der Luft reagiert. Gleichzeitig kam es zu Schußwechseln entlang der LoC. Wahrscheinlich auf Bitten Pakistans haben die USA am 10. Mai einen vorläufigen Waffenstillstand vermittelt. Der Konflikt droht jedoch weiter zu eskalieren, da beide Seiten auf ihrem Standpunkt beharren und weiterhin Drohungen gegeneinander aussprechen.

Wir werden im nächsten RF näher auf die Entwicklung und die Hintergründe eingehen.

KLJ

Milliardendeal in Moskau: Rußland plant Kuba-Investitionsfonds

Alte Liebe rostet nicht. Das gilt auch für die bilateralen Beziehungen zwischen Kuba und Rußland. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus, an denen auch Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel teilnahm, absolvierte dieser ein umfassendes Arbeitsprogramm in St. Petersburg und Moskau. Insbesondere ging es dem kubanischen Gast um den Ausbau der „strategischen Beziehungen“ zwischen beiden Ländern.

Wie der russische Vize-Premierminister Dmitri Tschernyschenko nach einem Treffen von Díaz-Canel mit Präsident Wladimir Putin in Moskau bekanntgab, planen russische Unternehmen in den kommenden fünf Jahren Investitionen von mehr als einer Milliarde US-Dollar in die kubanische Wirtschaft.

Diese Investitionen sollen Sektoren wie Energie, Landwirtschaft und Infrastruktur umfassen. Putin kündigte an, die Projekte durch einen speziellen Mechanismus zur Subventionierung von Zinssätzen zu unterstützen, um russischen Unternehmen die Finanzierung zu erleichtern.

„Wir hoffen, daß dies dazu beitragen wird, daß bald mehr russische Unternehmer nach Kuba gehen, was der Wirtschaft helfen und zu Unabhängigkeit und Souveränität in jeder Hinsicht beitragen wird“, sagte Tschernyschenko. Er betonte, daß Kuba ein „zuverlässiger Partner“ sei, der in der Lage ist, Kredite und Projekte der letzten Jahre zu bezahlen.

Tourismus als Schwerpunkt der Zusammenarbeit

Ein Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit ist der Tourismus. Rußland strebt an, das Land mit der größten Präsenz

von Touristen auf dem kubanischen Markt zu werden, so Tschernyschenko. Im Juli soll eine Tourismusveranstaltung in Moskau stattfinden, bei der kubanische Behörden für russische Urlauber werben können.

Díaz-Canel sprach bereits in St. Petersburg, der ersten Station seiner Rußland-Reise, mit Gouverneur Alexander Beglow über mögliche Direktflüge zwischen Havanna und der zweitgrößten Stadt Rußlands.

Neue Technologien im Fokus

Bei seinem Besuch in St. Petersburg zeigte sich der kubanische Präsident beeindruckt von den Fortschritten Rußlands im Bereich neuer Technologien. Im Zentrum für Künstliche Intelligenz (KI) der Stadt, das den Betrieb der Metropole überwacht und optimiert, informierte er sich über Möglichkeiten zur Verbesserung von Dienstleistungen wie Verkehr, Strom- und Wasserversorgung.

Díaz-Canel regte an, kubanische Spezialisten zur Schulung nach St. Petersburg zu schicken. Die 20-jährige Erfahrung des Zentrums könne mit Hilfe von KI direkt die Lebensqualität einer Gesellschaft verbessern, wie sich auch während der Covid-19-Pandemie gezeigt habe.

Auch der Besuch des Arzneimittelherstellers Werteks in der Sonderwirtschaftszone von St. Petersburg stand im Zeichen des Austauschs. Díaz-Canel verwies auf ähnliche Erfahrungen in der Sonderwirtschaftszone Mariel in Havanna und lud das Unternehmen zu gemeinsamen Forschungen und Technologietransfers ein.

Strategische Partnerschaft wird vertieft

In den letzten Jahren haben Rußland und Kuba ihre politischen und wirtschaftlichen

Beziehungen, die beide Regierungen als „strategisch“ bezeichnen, neu belebt und vertieft. Das jüngste Treffen zwischen Díaz-Canel und Putin festigt diese Partnerschaft, die durch Besuche, Delegationsaustausch und die Unterzeichnung einer Vielzahl von Abkommen gestärkt wurde.

Tschernyschenko selbst war Anfang April in Havanna, um an einem russisch-kubanischen Regierungstreffen teilzunehmen, das mit der Unterzeichnung von 17 Abkommen zur Förderung von bilateralen Kooperationsprojekten und -programmen endete.

Díaz-Canel betonte vor seinem Treffen mit Putin die gemeinsamen Sichtweisen beider Länder zu Schlüsselthemen der internationalen Agenda sowie gemeinsame Werte, die eine multipolare Weltordnung unterstützen. Rußlands Außenminister Sergej Lawrow unterstrich in einem Artikel die feste politische Unterstützung seines Landes für die kubanische Regierung. Er versicherte, daß Rußland und Kuba eine „gemeinsame historische und geopolitische Vision“ teilen und bereit sind, „Seite an Seite“ zu gehen, um die Beziehungen zum Wohle beider Länder umfassend zu fördern.

Quelle: <https://cubaheute.de>, 9.5.2025

Hinweis

Im Juli und August erscheint der „RotFuchs“ als Doppelausgabe.

Der sichere Weg in die Schuldenfalle

Über viele Jahre hat man uns den Spruch von der sparsamen schwäbischen Hausfrau eingebläut. Von der, die genau weiß, daß man nur Geld ausgeben kann, das man hat. Das bekamen wir ständig aufs Neue vorgehalten, wenn wir darauf aufmerksam machten, daß im Lande etwas getan werden müsse – für Brücken, Straßen, Eisenbahn, Schulen, Sporteinrichtungen, Krankenhäuser ... Kein Geld, hieß es immer, und der weitere Verfall der gesellschaftlichen Infrastruktur war damit beschlossene Sache. Kein Geld stimmt nicht ganz, denn für die Rüstung, für die Extraprofite der Pharmaindustrie oder den Förderungshunger großer Konzerne war es immer reichlich vorhanden. Von CumEx ganz zu schweigen, als sich der Staat das Geld sehenden Auges aus der Schatulle klauen ließ, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Nichts unternommen stimmt übrigens auch nicht ganz: Die Leitende Oberstaatsanwältin, die diese Sauereien verfolgen sollte, wurde immerhin aus dem Dienst entfernt. Seit März und Merz ist nun alles ganz anders. Wo früher um jeden Cent gefeilscht wurde, sind plötzlich 900 zusätzliche Milliarden verfügbar. Da kann sich Frau von der Leyen in Brüssel nicht lumpen lassen. Auch dort wachsen auf einmal 700 Milliarden einfach so auf den Bäumen. Schulden machen kommt offensichtlich in Mode. Der alte Spruch scheint vergessen, daß Schulden immer nur das vorläufige Guthaben künftiger Pleitemacher sind. Weltweit wird inzwischen mit Summen hantiert, daß einem regelrecht schwindlig werden muß. Allerdings nicht gerade da, wo das Geld wirklich gebraucht würde. Bei der Bekämpfung des Hungers beispielsweise oder der Armut. Oder bei der Stabilisierung des Weltklimas und der ökonomischen Entwicklung der ärmsten Regionen dieser Welt. Das wären zwar sinnvolle Einsatzmöglichkeiten für viel Geld, aber „das rechnet sich ja nicht“. Weil wir schon einmal beim Rechnen sind. Die Bundesrepublik kann sich auf den Finanzmärkten wirklich eine ganze Menge Geld zusammenborgen. Nehmen wir einmal an, sie nutzt die bewährten Bundesanleihen, um die bis jetzt veranschlagten 900 Milliarden zusammenzubringen. Deren aktueller Zinssatz beträgt etwa 2,8 Prozent jährlich. Zinsen zahlt man übrigens ab dem ersten Tage. Dann fielen schon im ersten Jahr Zinszahlungen in Höhe von 25 Milliarden Euro an. Dieses Geld könnte man sich zwar auch erst einmal borgen. Allerdings muß man sich dafür einen noch Dümmeren suchen als den, der schon die Abermilliarden vorgestreckt hat. Wenn man den nicht findet, dann muß man eben an anderer Stelle Einsparungen vornehmen. Bei den 25 Milliarden wäre dann in etwa all

das einzusparen, was 2025 in der BRD für Bildung und Forschung ausgegeben werden soll. Ein ganzer Batzen also, der nicht ganz so leicht zusammenkommen dürfte. Über das Borgen kann man offensichtlich sehr schnell entscheiden, beim Bezahlen ist es dann nicht mehr ganz so einfach. Schulden muß man ja zurückzahlen, wenn die Gläubiger nicht absolut dämlich sind. Das sind die meisten derer, die solche Summen heruzuliegen haben, gewiß eher nicht. Nehmen wir einmal an, die Gläubiger wären sehr großzügig und bereit, dem Staat mit der vollständigen Rückzahlung 20 Jahre Zeit zu lassen. Wohl kaum einer der Gläubiger

Wirtschaftswachstum an. Man kann dann die Schulden aus diesen zusätzlichen Einnahmen bezahlen. Wenn das doch wahr wäre! Es klingt zwar logisch, hat sich aber, vorsichtig gesagt, bisher einfach nie in der Praxis bestätigt. Man könnte auch direkt sagen, daß diese Annahme völliger Blödsinn ist. Experten teilen unsereinem ja auch immer mal wieder mit, daß man um so mehr spart, je mehr man einkauft. Dieses geniale Rezept funktioniert allerdings auch immer nur bis zu dem Moment, bis das Portemonnaie leer ist. Da ist nichts gespart, sondern einfach nur alles ausgegeben. Die Meinungen solcher „Experten“ sollte man nicht



Symbol deutscher Zustände: Carolabrücke in Dresden

wird auf Ratenzahlung verzichten, wenn er sein Geld mit einiger Sicherheit wiedersehen will. Bei solchen Summen ist es eher unwahrscheinlich, daß sich jemand auf das Versprechen einläßt, die Tilgung würde in zwanzig Jahren in einer Summe erfolgen. Jeder, der einmal einen Kredit bei einer Bank aufgenommen hat, weiß, daß man den nur bekommt, wenn man bereit und fähig ist, ihn schrittweise zu tilgen, mindestens aber Geld in entsprechender Höhe zurückzulegen. Man müßte jährlich etwa 45 Milliarden an Rückzahlungen leisten oder entsprechende Rücklagen in gleicher Höhe bilden. 45 Milliarden, das sind etwa so viel, wie das Bundesministerium für Digitales und Verkehr 2025 in seinem Haushalt insgesamt zur Verfügung hat. Da stellt sich dann doch die Frage, wovon man künftig zum Beispiel Bildung und Forschung, Digitales, Verkehr und anderes Wichtige bezahlen will, wenn das Geld doch schon ausgegeben ist?

Das ist ganz einfach, sagen die entsprechenden „Experten“. Wenn man so viel Geld ausgibt, dann springt automatisch das

unbedingt zu ernst nehmen. Wenn etwas zu verkaufen ist, wird nämlich manch ein Scharlatan zu einem ungeheuerlich Weisen. Überhaupt ist es ziemlich seltsam, daß dieselben Experten, die dem Staat vorwerfen, er verstünde nichts vom Wirtschaften, laut nach staatlichen Eingriffen rufen, wenn es dort mal wieder brennt. Das konnte man beim Niedergang der sonst so großmäuligen deutschen Autoindustrie wunderbar beobachten. Die hat über Jahrzehnte jegliche staatliche Regulierung bis hin zu den Abgaswerten und dem Tempolimit konsequent hintertrieben. Jetzt, da die Karre tief im Dreck steckt, soll der Staat für den Absatz der übergroßen, superschnellen und völlig überteuerten Boliden sorgen.

Dazu wird dann die Vorstellung bemüht, der Staat könne und müsse die Unternehmen retten. Allerdings würde das voraussetzen, daß die finanziellen Möglichkeiten des Staates immer größer sein müssen, als die Summe der Schäden, die die größeren und kleineren Konzerne mit ihrer wirtschaftlichen Unvernunft anrichten können. Das ist ein wohl mehr als frommes

Wunschdenken. Auch der finanzstärkste Staat – man kann das in den USA wunderbar beobachten – ist mit diesem Ansinnen heillos überfordert. Hat man uns nicht all die Jahre erzählt, die Marktwirtschaft regele alles von alleine? Wer nicht konkurrenzfähig sei, müsse eben vom Markt verschwinden. Damit ist es dann wohl doch nicht ganz so weit her, wenn es ernst wird. Rüstung und neue Infrastrukturausgaben seien jetzt die neuen Heilsbringer, die das Volk vor Knechtung und die Wirtschaft vor weiterem Niedergang retten würden. Die Rüstung, die Unsummen verschlingt und auf Kriege hinarbeitet, soll uns retten? Rüstungsgüter retten allein Rüstungsfirmen, alles andere reißen sie in den Abgrund. Rüstung ist absolut unproduktiver und destruktiver Konsum gesellschaftlicher Werte. Noch dazu zu völlig überteuerten Preisen, denn Rüstungsgüter haben für den Hersteller den einzigartigen Vorteil, daß der Staat als alleiniger Abnehmer so traumhafte Renditen garantiert, wie sie anderswo nie und nimmer zu erzielen wären. Genau daher rührt die unendliche Begeisterung des Kapitals für die Militarisierung der Gesellschaft. Auch wenn es, wie gerade in Europa, noch so schwer sein sollte, dafür einigermaßen plausible Gründe zu erfinden. Rüstung schafft also, wie wir wissen, nicht nur keine gesellschaftlich nützlichen Gebrauchswerte, sondern auch keine Werte. Sie frißt sie lediglich auf. Für die Rüstungskonzerne ist zudem von riesigem Vorteil, daß sie für den möglichst baldigen einmaligen Verbrauch produzieren. Sie brauchen also nur noch für die nötige Kriegshysterie zu sorgen, und die Profite fließen in Strömen. Natürlich entstehen im Umfeld der Rüstung oder des Militärs auch wirtschaftliche Effekte. Allerdings sind die im Vergleich zu den riesigen volkswirtschaftlichen Aufwendungen eben doch relativ klein. Selbstverständlich braucht die Rüstungsindustrie Material und zahlt Löhne, die an ihren Standorten die wirtschaftliche

Aktivität beleben. Aber sie bezahlt sie eben mit Mitteln, die sie anderswo aus der Volkswirtschaft herausaugt hat und die damit dort für wirklich wichtige wirtschaftliche oder gesellschaftliche Aufgaben fehlen. Immer fehlt ja das Geld, das Rüstung und Militär erhalten, anderswo in der Gesellschaft. Es kann daher keinen Aufschwung produzieren. Die Militarisierung der Gesellschaft produziert zwangsläufig auch dann schon Niedergang und Elend, wenn die Waffen noch nicht eingesetzt werden. Das ist ihr Kreislauf: Elend schafft Profite. Und Profite schaffen Elend.

Auch die zur Vernebelung des Ganzen angekündigten Infrastrukturmilliarden haben ausreichend Pferdefüße. Nicht nur, daß ein erheblicher Teil von ihnen dazu eingesetzt werden wird, um die verkündeten militärischen Ziele zu flankieren. Panzerkolonnen brauchen Straßen und Eisenbahnen, damit sie schnell nach Osten rollen können. Und natürlich auch Brücken, die nicht wie die Carola-Brücke unter ihnen zusammenbrechen oder wie die Brücke am Berliner Funkturm über Jahre nicht mehr benutzt werden können. Es soll in mehr Bildung investiert werden, damit die neuen Waffen von ausreichend klugen jungen Menschen bedient werden können. Daß sie damit zur Wegwerfware werden, die auf den Schlachtfeldern elendiglich krepirt, ist dem Kapital egal. Während die Jungen fallen, steigen ja die Kurse weiter.

Auch zu dem angekündigten wirtschaftlichen Aufschwung ist einiges zu sagen. Man weiß ja: Geld baut keine Häuser. Geld kann nicht arbeiten. Dazu braucht es Menschen mit ihrem ganz konkreten Tun. Woher aber sollen all die vielen Ingenieure plötzlich kommen, die die jetzt angekündigten enormen Projekte alle vorbereiten sollen? Haben wir nicht Fachkräftemangel bei ihnen und bei den Arbeitern auf dem Bau? Sind die entsprechenden Kapazitäten mangels zahlungskräftiger Nachfrage in den letzten

Jahrzehnten nicht so weit geschrumpft, daß sogar die Bauzeiten im Wohnungsbau inzwischen fast dreimal so hoch liegen wie in wirklich entwickelten Ländern? Mangelt es der Bahn wirklich nur am Geld oder gibt es gar nicht so viele Gleis- und Signalbauer, daß das marode Schienennetz großflächig saniert werden kann? Woher kommen eigentlich die vielen zusätzlichen Eisenbahnwaggons, wenn sich schon die Erneuerung des Fahrzeugparks der Berliner S- und U-Bahnen seit drei Jahrzehnten nur so dahinschleppt? Geld ist schnell zusammengeborgt, Fachkräfte, Material und Kapazitäten bereitzustellen, benötigt dagegen Zeit. Und manchmal nicht wenig davon. Es dauert eben seine Zeit, bis ein Ingenieur ausgebildet ist oder ein Facharbeiter genügend Kenntnisse erworben hat, daß er seine Aufgaben voll ausfüllen kann. Es ist illusorisch zu glauben, man brauche nur einmal mit dem Fuß aufzustampfen und schon wäre alles da, was man für die Realisierung hochfliegender Pläne so braucht. Das ist Logik a la Trump. Mit der Wirklichkeit hat sie wenig zu tun.

Deshalb werden die Kosten der Geldschwemme deutlich schneller da sein, als die positiven Effekte, die man uns heute vorgaukelt. Die Schuldenfalle wird endgültig zuschnappen, wenn kein Geld mehr für die wirklich dringenden Aufgaben übrig ist, weil alles schon verbraten wurde. Mühsam geschaffene Kapazitäten wird man nicht mehr nutzen können, weil kein Geld mehr für sie da ist. Einen Vorgeschmack auf diese Entwicklung liefert das, was sich heute schon im Kultur- und Sozialbereich abspielt: Schließungen allerorten. Dann ist Geniales vollbracht: Man hat eine neue, noch gewaltigere Krise geschaffen, weil man eine andere Krise der Kapitalverwertung beseitigen wollte. Kapitalismus eben: In seiner Logik schafft auch der Absturz in den Abgrund ausreichend zunehmende Dynamik.

Achim Seider

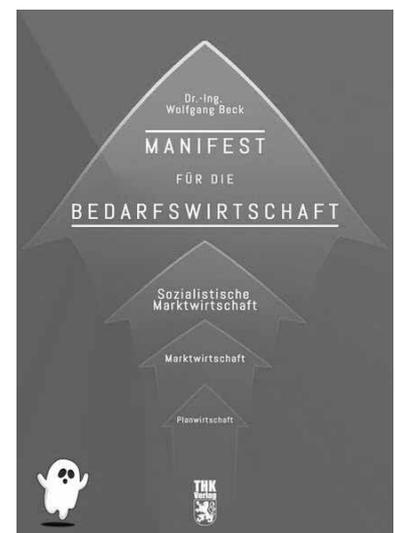
BUCHTIPP

► Manifest für die Bedarfswirtschaft

Mit dem Buch „Manifest für die Bedarfswirtschaft“ beabsichtigt der Autor, dem Leser die Thesen aus seinem Buch „Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“ näher zu bringen. Fragen zu einer zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft werden vor dem Hintergrund der älteren und jüngeren Geschichte mit dem analytisch-pragmatischen Denkansatz eines Technikers erörtert. Inspirierende Gedanken formen die Vision einer Bedarfswirtschaft und geißeln so manche Unzulänglichkeit der heutigen Gesellschaft. Es wird mit innovativen und altbewährten, wiederentdeckten Ansätzen eindringlich auf die notwendige Veränderung

der heutigen, nicht mehr zeitgemäßen Denkweisen hingewiesen und endet mit der These aus der klassischen deutschen Philosophie: „Die Politiker haben die Welt immer nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern.“

Dr.-Ing. Wolfgang Beck: Manifest für die Bedarfswirtschaft, THK Verlag, 252 Seiten, 19,90 €, ISBN 978-3-910993-36-5



Verfehlte Staatspolitik

Die derzeit politisch Herrschenden haben mit dem bereits abgewählten Parlament durchgesetzt, daß das Schuldenmachen in ungeahnten Größenordnungen möglich wird. Begründet wird das mit einer angeblichen russischen Bedrohung, einem ungeheuren Nachholbedarf in der Ausrüstung der Bundeswehr, Infrastrukturprojekten etc. Dafür soll nun ein Betrag von rd. einer Billion Euro und mehr eingesetzt werden.

Dabei beläuft sich der schon vorhandene „Schuldenberg“, der sich über mehrere Jahre aufgebaut hat, bereits jetzt auf rd. 2,5 Billionen Euro. Um die Größenordnung zu verdeutlichen: Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt etwa bei 30 000 € für jeden Bürger der BRD, ob Baby oder Greis. (Im Vergleich dazu: Die DDR hatte 1989 ca. 20 Milliarden DM-Schulden, was in Euro eine Prokopfverschuldung von etwa 625 € ausmachte!)

Der Staatshaushalt der BRD umfaßte im Jahre 2024 Einnahmen in Höhe von etwa 440 Milliarden €. Allein für die Zinszahlungen mußten fast 40 Milliarden € im Jahr aufgewendet werden, die natürlich für notwendige Aufgaben verloren waren.

Wenn nun die andiskutierte Billionen-Verschuldung hinzukommt, dramatisieren sich die Zahlen weiter – wo und wie soll das enden? Jedem Politiker und Wirtschaftsfachmann muß doch klar sein, daß man auf Dauer stets nur das verbrauchen kann, was man auch tatsächlich zur Verfügung hat. Das gilt ganz besonders für finanzielle Mittel. Dieses eherne Gesetz scheint aber auf Staatsebene nicht zu gelten. Die BRD wirft mit Geldern um sich, die ihr nicht gehören, die sie aber scheinbar grenzenlos auf den Finanzmärkten bekommen kann. Bedenken scheint es nicht zu geben – außer eine mehr oder weniger formale Formulierung im Grundgesetz, die aber, wie jetzt wohl geschehen, auch über Bord geworfen wird. Was ist also los in diesem Staate?

Obwohl schon über einen langen Zeitraum in ungeheuren Dimensionen fremde finanziellen Mittel in Anspruch genommen wurden, war es dem Staat nicht möglich, die bekannten Probleme in den Griff zu bekommen. Und nun glaubt man, durch noch mehr Schulden aus dem Dilemma zu kommen. Welch ein Irrsinn!

Es ist bekannt, daß die tatsächlichen Einnahmen, die der Staat hauptsächlich aus dem Steueraufkommen erzielt, bei weitem nicht ausreichen, um objektiven sozialen Erfordernissen entsprechen zu können. Die Option des Schuldenmachens ist dann für ihn offensichtlich kein Problem, weil sich andererseits in privaten Händen so viel Geld angehäuft hat, daß davon mal schnell so ein paar Billionen als Kredite vergeben werden können. Die privaten

Geldvermögen in der BRD belaufen sich auf über 9 Billionen Euro. (Daß diese Vermögen extrem unterschiedlich verteilt sind, sei nur am Rande vermerkt.) Wieviel davon tatsächlich für Kreditvergaben zur Verfügung steht, ist mir nicht bekannt, liegt aber etwa in der Größenordnung von 3 bis 4 Billionen Euro. Mit Sicherheit voll ausreichend, um die Wünsche der Regierenden nach dem Schuldenmachen mit Leichtigkeit befriedigen zu können.

Der deutsche Fiskus schont Vermögen

Der Anteil der vermögensbezogenen Steuern am gesamten Steueraufkommen betrug 2015 in ...



Steuern auf Immobilien, Nettovermögen, Erbschaften, Schenkungen, Finanztransaktionen
Quelle: OECD 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls1345

Quelle: Verdi/Hans-Böckler-Stiftung

Das ist Kapitalismus! Da muß der Staat praktisch bei seinen Bürgern um Geld betteln, damit er die Wünsche und Forderungen dieser Bürger auch erfüllen kann. Diese Bürger ihrerseits eignen sich ungeheure Reichtümer an, vor allem natürlich auf der Grundlage ihres – im Kapitalismus fast als unerschütterlich angesehenes und geschütztes Heiligtum – Eigentums an Kapitalien aller Art. Anstatt also von ihren Bürgern zu fordern: Wenn ich als Staat für eure Sicherheit sorgen soll, müßt ihr mir aber auch die dazu erforderlichen Leistungen (Aufrüstung usw.) bezahlen, bestehe die Verrücktheit ja nun darin, daß sich der Staat das Geld nur ausborgt und – wenn schon nicht zurückzahlt – den Gläubigern sogar noch satte Zinsen zahlt. Eine bequemere und vor allem sicherere Art der Geldvermehrung bei den Vermögenden gibt es ja kaum noch.

Aber die Idiotie geht ja noch weiter: Die Befürworter des massenhaften Schuldenmachens argumentieren darüber hinaus, daß mit der Schuldenaufnahme die Volkswirtschaft solche Entwicklungsimpulse bekäme, daß die Zinszahlungen damit voll und ganz überkompensiert werden könnten. Das ist für mich eine noch verrücktere Milchmäckenrechnung!

Denn alle die in Frage stehenden Projekte, Sanierung von Schulen und Krankenhäusern, von Umweltschutzmaßnahmen usw., sind für sich genommen aus ökonomischer Sicht „unproduktiv“, sie werfen keinen Profit ab. Wenn sie es täten, wären sofort Investoren zur Stelle, um eine solche Profitquelle auszuschöpfen. Selbst wenn man – über drei Ecken gedacht – Entwicklungsimpulse erwartet, kommen sie ja zunächst auch nur den (privatwirtschaftlich operierenden) Leistungserbringern zugute und höchstens kollateral über eventuelle Steuern. Nein, die Zinszahlungen auf diese Schulden müssen aus den ohnehin fließenden Steuereinnahmen gedeckt werden. Die häufig verwendete Redewendung, daß dies die Steuerzahler schultern müßten, ist doch irrsinnig (wenn's man so wäre!), die Leidtragenden sind vielmehr die, die der aus Steuern finanzierten Maßnahmen bedürfen: Das sind nicht nur sozial Bedürftige, sondern auch die Kultur, Umweltschutz, Soziales usw.

Welche Erfolgsaussichten bestehen denn überhaupt, daß mit den zusätzlichen Finanzierungsquellen die benannten Probleme wirklich gelöst werden könnten?

Ich habe da so meine Zweifel. Denn wenn ich den Zustand der Wirtschaft seit vielen Jahren sehe, so leidet sie ja vor allem unter eklatantem Fachkräftemangel. Woher will man denn die notwendigen Arbeitskräfte nehmen, einschließlich der anderen materiellen Ressourcen, um die zu finanzierenden Maßnahmen tatsächlich realisieren zu können?

Weiteres Schuldenmachen ist das Verkehrteste, was man nur tun kann. Was sollten linke Kräfte fordern? Wenn es sich zeigt, daß zwingend notwendige und auch tatsächlich realisierbare Maßnahmen im Interesse des Landes und seiner Menschen aus den regulären Steuereinnahmen (u.a.) nicht gedeckt werden können, müssen Möglichkeiten genutzt werden, die auf der Hand liegen: Vermögensteuer wieder einführen, Spitzensteuersatz wieder erhöhen, Besteuerung der Kapitalerträge erhöhen u.a. Wer sich dem verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen bis hin zur Enteignung. Das Grundgesetz beinhaltet bereits eine solche Möglichkeit dazu.

Zum anderen muß rigoros die Ausgabenseite des Haushaltes geprüft werden. Und da fällt vor allem die politisch, moralisch, wirtschaftlich völlig unsinnige, ja höchst gefährliche Rüstungspolitik auf, die auf der erfundenen Lüge von der Bedrohung durch Rußland beruht. Die auf diesem Gebiet liegenden möglichen Einsparungen würden wahrscheinlich alle weiteren Diskussionen hinsichtlich des Schuldenmachens erübrigen.

Dr. Peter Elz

Deutsche Bundesbahn im Abseits

Gute Bekanntschaften haben manchmal einen kuriosen Hintergrund. So verbindet mich mit einem Freund, Wolfgang, das gemeinsame Interesse an Eisenbahnen. Wir sind beide Eisenbahner mit dem Herzen, da wir bei der Deutschen Reichsbahn eine Ausbildung als Schlosser erhalten haben. Wolfgang ist der Bahn als Lockführer treu geblieben. Auch deshalb sprechen wir oft darüber, wie es seit 1994 mit der deutschen Bahn immer mehr bergab geht.

„Die DB entstand 1994 aus der Fusion der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn, gleichzeitig wurde sie im Rahmen einer tiefgreifenden Bahnreform als privatwirtschaftliches Unternehmen in Form einer Aktiengesellschaft aufgestellt, deren Kapital vom Staat, vertreten durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), gehalten wird.“¹ Ziel war es, die finanziellen Probleme der DB AG zu lösen. Sie sollte flexibler, wettbewerbsfähiger, billiger und somit kundenorientierter werden. Sie sollte auch nicht mehr abhängig von den Entscheidungen im Verkehrsministerium sein. Mit der Umsetzung der Fusion schien sich jedoch der Niedergang der Deutschen Bahn zu beschleunigen. Heute steht die DB AG vor einem Scherbenhaufen. Der damals zuständige „Fachminister“ für die Fusion war Matthias Wissmann (Lobbyist, CDU) – ein Jurist. Die „grünen“ und andere Ziele für die Bahn wurden und werden bis heute nicht erreicht.

Sehr aufschlussreich ist die Sicht aus dem Ausland auf die Entwicklung der Deutschen Bahn. „Der frühere Chef der Schweizer Bundesbahnen (SBB), Benedikt Weibel, sieht die Deutsche Bahn in einem dramatischen Zustand. In einem Interview spricht er von einem ‚eklatanten Defizit an Bahn-Sachverstand‘ im Vorstand, fehlender operativer Kontrolle und einer beschädigten Unternehmenskultur. Die geplante Generalsanierung sei notwendig, aber nicht ausreichend.“² (April 2025) Weibel meint, daß anstelle von Strategiedebatten funktionierende Abläufe und ein belastbares Netzkonzept wie in der Schweiz erforderlich wären. Der Konzern habe seine zentrale Aufgabe vernachlässigt. Das betrifft die Pflege und den Ausbau der Infrastruktur. Die jetzt bevorstehende Generalsanierung bezeichnet er als „eine Art Notwehr“.

Weibel kritisiert sowohl den Zustand des Schienennetzes als auch die Führungsstruktur bei der DB. Aus seiner Sicht fehle betriebliches Know-how und

Bahn-Sachverstand. Außerdem würde die Komplexität des Bahnbetriebs unterschätzt. Notwendig sei ein Produktionsplan, der alle Störfaktoren berücksichtige und den Betrieb schnell wieder ins Lot bringen könne. Leider seien entsprechende Strukturen der Deutschen Bahn nicht ausreichend vorhanden. Störungen würden zu langsam abgearbeitet, operative Probleme nicht gelöst.

Weibel wies auf die Rolle einer guten Unternehmenskultur hin. Diese habe die DB verloren. Dabei gehe es insbesondere um eine Analyse der Betriebslage und der Verspätungsursachen. Außerdem habe Weibel z.B. einen engen Kontakt und Austausch mit seinen Mitarbeitern gepflegt. „Diese Nähe sei wichtig, um eine Unternehmenskultur zu etablieren, die auf Pünktlichkeit, Sauberkeit und Sicherheit beruhe“, betont er. Weibel meint, daß der gesamte Sektor auf öffentliche Mittel angewiesen sei. Dennoch müsse effizient gewirtschaftet werden. „Ich verwende lieber das Wort Überschuß als Gewinn.“ Dieser sei notwendig, um Investitionen zu ermöglichen und den Betrieb zu sichern.

Die von Teilen der Politik diskutierte Zerschlagung des Bahnkonzerns hält er für kontraproduktiv. Infrastruktur und Betrieb müßten eng verzahnt bleiben, um in Krisensituationen schnell reagieren zu können. Beispiele aus Frankreich zeigten, daß eine Trennung langfristig nicht funktioniere. Die Privatisierung der Eisenbahn in Großbritannien erwies sich ebenfalls als Fiasko. Nun bemüht sich der britische Staat um die Rückabwicklung der Privatisierung.³ Das bestätigt die Auffassung, daß wichtige Infrastrukturen (Verkehr, alle Ver- und Entsorger, Gesundheitswesen, Bildungswesen) in die Hand des Staates gehören.

In der Schweiz habe man „frühzeitig ein umfassendes Netzkonzept entwickelt“, erklärt Weibel. Seit den 80er-Jahren sei der Fahrplan dort der Ausgangspunkt für Infrastrukturinvestitionen gewesen. Das Ergebnis abgestimmter Knotenpunkte und kürzerer Reisezeiten sei ein signifikanter Anstieg der Fahrgastzahlen.

Deutschland versuche seit einigen Jahren, dieses Modell mit dem „Deutschlandtakt“ zu übernehmen. Doch die Konzepte blieben Stückwerk, weil das Zusammenspiel von Fahrplan und Infrastruktur nicht vollständig durchdacht sei.⁴ Die Schwächen im deutschen System lassen sich nicht allein mit der maroden Infrastruktur erklären.

Es fehle an kreativen Lösungen, z.B. beim Zugdesign (ICE als Doppelstockzüge) und Umsteige-logistik.

„Digitalisierung könne helfen, Abläufe zu stabilisieren, etwa durch präzise Haltepositionen der Züge. Das spare Zeit und mache Umstiege planbarer. Es sei entscheidend, nicht nur zu modernisieren, sondern die Organisation grundlegend neu auszurichten.“⁵ Kommen wir zurück auf den Lokführer Wolfgang. Auf meine Frage, ob er Hoffnung habe, daß es einmal besser würde, meinte er: Dazu müßte die politische Ausrichtung zur Rolle der Bahn geändert werden. Auf meine weitere Frage nach dem besten Verkehrsminister, unter dem er gearbeitet hatte, antwortete er: Otto Arndt (1920 – 1992) „Er war einer von uns.“ Diese Antwort überraschte mich. Otto Arndt war Kind eines Lokomotivführers und machte bei der Deutschen Reichsbahn eine Schlosserausbildung. Er lernte bei der Deutschen Reichsbahn von der Pike auf und verstand ihre Komplexität. Von 1970 bis 1989 war er Verkehrsminister in der DDR und Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn. Er war wahrscheinlich der letzte Eisenbahner auf einem deutschen Verkehrsministerposten.

Dr. Ulrich Sommerfeld

⁵ <https://www.reisevor9.de/inside/ex-sbb-chef-wirft-bahnfuhrung-fehlenden-sachverstand-vor>



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

¹ Deutsche Bahn – Wikipedia

² <https://www.reisevor9.de/inside/ex-sbb-chef-wirft-bahnfuhrung-fehlenden-sachverstand-vor>

³ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/bahn-verstaatlichung-grossbritannien-100.html>

⁴ <https://www.reisevor9.de/inside/ex-sbb-chef-wirft-bahnfuhrung-fehlenden-sachverstand-vor>

75 Jahre Internationaler Kindertag

Wie viele demokratische und der Zukunft zugewandte Traditionen und Feiertage entstand auch der Internationale Kindertag am 1. Juni als Lehre aus Faschismus und Krieg. Ernstgenommen und gelebt wurde der Tag in den sozialistischen Ländern. Wie vieles sollte er nach der Niederlage des Sozialismus in Europa entsorgt werden. Aber er lebt weiter – im Kleinen und in den Erinnerungen vieler.



Foto: persönliches Archiv des Autors

Die Initiative für den Internationalen Kindertag ging von der Französischen Frauenunion und einem internationalen provisorischen Initiativkomitee von Überlebenden der faschistischen Konzentrationslager und antifaschistischen Widerstandskämpferinnen aus. In Paris fand vom 26. November bis 1. Dezember 1945 der I. Internationale Frauenkongress mit Vertreterinnen von Frauenföderationen unterschiedlicher politischer Richtungen und Weltanschauungen aus 41 Ländern statt. Sie gründeten die Internationale Demokratische Frauenorganisation (IDFF) und schworen, „die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte der Frauen zu verteidigen, ... für die Errichtung einer wirklichen Demokratie, für einen dauerhaften Frieden in der Welt, der allein das Glück unserer Familien und die Entwicklung unserer Kinder gewährleisten kann, zu kämpfen“.

Die Ratstagung der IDFF im November 1949 in Moskau beschloß, in Übereinstimmung mit dem Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) und der Internationalen Vereinigung der Lehrgewerkschaften (FISE) im Weltgewerkschaftsbund (WGB), den Internationalen Tag des Kindes jährlich am 1. Juni durchzuführen. Erstmals wurde der Internationale Tag des Kindes „Für Frieden

und Demokratie, für eine glückliche Zukunft aller Kinder“ 1950 in 51 Ländern begangen. Die Veranstaltungen und Feiern in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern waren etwas Neues. Sie wurden getragen vom Demokratischen Frauenbund (DFD), der FDJ und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, aktiv unterstützt von Lehrern, Elternbeiräten und den Patenbetrieben. Trotz der schwierigen ökonomischen Lage infolge der Auswirkungen des Krieges und der von den Westmächten forcierten Aktivitäten gegen den Aufbau und die Schaffung neuer, antifaschistischer, demokratischer Verhältnisse in der DDR waren alle fortschrittlichen Kräfte bemüht, den Kindern ein immer besseres Leben zu ermöglichen. In der DDR waren die Rechte der Kinder Programm.

Das war bereits vor der Einführung des Kindertages so. Im Juli 1949 wurde das erste Zentrale Pionierlager „Georgi Dimitroff“ in Prora auf Rügen eröffnet. Im Frühjahr 1950 die Pionierrepublik „Ernst Thälmann“ in der Berliner Wuhlheide, und das Ministerium für Volksbildung ordnete die Aufnahme des Sport- und Schwimmunterrichts in den Schulen an. Und heute? Schwimmhallen verfallen und werden geschlossen, der Anteil der Nichtschwimmer steigt.

Am ersten Kindertag in der DDR wurden in Kindergärten, Schulen und den 142 Pionierhäusern Kinderfeste organisiert. In Dresden wurde eine Kindereisenbahn eingeweiht, um nur ein Beispiel zu nennen. Ich erinnere mich an viele Veranstaltungen in der Pionierrepublik „Wilhelm Pieck“ in der Schorfheide am Werbellinsee, wo ich Direktor für Internationale Arbeit war, und im Haus der Jungen Pioniere „Bruno Kühn“ in Oberhof im Thüringer Wald, das ich als Direktor geleitet habe. Zum Kindertag hatten wir sowjetische Oktoberkinder eingeladen. Ein Drittklässler aus dem Bezirk Gera berichtete: „Endlich ging unser Wunsch in Erfüllung, mit sowjetischen Kindern Freundschaft zu schließen. Zuerst staunten wir alle über die hübsche Schulkleidung. Am besten gefielen mir die Schleifen, die die Mädchen im Haar trugen. Bald hatten wir uns mit den Kindern angefreundet, obwohl wir ihre Sprache nicht verstanden. Bei Spielen und kleinen Wettbewerben ging es lustig zu. Wir tauschten Abzeichen und Adressen und sangen sowjetische und deutsche Lieder.“

Die Freundschaft zur Sowjetunion war vielen Kindern in der DDR zur Herzenssache geworden. Beschämend ist es dagegen, daß Kinder und Jugendliche heute in diesem Land mit antirussischen Einstellungen konfrontiert werden, die keinesfalls nur von rechts gefördert werden.

Frieden und Solidarität waren in der DDR Leitgedanken der Erziehung. „Über allen strahlt die Sonne“ – Das bekannte Lied von Ursula Gröger wurde zum Internationalen Kindertag von den Mädchen und Jungen gesungen:

*Über allen strahlt die Sonne,
über allen in der Welt.
Alle Kinder wollen Frieden,
Frieden, der das Glück erhält.*

*Froh und glücklich will doch spielen
auf der Erde jedes Kind,
ob nun seine Eltern Schwarze,
Gelbe oder Weiße sind.*

*Darum höret unsere Bitte:
Hütet gut den Frieden hier,
daß die Kinder aller Länder
froh und glücklich sind wie wir.*

In der Pionierrepublik „Wilhelm Pieck“ haben wir mit den Kindern der 7. Klasse über den Text gesprochen, um die Bedeutung des Kindertages besser zu erfassen: Warum begehen wir diesen Tag? In welchen Ländern feiern wir ihn? In welchen Ländern können die Kinder nicht so fröhlich spielen und lernen wie in der DDR?

Auch der Internationale Kindertag – von fortschrittlichen, demokratischen Kräften initiiert und gefördert – hat in seiner langen Geschichte Ignoranz und Mißachtung erfahren. Vor allem im Kalten Krieg und nach der Niederlage der europäischen sozialistischen Staaten. Doch allen Widrigkeiten zum Trotz bewies und beweist der Kindertag über Jahrzehnte seine Ausstrahlung, ist auch heute noch für viele Kinder in der Welt ein wichtiges und vor allem freudiges Ereignis. In der UNO-Deklaration über die Rechte der Kinder steht: „Die Menschheit schuldet dem Kind das Beste, was sie zu geben hat. Sie schuldet den 1,4 Milliarden Kindern, die gegenwärtig auf unserer Erde leben, daß endlich überall Bedingungen geschaffen werden, unter denen sie sich gesund und natürlich in Würde, körperlich, geistig, seelisch, moralisch und sozial entwickeln können.“ Diese Bedingungen weltweit zu schaffen, ist eine gewaltige Aufgabe, wenn man weiß, daß Woche für Woche tausende Kinder einen vermeidbaren Tod sterben: an Hunger, Krankheiten, Wassermangel, Umweltschäden, Folgen eines schweren kolonialen Erbes, an imperialistischer Ausbeutung und als Opfer von Kriegen.

Wollen wir dem Anliegen des Internationalen Kindertages zum Durchbruch verhelfen, kommen wir nicht darum herum, über gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus zu diskutieren, für den Sozialismus zu streiten.

Rolf Dreier, Berlin

Ist das Kunst oder kann das weg?

Wenn einem diese Frage beim Betrachten zeitgenössischer Kunst in den Kopf schießt, kann man ziemlich sicher sein: Es kann weg.

Unmittelbar nach 1990 irritierten mich abstruse Gebilde in Ausstellungen internationaler Gegenwartskunst noch. Ich hielt die von der Decke hängenden Stühle, die lila Kuh des jungen Franzosen, den Sarg aus Gelseife des Südkoreaners für Spinereien einzelner. Wer erwartet im Papstpalast in Avignon schimmelndes Obst als „Kunstobjekt“? Oder im titanummantelten Guggenheim-Museum in Bilbao Schrott? Riesige rostige Eisenplatten des US-Künstlers Richard Serra auf dem Boden, Schrott an der Wand, geistiger Schrott in allen Etagen.

Eine der „wichtigsten“ internationalen Kunstschauen, die Documenta, wird alle fünf Jahre in Kassel organisiert. Mit viel Medienrummel, denn sie beansprucht, „Weltkunst“ zu präsentieren. Werner Seppmann charakterisiert sie als Sammlung subjektivistischer Belanglosigkeiten und Basteleien, hochtrabend deklariertes Nichtigkeiten, Stückgut ohne ästhetische Könnerschaft und inhaltliche Stringenz, denen Kunstwissenschaftler versuchen, einen Inhalt einzuhauchen. „Natürlich ... wurde (2012) auch ein Schrotthaufen präsentiert, der zum ‚selbstverständlichen‘ Inventar hegemonialer Kunstevents gehört ... der Bedeutung der Pseudokunstschau angemessen war er von besonderer Größe ...“.

Schnell erfolgte nach 1990 die Anpassung mancher DDR-Künstler an diesen Trend. Plötzlich lagen da angekohlte Holzbalken, „Raum“ genannt, oder ein hingeklatschter Klumpen Ton, „Absturz“ betitelt. Im Schloß Neuhardenberg vergibt die Märkische Oderzeitung seit über 20 Jahren den Brandenburgischen Kunstpreis, das bedeutendste Kunstevent der Region. Man geht durch die Halle – und nirgends bleibt der Blick hängen, weder an den zusammengeklebten Trinkhalmen noch an einer zufällig erkennbaren, langweiligen Landschaft – mit einer Ausnahme: Bisher erhielt ein noch lebender Künstler alljährlich einen Preis für sein Lebenswerk. Werner Stötzer, Wieland Förster, Gerd Wienckowski, Manfred Butzmann, Sylvia Hagen gehörten früher zu den Preisträgern. Jetzt werden diejenigen geehrt, die ihre gekonnten Werke im Atelier lassen und in die Ausstellung hängen, „was weg muß“, also, von dem sie annehmen, den Geschmack der Kuratoren zu treffen. Oder man zeichnet diejenigen aus, die noch malen lernten, bevor sie die DDR verließen, nun zurückkehrten, aber abgedreht von der Realität dem Mainstream folgen und in regionalen Kunstvereinen leider den Ton

mit angeben. Junge Künstler, die ihr Handwerk überhaupt nicht beherrschen, werden gern mit einem Förderpreis gekrönt, sofern man ihren Werken einen gegen die DDR gerichteten Inhalt andichten kann, wenn auch nur im Bildtitel. Studenten an westlichen Hochschulen lehrt man seit Jahrzehnten kein Handwerk mehr, das würde ihr Talent behindern.

Oft läßt man nur noch arbeiten, nach einer „Idee“, die Werkstattgehilfen umsetzen. Eine ARTE-Dokumentation präsentiert eine junge Künstlerin mit Atelier in den Hallen des früheren Kabelwerkes Oberspreewitz. Sie läßt wertvollen Carrara-Marmor anliefern, die Klumpen an ein Metallgerüst anbringen und das Ganze in einer Wüste aufstellen. Dahinter steht die völlige Unkenntnis dessen, was Kunst ist und die Hoffnung, eines Tages ebenfalls zu den „wichtigsten“ Künstlern zu gehören, also zu den teuren. Das ist Illusion. Die soziale Lage von 97 % der Künstler aller Sparten ist prekär bis arm, da können sie noch so marktkonform sein. Wer „wichtig“ ist, bestimmt eine Handvoll Museumsdirektoren, Kunstwissenschaftler, Journalisten, die in die Werke einen nicht vorhandenen Sinn hineindeuteln, eine geschlossene Gesellschaft. Kaum ein Künstler kann von seiner Arbeit leben. Wer einen Partner hat oder erbt, kann sich glücklich schätzen.

Und wie reagiert das Publikum der DDR? Anfangs mit versteinerten Gesichtern; schließlich möchte man nicht als Banause angesichts der „Weltkunst“ entlarvt werden. Mittlerweile mutierten Ausstellungen zu belastigenden Events und Media-Shows. Wer echte Kunst kennenlernte, geht nicht mehr hin. Die Nachgeborenen – legen die sich eine rostige Eisenbahnschiene der Künstlerinnengruppe „Endmoräne“ aus Brandenburg in den Garten? Stellen sie den aus original Hasenkot geformten Hasen in die Vitrine? Hängen sie einfarbig gestrichene Leinwände ins Wohnzimmer, weil sie zur Gardine passen?

Die gegenstandslose Tendenz griffen etliche „Widerstandskämpfer“ noch in der DDR auf. Dagegen wandte sich Willi Sitte u.a. in einem Interview 1989: „Ich habe immer davor gewarnt, die Spezifik der DDR-Kunst aufzugeben und uns dem ‚Weltstand‘ anzunähern; das führt zu einem Nicht-Gebrauchtwerden ... wo die Kunst selbständig wird ... hebt sie sich vom Leben, von den Menschen ab ... Ich weiß nicht, ob unsere Auftraggeber ... scharf darauf sind ... solches Schrabbelzeug zu kaufen.“¹ Einige Ausstellungen der letzten Jahre aus der Sammlung des früheren „Museum Junge Kunst“ in Frankfurt/Oder² präsentierten genau diese Dissidentenkunst. Die Werke sind nicht selten abstoßend, häufig

diffamierend, teilweise ungekonnt – wenn ein Text neben einem undefinierbaren Bild erläutern muß, dies sei ein Schrotthaufen und ein Synonym für die DDR. Manche Schau ist abwertend zusammengestellt – düster, Schwarz-Grau als „Beleg“ für den Alltag in der DDR. Dresdner Sezessionistinnen durften Anfang 2025 ihre Werke mit folgender Begründung zeigen: „1989 war eine unsichere Zeit voller euphorischer Aufbruchstimmung. In dieser aufregenden Phase versammelten sich Künstlerinnen in Dresden zu tollkühnem Widerstand. Trotzig forderten sie die Gleichberechtigung der Frau im Kunst- und Gesellschaftsleben. In der DDR hatte man Feminismus kaum gekannt. Nun also Frauenpower pur!“ Davon war auf den Bildern nichts zu erkennen.

Geistlosigkeit und Nicht-Wertschätzung von künstlerischem Handwerk sind verbunden mit der Diffamierung von Realismus, sozialistischer Kunst und besonders der DDR-Kunst. Der westdeutsche Maler Jörg Immendorf bezweifelt, „daß es sich bei deren Bildern [ausdrücklich genannt sind Heisig, Sitte und Tübke] überhaupt um Kunstwerke handelt. Das waren reine Zierpflanzen der Diktatur. Sie können ein Zocker oder ein Verlorener sein und dennoch ein toller Künstler. In diesem Fall jedoch stellten sich Farbkleckser zur Verfügung, um ein verbrecherisches System mit Dekorationsmaterial zu versorgen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Kunst ohne gewisse ethische Grundlagen auskommt, daß ein Charakterschwein ein gutes Bild malt“.

Der „tolle Künstler“ Immendorf malte Altbundeskanzler Gerhard Schröder in Gold, ein Kitschbild.

Die Spaltung der geistig-kulturellen Entwicklung in den beiden deutschen Staaten wurde nach hoffnungsvollem Beginn bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitet.³

Am 3. Juli 1945 begann der Kulturbund als gesamtdeutsche Institution seine Arbeit. Ziele waren eine einheitliche Organisation der Kulturschaffenden, öffentliche Aufträge, eine Partnerschaft mit den Arbeitern und vor allem die Hinwendung der Kunst zum wirklichen Leben. Erste Ausstellungen zogen neue Besuchermassen an.

Die Zeitschrift „Bildende Kunst“ wurde gegründet, die Hamburger SPD und KPD bauten einen Volkskunstverband auf, der 1948 schon 85000 Mitglieder hatte. Dieser organisierte 1946 mit Kumpeln aus dem Ruhrgebiet ein Gastspiel der Hamburger Bühnen vor 6400 Besuchern und wollte daraus „Festspiele der Arbeiter“ entwickeln, inklusive jährlicher Kunstausstellungen. Schlagartig reagierte der CDU-Staatsapparat: Mit

Hilfe von 100 000 Mark Fördergeldern pro Jahr machte er aus einer Alternative zum bürgerlichen Kunstbetrieb ein gut funktionierendes Element desselben.

An der 1. Deutschen Kunstausstellung in Dresden 1946 beteiligten sich 88 Künstler aus den Westzonen. Die britische Besatzungsmacht verbot den Künstlern ihres Machtbereiches die Teilnahme. So, wie die westlichen Alliierten den deutschen Imperialismus retteten, weichten sie auch die Ziele des Kulturbundes auf, förderten regionale Zersplitterung, Vereinsmeierei und Vereinzeln der Künstler. Der abstrakten Kunst wurde eine Führungsrolle eingeräumt. Die wirklich neue Kunst vor 1933 deutete man entweder um oder verschweig sie. Die Neue Sachlichkeit galt als „profaschistisch“, die bürgerlich-humanistischen Künstler wie Käthe Kollwitz, Otto Dix, Ernst Barlach drängte man in den Hintergrund, die proletarisch-revolutionäre Kunst war nicht existent. So blieben die echten Feinde der Faschisten wie Lea und Hans Grundig, Otto Nagel, Theo Balden, die Hingerichteten wie Fritz Schulze, Kurt Schumacher, Alfred Frank, die Deportierten wie Felix Nussbaum, die KZ-Überlebenden wie Herbert Sandberg unbekannt. Die Kunst der SBZ und der DDR nahm man nicht wahr.

Nur die abstrakte Kunst in sich selbst habe „Alternativen“, die Forderung nach Realismus wurde als primitiv abgetan und mit abstrakt war gegenstandslos gemeint. Dogma Nr. 1 für moderne Kunst: Nichteinmischung in politische und soziale Fragen, keine Kritik am Imperialismus. Man erfand „Informel“, „Konkrete Kunst“ und ähnlich sinnfreie „Kunst“formen. Nach zehn Jahren war der Realismus endlich erstickt.

Eine herausragende Rolle spielten von Beginn an die Mächtigen in der BRD in Form des 1951 gegründeten Kulturkreises des BDI. Wer Rang und Namen hat in Monopolkreisen, ist darin vertreten. Ihr Qualitätsprinzip ist mit abstrakter Kunst deckungsgleich. Ab 1961 förderten sie die „tapfere Westberliner Bevölkerung“, schränkten die übrige Kunstförderung stark ein und förderten bis 2024 1000 junge Künstler „mäzenatisch“. Das erscheint lächerlich angesichts der 2500 Mitglieder des Verbandes bildender Künstler der DDR 1951 und 6000 um 1990, die in der DDR ihr Auskommen hatten. Im Kulturkreis des BDI gibt es ein Exzellenzprogramm „kulturelle Kompetenz für künftige Führungskräfte“, für Baerbocks der Kunst. Praktischerweise sitzt man seit 1999 in einem gemeinsamen Quartier mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft in Berlin.

Die inhaltliche Ödnis moderner Kunst täuscht Vielfalt vor. „Wichtig“ ist die sich auf technische Probleme konzentrierende, nach vorgegebenem Style experimentierende Richtung – „mit Schüttungen, Sprays, Schablonen und Schriften erzielt

du aufregende optische und haptische Effekte im urban Style“. Dazu überschwemmen die Basteleien der „Objektkunst“ den Markt. Geduldet werden die formalen Realisten mit ihren kraft- und leblosen Porträts, Landschaften und Stilleben.

Die herrschende Kunst ist in einen historisch beispiellosen Strudel kulturellen Verfalls hineingeraten, diagnostiziert Thomas Metscher. Darin spiegele sich der Zustand der bürgerlich-kapitalistischen Welt, die ... auch die zivilisatorischen Standards aushöhlen und die kulturellen Äußerungen banalisieren ... und jede künstlerische Aktivität verhindern müsse, die ein Bewußtsein von der Überwindbarkeit des Gegebenen vermitteln könne.⁴

Kulturelle Inseln sind traditionelle Ausstellungen und die Repräsentationskultur betuchter Halbbildung.⁵ Man holt auch mal Picasso, Goya oder Rembrandt heran, aber über soziale Aussagen geht man hinweg, formal abstrakte Bilder wie „Guernica“ entkleidet man ihres politischen Anliegens. Technische Spielereien überdecken Inhalte. In der im Oktober 2024 eröffneten „Ausstellungsinstallation“ zu Otto Dix in Gera warfen die Kuratoren seine Hauptwerke – Kriegskrüppel und Kriegsgewinnler der 20er Jahre – in einer „interaktiven Medienstation“ an die Wand, so daß sie sich drehten. Wenigstens seine Grafiken der Schützengräben des Ersten Weltkrieges hingen altmodisch an der Wand. Aber wer von den Jungen (falls die überhaupt hingehen) kann damit etwas anfangen?

Einseitig konzentrieren sich die großen Ausstellungen auf bestimmte Epochen, Regionen und Künstler ausgewählter westlicher Industrieländer, ihr Horizont ist eng. Wo sehen wir (moderne) Kunst aus anderen Erdteilen? Wo aus Vietnam, China, Kuba? Wenn Kunst von DDR-Künstlern gezeigt wird, sind meist die Nicht-Konformen überrepräsentiert.

Der Verfall der Künste bedeutet Ignoranz all dessen, was die Menschheit seit der Antike geschaffen hat an Literatur, Philosophie, Architektur, Malerei, verbunden mit Unkenntnis der Geschichte. Die Vorstellung, was ein Kunstwerk ausmacht, ist nicht mehr präsent: ein kompositorisches Werk, das Gefühl, Leidenschaft, Verstand, handwerkliches Können und Lebensnähe ausstrahlt.

Um diese Kunst geht es uns. Aber auch Kunstproduktion wurzelt in den ökonomischen Verhältnissen. Daher leisteten wir uns in der DDR, Kunst und Allgemeinbildung in den Alltag zu integrieren. Heute sind die Bedingungen, wahre Kunst zu schaffen, denkbar schlecht. Sie ändern sich grundlegend erst mit dem Umsturz der Eigentumsverhältnisse. Und bis dahin? Weitermachen und kulturelle Inseln schaffen ...

Martina Dost
Vierlinden

Fußnoten

- 1 *Werner Seppmann: Ästhetik der Unterwerfung. Das Beispiel Documenta. Laika Verlag Hamburg 2013*
- 2 *Sittes Welt“: Katalog der Willi-Sitte-Ausstellung 2021 in Halle*
- 3 *Heute Brandenburgisches Landesmuseum für moderne Kunst*
- 4 *Ausführlich dargelegt in Hermann Raum: Die Kunst der BRD und Westberlins. Seemann Verlag Leipzig 1977*
- 5 *In: Werner Seppmann, ebenda*

Aus Niederösterreich erreichten uns die zum Geburtstag von **Lutz Jahoda** verfaßten Zeilen, denen sich Redaktion und Vorstand des „RotFuchs“ gerne anschließen.

Herzlichen Glückwunsch, lieber Lutz!

Unglaublich, aber wahr
Der liebe Lutz wird nun 98 Jahr
Auch wenn der Körper abgenutzt
Im Kopf ist Lutz noch helle klar

Das beweisen seine Gedankengänge
Mit denen er das politisch Aktuelle
Fantastisch rückt ins rechte Licht
Mit dem einen oder anderen Gedicht

Herzliche Glückwünsche erreichen dich
Auf diesem Wege in einem Gedicht
Lass dich feiern und bleibe gesund
Es grüßt dich ein etwas jüngerer Spund

Bernd Töpfer
Tiefenfucha

Unsere Grüße und Glückwünsche zum 75. Geburtstag am 4. Juni gehen an

Dietlinde Wellner

Liebe Dietlinde, Dein Geburtstag ist der richtige Zeitpunkt, Dir für Dein langjähriges und vielseitiges Engagement im „RotFuchs“-Förderverein Danke zu sagen.

Wir schätzen vor allem, daß Du die Vereinswebseite rechtssicher hältst und die erforderlichen aktuellen Informationen für die Regionalgruppen und Leser ins Netz stellst. Wir freuen uns auf weitere gute Zusammenarbeit.

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Juni

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 3. Juni, um 16.30 Uhr referiert Major a.D. Florian Pfaff, Sprecher des Arbeitskreises Darmstädter Signal, zum Thema: **Frieden und Sicherheit in Europa – Wir brauchen eine andere Politik!**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 12. Juni, um 16 Uhr spricht der Journalist und Publizist Dr. Wolfram Adolphi zum Thema: **Sozialismus in China?**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 14. Juni, um 10 Uhr spricht Niklas Moeves zum Thema: **Friedenspolitik trotz Handelskrieg? Zur aktuellen US-Strategie nach 100 Tagen Trump**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 17. Juni, um 15 Uhr stellt Egon Krenz den dritten Band seiner Erinnerungen „**Verlust und Erwartung**“ vor.

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 17. Juni, um 18 Uhr spricht der Oberstleutnant der VP a. D. Ernst Hornig zum Thema: **Die Deutsche Volkspolizei – ein Sicherheitsorgan in Übereinstimmung mit den Interessen der Bürger der DDR**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 18. Juni, um 18 Uhr: Veranstaltung zum Thema: **Im Wirtschaftskrieg – Die Sanktionspolitik des Westens und ihre Folgen**
Referent: Dr. Hannes Hofbauer (österreichischer Autor) zu seinem gleichnamigen Buch

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Donnerstag, dem 19. Juni, um 17 Uhr zieht Ronald Wandel, Landessprecher der Kommunistischen Plattform, ein erstes **Fazit zu den Parteitag der Partei Die Linke** in Chemnitz und Leipzig.

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 19. Juni, um 15 Uhr Diskussionsnachmittag zum Nahostkonflikt.
Moderator: Dipl. Arabist Bernd Wolf

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 21. Juni, um 10 Uhr sprechen die Journalistin Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke, ehemaliges Mitglied des Bundestages, zum Thema: **Israel-Palästina – ein ewiger Krieg? Südafrika bezichtigt Israel der Apartheid und des Völkermordes – mit welchen Argumenten?**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 21. Juni, um 10 Uhr: **Veranstaltung anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung und zu Ehren des sowjetischen Kulturoffiziers Sergej Iwanowitsch Tulpanow**

Inge Pardon, Historikerin, stellt ihr Buch „Tulpanow – Stalins Macher und Widersacher. Die Biographie“ vor. Das Buch kann vor Ort erworben werden.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar- André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 21. Juni, um 15 Uhr spricht Dr. Hartmut König zu den **Verwicklungen der CIA in die Schauprozesse der jungen Volksdemokratien und liest aus seinem neuen Buch „Stalin, Dulles und der Galgen in Prag“.**

Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 27. Juni, um 15 Uhr spricht der Militärhistoriker und Buchautor Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Der Ukraine-Krieg: Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO – die andere Sicht**

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 28. Juni, um 10 Uhr spricht Uwe Trostel (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Die russische Gefahr – Realität oder Mythos?**

Ort: Seniorenbüro e.V. im Mehrgenerationenhaus, Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juni!

Zum 95. Geburtstag

Irene Marcinkowski (Dassel) am 6. Juni

Zum 94. Geburtstag

Roger Reinsch (Berlin) am 29. Juni

Zum 93. Geburtstag

Joachim Spinler (Potsdam) am 10. Juni
Prof. Dr. Werner Roß (Schulzendorf) am 22. Juni

Zum 92. Geburtstag

Fred Dieter Schlicke (Dresden) am 8. Juni
Hasso Wiegmann (Berlin) am 10. Juni

Zum 91. Geburtstag

Wilfried Beyer (Plauen) am 3. Juni
Arno Dunst (Schwerin) am 4. Juni
Lothar Krüger (Nuthetal) am 7. Juni

Zum 91. Geburtstag

Adolf Hoffmann (Schwedt) am 14. Juni
Michael Brix (Potsdam) am 17. Juni
Günter Hennig (Berlin) am 22. Juni
Hans Zoschke (Magdeburg) am 25. Juni

Zum 90. Geburtstag

Dieter Wulff (Rostock) am 9. Juni
Gottfried Neis (Ahlbeck) am 25. Juni

Zum 85. Geburtstag

Manfred Fischer (Bad Lobenstein) am 4. Juni
Ruth Juhl (Berlin) am 12. Juni
Heide Sawallich (Rostock) am 28. Juni

Zum 80. Geburtstag

Udo Hammelsbeck (Ilseburg) am 4. Juni
Andreas Ebermann (Frankfurt/Oder) am 19. Juni
Dolores Brunzendorf (Neubrandenburg) am 27. Juni
Raimund Ernst (Ostseebad Rerik) am 27. Juni

Zum 70. Geburtstag

Gabriele Eichner (Berlin) am 2. Juni

Zum 65. Geburtstag

Ralf Herrmann (Berlin) am 3. Juni

Zum 60. Geburtstag

Ulrich Guhl (Strausberg) am 7. Juni
Beatrice Freitag (Berlin) am 23. Juni

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



Den Kriegstreibern das Handwerk legen

Der deutsche Imperialismus hat im vorigen Jahrhundert zwei Weltkriege entfacht und wurde jedesmal besiegt. Im letzten Weltkrieg verloren über 60 Millionen Menschen ihr Leben. Davon 27 Millionen Sowjetbürger.

Der deutsche Imperialismus hat aus diesen Niederlagen nichts gelernt. 80 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges rasseln seine Vertreter wieder mit Kriegswaffen. Sie fordern das deutsche Volk auf, sich kriegstüchtig zu machen. Es wird eine Kriegshysterie wie in vergangenen Zeiten entfacht. Einige Unverbesserliche wissen schon jetzt genau, daß der Russe in fünf Jahren einen Krieg gegen die NATO beginnen wird. Die Russenphobie hat Hochkonjunktur. Jeder sollte sich fragen „Wem nutzt ein Krieg?“ Schaut man sich an der Börse die Aktienkurse an, stellt man fest, daß die Rüstungsindustrie zur Zeit höchste Profite erzielt. Ich glaube aber kaum, daß ein Arbeiter von diesen Aktienkursen profitiert. Er darf im Kriegsfall wieder seine Haut zu Markte tragen. Schon jetzt werden erhebliche Einsparungen bei den Sozialausgaben vorgenommen.

Warum hat der Deutsche Bundestag die Rede von W. Putin im Jahre 2001 mit stehenden Beifall anerkannt? Er schlug eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok vor. Die US-Amerikaner waren strikt dagegen. Die Vorschläge hätten ihre Hegemoniebestrebungen empfindlich beeinträchtigt. 1994 zogen die Russen aus Deutschland ab. Die NATO wurde im Gegensatz zum Warschauer Vertrag nicht aufgelöst. Ihr wahres Gesicht zeigte sie dann im Jugoslawienkrieg. Die US-Amerikaner sind bis heute Besatzungsmacht in Deutschland und betreiben über 900 Militärstützpunkte in der Welt. Der US-Außenminister Baker versprach, daß eine NATO-Osterweiterung nie stattfinden wird. Was ist das heutige Ergebnis? Das Minsk 2-Abkommen war nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben war. Frau Merkel erklärte, dieses Abkommen diene letztlich dazu, die Ukraine aufzurüsten und gegen Rußland kriegsbereit zu machen. Alle diese Versprechen wurden vorsätzlich gebrochen.

Wem sollte Putin noch Glauben schenken? Zur Erinnerung: Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem 3. Krieg war es nicht mehr auffindbar. Soll es wirklich so weit kommen? Es ist höchste Zeit, daß die Bevölkerung die drohende Gefahr erkennt und sich dagegen zur Wehr setzt. Die Friedensbewegung sollte die Spaltung überwinden und gemeinsam mit der Bevölkerung den Kriegstreibern das Handwerk legen.

Joachim Zappe, Eggersdorf

Krieg oder Frieden?

Wann werden die Deutschen die richtigen Lehren aus der Geschichte ziehen?

Den Zweiten Weltkrieg hat der deutsche Imperialismus verursacht. Deutsche Männer zogen mordend bis an die Wolga, trugen Schuld am Tod von 27 Millionen Sowjetmenschen. 1945 siegte die Rote Armee mit den Alliierten über die deutschen Faschisten. Ein halbes Jahrhundert sicherte die Sowjetarmee im Osten Europas den Frieden. Vor dreißig Jahren zogen die Russen mit ihren Atomwaffen friedlich nach Hause. Heute schwatzen deutsche Politiker, wie Kriegsminister Boris Pistorius (SPD), von bevorstehenden russischen Angriffen auf Deutschland. Dabei steht die Bundeswehr schon in Litauen, an der Grenze zu Rußland. Und mit von der BRD gelieferten Waffen schießen ukrainische Asowskis auf Rußland.

Die Ukraine war 70 Jahre lang eine sozialistische Sowjetrepublik, selbst Opfer des deutschen Imperialismus und gehörte 1945 zu den Siegern über den deutschen Faschismus. Welch ein Wahnsinn, daß seit 2014 Ukrainer auf Russen schießen, deren Sprache und Kultur bekämpfen.

Schluß mit Hetze und Krieg gegen Rußland! Legt den Verursachern von Kriegen auf der Welt das Handwerk!

Horst Jäkel, Potsdam

In großer Sorge

Der neue Kanzler schwor, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“.

Ob Herrn Merz allerdings klar ist, daß das vor allem heißt, den Frieden zu bewahren? Oder gibt es einen größeren vorstellbaren Schaden als den Krieg? Seine flapsige Bemerkung im Wahlkampf, „Frieden gibt's auf jedem Friedhof“ läßt Schlimmes ahnen! Ich bin in großer Sorge, daß es zu einem Krieg kommen könnte. Wir in Rostock sind davon besonders bedroht. Man hat uns sozusagen ein Fadenkreuz auf die Stirn gemalt mit dem NATO-Ostseekommando, den Militärwerften und der Logistikkreuzscheibe in Richtung Baltikum und das, ohne uns zu fragen oder darüber zu sprechen.

Das Wort KRIEG fällt allenthalben. Aber wer spricht noch vom Frieden, von Diplomatie? Verhandlungen sollen nur aus einer Position der Stärke geführt werden. Wie wäre es mal mit Verhandlungen auf

Augenhöhe und unter Berücksichtigung der Interessen des Gegenübers? Es gab Zeiten, da war das normal, auch in Deutschland.

Doch Deutschlands Politiker bleiben dabei: Der Russe greift 2029 an. Nun hat die Kremlastrologie noch nie wirklich funktioniert, und es sind Zweifel angebracht, ob Strack-Zimmermann und Kiesewetter besser wissen, was Putin vorhat, als er selbst. Es ist höchste Zeit zu einer Friedenspolitik, zu Vernunft und Diplomatie zurückzukehren.

Laßt uns das von den Politikern fordern – für unsere Kinder und Enkelkinder!

Bernd Bechtel, Rostock

Wer sich heute nicht rührt macht sich mitschuldig

Was haben Roderich Kiesewetter, Sönke Neitzel und Bodo Ramelow gemeinsam? Alle drei sind Nachkriegskinder, haben bestenfalls Nachkriegserinnerungen. Gemeinsam ist ihnen auch die Überlegung, den Krieg für die Ukraine zu rechtfertigen. Sicher macht das jeder aus seiner Perspektive. Aber alle drei lassen diplomatische Überlegungen, Völkerverständigung, Mahnungen an die deutsche Politik vermissen. Handreichungen des Auswärtigen Amtes zu den Feierlichkeiten des 80. Jahrestages zum Sieg über den Krieg und den deutschen Faschismus werden begleitet von williger Unterwerfung durch die Politik, Repressionen der Polizei und Russophobie der wertegeleiteten Medien. 1943 fragte Joseph Goebbels noch rhetorisch, ob das deutsche Volk den totalen Krieg wünscht. Heute wird uns stündlich erklärt, warum Rüstung sein muß. Wer sich heute nicht rührt und kämpft, wo es zu kämpfen gilt, macht sich mitschuldig. Überwindet jede Ängstlichkeit, werdet aktiv im Friedenskampf. Ein Krieg wird nicht fragen, wer hat was gewollt, getan oder gelassen. Und denkt auch an das russische Volk, 1945 hat es unter großen Opfern den Frieden nach Deutschland gebracht und dem deutschen Volk verziehen. Wird es das ein zweites Mal, in einem Kriegsfall geben?

Uwe Borg, Rostock

Aus der Geschichte nichts gelernt

Wo in aller Welt hat man bei den vielen vom Westen ausgehenden Aggressionen mit Millionen von Toten jemals so reagiert wie man es jetzt gegenüber Rußland tut? Es ist widerwärtig und geschichtsvergessen, die Sowjetunion oder Rußland auch nur in die Nähe des faschistischen deutschen Staates zu rücken. Die Sowjetunion war der angegriffene Staat und hatte zur Befreiung der Welt vom Faschismus die meisten Opfer zu beklagen. Heute den Ukraine-Krieg für die Aggressivität Rußlands heranzuziehen, geht an den Tatsachen vorbei. Die Ursachen für diesen Krieg sind hinlänglich bekannt und die NATO und die EU haben

hier eine ganz unrühmliche Rolle gespielt. Wenn man einem Land Friedensfähigkeit absprechen will, dann bestimmt nicht Rußland. Die meisten Kriege nach 1945 bis in die Neuzeit haben immer noch die NATO und insbesondere die USA geführt.

Der deutsche Faschismus war niemals friedensfähig. Sein Ziel war von Anfang an die Unterjochung fremder Völker und die Vernichtung des von ihm für unwürdig bestimmten Lebens, wie Juden und Slawen. Dafür war ihm jedes Mittel recht. Wir haben allen Grund, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu würdigen. Die BRD hat Vertretern Rußlands die Teilnahme an der Ehrung seiner Opfer hierzulande verweigert, einem Land, dem wir unsere Freiheit verdanken.

Gerade in Anbetracht des Krieges in der Ukraine ist es verwunderlich, daß sich im Kreise der sogenannten Willigen wieder eine Reihe von Staaten befindet, die sich schon 1941 an der Seite Hitlers am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt haben. Erst als man feststellen mußte, daß es mit der Eroberung von Land und Reichtümern nichts wird, hat man die Seite gewechselt. Die gegenwärtige Lage in der Ukraine erinnert sehr an die Zeit zum Ende des faschistischen deutschen Staates, als Hitler Greise und Kinder als letztes Aufgebot verheizt hat. Wie anders ist es zu bewerten, wenn Selenskyj junge Männer von der Straße wegfangen läßt, die es nicht mehr geschafft haben, das Land zu verlassen, oder wenn jetzt Frauen und Halbwüchsige nun den Sieg erringen sollen.

Vorschläge für ein Friedensabkommen liegen auf dem Tisch. Es ist Zeit, den Krieg zu beenden!

Ralf Kaestner, Bützow

Offene Fragen

Am Tag der Befreiung wurden die Besucher des Kapitulationsmuseums in Berlin-Karlshorst gleich an der Eingrenzung auf die Einhaltung der unsäglichen, peinlichen Vorschriften der Bundesrepublik bezüglich dieses bedeutenden Tages kontrolliert. Die eigentliche Veranstaltung fand vor der Mauer des Museums statt, im Innenbereich verliefen sich die Besucher. Ich kenne noch andere Zeiten. Da konnten sich alle zum Toast auf den Frieden im Museum einfinden, wenn sie genügend Platz fanden; wir standen dicht gedrängt.

Wie soll es mit dieser Einrichtung weitergehen? Die Ausstellung repräsentiert natürlich keine marxistische Sicht auf den Verlauf des 2. Weltkrieges, aber ich würde sagen, eine demokratische Sicht konnte erkämpft werden. Jetzt steht die Zukunft dieses Hauses erneut in der Diskussion. Die Eigentümer sind neben Rußland und Deutschland die Ukraine und Belarus. Seit der Konterrevolution gibt es in all diesen Staaten Auseinandersetzungen um dieses Museum. Welche politische Ausrichtung

soll sich durchsetzen? Eine klare Positionierung ist jedenfalls schon erfolgt. Die faschistische Geschichtsumschreibung der ukrainischen Machthaber scheint nicht zu stören. Jedenfalls war einzig die ukrainische Flagge vor dem Museum gehißt.

Dieter Voigt, Berlin

„RotFuchs“-Singegruppe war dabei

An vielen Veranstaltungen, die zum 80. Jahrestag der Befreiung stattfanden, hat auch die „RotFuchs“-Singegruppe teilgenommen und mit ihren Liedern beigetragen, die Erinnerung an die Befreiung vom Faschismus wachzuhalten.

Der erste Auftritt fand am 16. April in Seelow statt, wo wir uns – nach Verweis von der Plattform – dort aufstellten, wo alle Besucher der Gedenkveranstaltung zum Ausgang gehen mußten. Dort sangen wir unsere Lieder für den Frieden und zum Gedenken an den Kampf gegen den deutschen Faschismus. Als sich der russische Botschafter Sergej J. Netschajew mit seinen Begleitern näherte, stimmten wir das Lied „Katjuscha“, z. T. auf Russisch, an und eine Sängerin überreichte ihm ein Gedicht eines sowjetischen Dichters in der Übersetzung von Bruno Mahlow. Der Gast schüttelte uns dann die Hände und bedankte sich herzlich. Am 26. April beteiligten wir uns an der Veranstaltung vieler Verbände und der DKP in Torgau, wo an die Begegnung zwischen amerikanischen und sowjetischen Soldaten am Ende des Krieges erinnert wurde. Herr Rettler aus Lutherstadt Wittenberg und Wolfgang von der Gruppe „Che Guevara“ aus Dresden unterstützten uns – ohne vorherige Probe! – mit ihren Instrumenten, da unser Gitarrist Hans Buley erkrankt war. Am 8. Mai sangen wir mit nur vier Sängerinnen und ohne Begleitung auf der Kundgebung vor dem Kapitulationsmuseum in Karlshorst. Die Anwesenden wurden von uns gebeten, kräftig mitzusingen, so daß es auch hier möglich war, unser Programm darzubieten. Dafür allen Mitwirkenden Dank!

Am 9. Mai waren wir am Ehrenmal Treptow sogar nur zu dritt, ohne Begleitung, ohne Mikrofon – also ziemlich allein auf weiter Flur. Doch vor der rechten steinernen Fahne fanden wir ein Plätzchen, an dem wir uns erneut aufstellten und unsere Lieder sangen. Auch hier kam der russische Botschafter mit vielen Begleitern vorbei, dem wir diesmal die „Kleine weiße Friedensstaube“ darboten, die erste Strophe auf Russisch. Immer wieder blieben Menschen stehen, klatschten, fotografierten oder äußerten sogar Wünsche nach bestimmten Liedern, die wir gern erfüllten. Eine besondere Freude für uns war die Begegnung mit Egon Krenz. Nachdem er die lange Reihe an Fotografien junger gefallener Rotarmisten betrachtet hatte, näherte er sich uns und wir sangen auch für ihn das Lied von der Friedenstaube.

Als wir im Gespräch mit einem Journalisten vom „Neuen Deutschland“ waren, näherten sich zwei Polizisten, die uns darauf hinwiesen, daß unser Auftritt eine ungenehmigte Versammlung und daher nicht gestattet sei. Auf den Vorschlag, dann eben eine Versammlung anzumelden, forderten sie uns auf, zu einem Verantwortlichen mitzukommen. Dann aber gab uns einer der beiden Beamten den Rat, uns bei einer der „genehmigten“ Versammlungen anzuschließen und damit aus der „Rechtswidrigkeit“ herauszukommen. Wir fanden 50 m weiter freundliche Hilfe und konnten den Abschluß unseres Programms sogar mit einem Mikrofon und damit noch etwas lauter als bisher zu Gehör bringen. Unser Dank gilt diesen Unterstützern!

Gabi Parakeninks, Berlin

Begegnungen mit russischen Freunden und Genossen

Der Beitrag von Peter Müller im Mai-RF – er berichtete schon zweimal in unserer Regionalgruppe über seine Reisen ins neue Rußland (2023 und 2024) – ist mir Anlaß, eigene Erlebnisse in der Sowjetunion in Erinnerung zu rufen.

Da war das Schulrussisch, von Lehrern vermittelt, die sich alle Mühe auch wegen der zunächst ungewöhnlichen Schrift gaben. Brieffreundschaften konnten uns in der POS unterstützend die Scheu nehmen. Oma und Mutter erzählten, wie in der Notzeit die sowjetischen Soldaten halfen, etwas Eßbares zu ergattern. Bei einem Besuch bei Verwandten in Syhra erfuhr ich von der Heldentat zweier sowjetischer Piloten, die alles unternahmen, um die havarierte Maschine nicht in bewohntem Gebiet abstürzen zu lassen, was sie mit ihrem Tod bezahlten.

Schließlich stand das Fach Russisch in der EOS und beim Studium auf dem Lehrplan. Der Aufenthalt in Leningrad in einem Studentenlager hatte den Bau eines Korovnik (Kuhstall) zum Ziel und machte den anschließenden Besuch von Tallinn möglich. Urlaub am Schwarzen Meer und der Besuch der Hauptstadt der Sowjetunion sind bleibende Erlebnisse. Vor allem der in Moskau 1978/1979, als auf dem Roten Platz bei minus 38° C nur wenige Meter bis ins Mausoleum zu überwinden waren.

Sibirien konnte ich durch die Verbindung zum Komsomol in Irkutsk intensiv erleben, den Bratsker Stausee und auch den Baikal bestaunen, in dem gebadet werden mußte, um als echter Sibirjak zurückzufliegen.

Nach intensiver sprachlicher Vorbereitung war Moskau bald mein Lernort für längere Zeit. Dazu kamen dienstliche und private Aufenthalte in Smolensk und weitere Praktika. Ein abschließendes fand in Tschernigow statt.

Dann kam 1989. Mit der Wahl der Banane und des Spanienurlaubs, „Wiedervereinigung“ genannt, ohne daß es eine

Enteinigung je gegeben hat, standen wir in der Verantwortung, den letzten Kommandierenden der Garnison Leninstraße in Karl-Marx-Stadt zu verabschieden, mit Hunderten liebevoll geschnürten Paketen für die Sowjetsoldaten.

Und heute bleiben die Begegnungen, solche wie mit Peter Müller oder anderen deutschen Freunden, die immer noch ein klares Bild von der Sowjetunion haben und von der Not der Völker wissen, die sich allesamt Frieden wünschen, in Rußland und der Ukraine, in Palästina und Israel.

Es bleibt die deutsche Verantwortung, für Frieden zu sorgen! Nie wieder Krieg, war der Schwur 1945!

Ronald Wandel, Oberlungwitz

Vergessene Helden?

Norbert Staffas Beitrag im Mai-„RotFuchs“ verweist auf die Bedeutung ausreichenden Geschichtswissens, vor allem für die junge Generation.

Dieser Aufgabe stellt sich auch seit mehreren Jahren unser Arbeitskreis Gedenken. Unsere Themen und Forschungen reichen vom örtlichen Widerstand gegen den aufkommenden und etablierten Faschismus, den Folgen für die Betroffenen, „Schutzhaft“ im KZ Oranienburg und Todesurteile durch den Volksgerichtshof bzw. das Reichskriegsgericht, über die Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges unter Beteiligung der örtlichen Verwaltungen und Organisationen, der für die Einwohner präsenten Zwangsarbeit zwischen 1939 und 1945, zum Wirken der Wehrmachtsjustiz in der Wehrmachtgefangenenabteilung Bernau bei Berlin, den Erschießungen von verurteilten Wehrmachtangehörigen, auch durch Standgerichte vor dem 20. April 1945, bis hin zur Befreiung der Orte der Umgebung am 21. April 1945 vom Terrorregime der Faschisten durch Einheiten der 1. Belorussischen Front.

Wir tragen dieses Wissen zusammen und veröffentlichen es, um es zum Allgemeingut in unser Heimat zu erheben. Wir propagieren es, um deutlich werden zu lassen, daß es heute nicht nur die heranwachsende Jugend ist, die der Aufklärung bedarf, es sind auch ihre Eltern. Diese sind Staatsbürger und eingebunden in Entscheidungen, die die Rahmenbedingungen ihres Lebens bestimmen. Und wenn es einzig ihre Stimmgabe als „Souverän“ ist, z.B. mit dem Ergebnis der Etablierung eines Friedrich Merz, der Gefolgsleute und der absehbaren Folgen.

Dank an Norbert Staffa und seine IG Erinnerungskultur und so viele andere, welche in gleicher Weise aktiv sind. Dieses Tun ehrt uns selbst. Denn deutsche „Kriegshelden“ brauchen wir alle nicht.

Klaus-Dieter Jäschke, Bernau bei Berlin

Gaza stirbt! Die Welt ist live dabei

Geht es der israelischen Regierung eigentlich noch um den sogenannten Gegner Hamas? Diese Frage müssen wir uns stellen, wenn wir sehen, daß die israelische Regierung mit grausamer Härte weiter gegen die Palästinenser im Gaza-Streifen vorgeht und sogar Hilfskonvois hindert, ihre humanitäre Hilfe zu leisten. Nein, um die Hamas geht es Netanjahu schon längst nicht mehr, sondern um den Gaza-Streifen selbst, den Israel gerne für sich haben möchte – die Palästinenser sollen verschwinden. Ich halte das Vorgehen des israelischen Militärs und der Regierung für falsch. Deutschland sollte dieses Vorgehen nicht auch noch weiter beflügeln und Waffen liefern. Oder nimmt man es hin, dann selbst Blut an den Händen zu haben? Berechtigte Kritik an der israelischen Regierung und dem Militär ist in meinen Augen kein Antisemitismus.

René Osselmann, Magdeburg

Kriegskabinett intensiviert Krieg

Der bisherigen gnadenlosen Konfrontationspolitik folgend, verkündete Netanjahu Kriegskabinett, die Intensivierung des Krieges auf eine unerträgliche Spitze zu treiben. Die über 50 000 toten Kinder, Frauen und Männer, ein zerstörter unbewohnbarer Gazastreifen sowie eine lebensbedrohende Lebensmittelblockade sind Resultate von Staatsterror. Mit diesen Kriegsverbrechen und der neuerlichen Kampfansage werden wohl die durch die Hamas festgehaltenen Geiseln auf dem Altar der israelischen Hegemoniebestrebungen ihrem Schicksal überlassen. Diese menschenverachtende israelische Politik ist eindeutig zu verurteilen und Frieden ist im Nahen Osten konsequent einzufordern. Auch und gerade im Interesse der israelischen Bevölkerung. Die Unterstützer der aggressiven israelischen Politik, zu der auch die offizielle Bundesrepublik zählt, sollten gerade jetzt ihre Haltung in diesem Konflikt mit Augenmaß prüfen und danach verantwortungsbewußte Entscheidungen treffen. Der jahrzehntelang schwelende mörderische Konflikt hat eine Vorgeschichte, an die erinnert werden muß. Ein Völkerbundmandat für Palästina bestand von 1920 bis 1948, welches nach der Auflösung des Osmanischen Reiches Großbritannien übertragen wurde. In der Folge führten eine verstärkte jüdische Einwanderung und der Aufbau staatlicher Strukturen zu ernstesten Konflikten mit der arabischen Bevölkerung. Eine Befriedung sollte mit dem UN-Teilungsplan für Palästina von 1947 erreicht werden, der von arabischer Seite abgelehnt wurde, da die Teilung mit einem erheblichen territorialen Verzicht zu Ungunsten der Araber verbunden war. Dieser politisch gewollte „Konstruktionsfehler“ führte in

der Folge zu riesigen palästinensischen Flüchtlingslagern, die noch heute bestehen. Während Israel uneingeschränkte Unterstützung widerfuhr, wird den Palästinensern ein eigener Staat verwehrt. Mehr noch, Israel raubt ungestraft mit seiner Siedlungspolitik Land und annektiert fremdes Territorium ringsherum. Netanjahu will nunmehr die Palästinenser endgültig niederringen und vertreiben. Damit kommt er den politischen Forderungen von Gruppierungen in und außerhalb Israels nach einem Großisrael sehr nahe.

Raimon Brete, Chemnitz

„Gefährliche Untergründer“

Bei meinem Blick zurück in die Alt-BRD-Vergangenheit, fand ich in der *Berliner Zeitung* vom 17.10.1959 folgenden Artikel:

15 000 vor Gericht geschleppt

Düsseldorf (EB). Auf einer Versammlung in Hagen forderte der Referent im Bonner Lemmer-Ministerium (Anmerkung: Adenauer-Ministerium für gesamtdeutsche Fragen) Willy Wieners die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots. Er gab zu, daß bisher 15 000 Kommunisten vor westdeutschen Gerichten standen. Alle 607 000 KPD-Wähler Westdeutschlands bezeichnete Wieners als „gefährliche Untergründer“.

Sind wir heute wieder soweit?

Johann Weber, Niederbayern

RAVENSBRÜCK – GEDENKEN 2025

Ich hab den Platz gesehen –
ich hab auf dem Platz gestanden,
dem Platz vor dem Krematorium,
auf dem die Noch-Lebenden
bewacht standen,
um in den Tod zu gehen –
gehen zu müssen.

Was dachten sie
vor dem rauchenden Schornstein,
dem großen Loch mit der Ofentür?
Beteten sie,
memorierten sie,
beschworen sie das Leben?

Ich ging die von ihnen gepflasterte Straße
und jeder Stein schnitt mir in die Seele.

Menschen seid wachsam!
In Deutschland – in der Welt!

Beate Bölsche (93), Brielow/Beetzsee



„Mutter Heimat ruft!“ Plakat von IrakliToidse, geschaffen am 22./23. Juni 1941

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für das Juli-Heft ist

der 28. Mai.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.